

# Politik & Unterricht

4-2006



## Internationale Beziehungen

USA – UNO – EU – China

Heft 4–2006

4. Quartal

32. Jahrgang



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

[www.politikundunterricht.de](http://www.politikundunterricht.de)

Politik & Unterricht wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

#### Herausgeber und Chefredakteur

Lothar Frick, Direktor der LpB Baden-Württemberg

#### Geschäftsführender Redakteur

Dr. Reinhold Weber, LpB Baden-Württemberg  
[reinhold.weber@lpb.bwl.de](mailto:reinhold.weber@lpb.bwl.de)

#### Redaktion

Judith Ernst-Schmidt, Oberstudienrätin, Werner-Siemens-Schule (Gewerbliche Schule für Elektrotechnik), Stuttgart  
Ulrich Manz, Rektor der Schillerschule (Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule), Esslingen  
Dipl.-Päd. Holger Meeh, Studienrat a. e. H., Pädagogische Hochschule Heidelberg  
Horst Neumann, Ministerialrat, Umweltministerium Baden-Württemberg, Stuttgart  
Angelika Schober-Penz, Erich-Bracher-Schule (Kaufmännische Schule), Kornwestheim  
Karin Schröer, Reallehrerin i. R., Reutlingen

#### Anschrift der Redaktion

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart  
Telefon: 0711/164099-45; Fax: 0711/164099-77  
Redaktionsassistentin: [sylvia.roesch@lpb.bwl.de](mailto:sylvia.roesch@lpb.bwl.de)

#### Gestaltung

Medienstudio Christoph Lang, Rottenburg a. N., [www.8421medien.de](http://www.8421medien.de)

#### Verlag

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen  
Anzeigen: Neckar-Verlag GmbH, Anzeigenleitung: Peter Walter  
Telefon: 07721/8987-0; Fax: 07721/8987-50; [anzeigen@neckar-verlag.de](mailto:anzeigen@neckar-verlag.de)  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.05.2005.

#### Druck

PFITZER DRUCK GMBH, Benzstraße 39, 71272 Renningen

Politik & Unterricht erscheint vierteljährlich  
Preis dieser Nummer: Euro 2,80  
Jahresbezugspreis: Euro 11,20  
Unregelmäßige Sonderhefte werden zusätzlich mit je Euro 2,80 in Rechnung gestellt.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.  
Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: picture-alliance/obs

Auflage dieses Heftes: 20.000 Exemplare  
Redaktionsschluss: 15. Oktober 2006  
ISSN 0344-3531

## Inhalt

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport	2
Autor dieses Heftes	2

## Unterrichtsvorschläge **3–13**

Einleitung	3
Baustein A: Amerikanische Weltpolitik nach dem 11. September 2001	8
Baustein B: Politik auf der Weltbühne: Die Vereinten Nationen	10
Baustein C: Die Außenpolitik der Europäischen Union	11
Baustein D: China: Weltmacht im Werden und das Politikziel von Good Governance	12
Literaturhinweise	13

## Texte und Materialien **15–47**

Baustein A: Amerikanische Weltpolitik nach dem 11. September 2001	16
Baustein B: Politik auf der Weltbühne: Die Vereinten Nationen	25
Baustein C: Die Außenpolitik der Europäischen Union	34
Baustein D: China: Weltmacht im Werden und das Politikziel von Good Governance	42

*Einleitung und alle Bausteine: Ingo Juchler*

Das komplette Heft finden Sie zum Downloaden als HTML- oder PDF-Datei unter [www.politikundunterricht.de/4\\_06/internationale\\_beziehungen.htm](http://www.politikundunterricht.de/4_06/internationale_beziehungen.htm).

## Editorial

Die internationalen Beziehungen und die internationale Sicherheitspolitik haben sich mit dem Ende des Kalten Krieges tiefgreifend verändert. Während bis an das Ende der 1980er-Jahre die Blockkonfrontation der beiden Supermächte USA und Sowjetunion das weltweite politische Geschehen und demzufolge auch die Sicherheitslage beherrschte, bestimmt nun eine Vielzahl von Akteuren und komplizierten Konfliktlinien die internationalen Beziehungen. Der Sicherheitsbegriff hat sich dadurch über die politisch-militärische Dimension hinaus auf soziale, ökonomische und ökologische Aspekte erweitert.

Die schrecklichen Ereignisse vom 11. September 2001 haben die Welt vor neue und globale sicherheitspolitische Herausforderungen gestellt. Spätestens mit den Anschlägen in Madrid und London hat der fundamental-islamistisch motivierte Terror auch Europa erreicht. Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union, deren Erfordernis spätestens seit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien deutlich wurde, hat neben den USA auch die Europäische Union mit einer Sicherheitsstrategie auf die neuen Bedrohungen reagiert.

Fast täglich gehen Bilder und Nachrichten von neuen und alten Konfliktherden der Welt durch die Medien. Der 11. September 2001 und die folgende Kette von Terroranschlägen, die Kriege in Afghanistan und im Irak, aber auch Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo oder mit dem Iran sind schon allein deshalb im Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler. Die komplizierten weltpolitischen Vorgänge sind für Schüler *aller* Klassenstufen erklärungsbedürftig, auch wenn das Thema internationale Beziehungen vor allem in den Bildungsplänen für die gymnasiale Kursstufe verankert ist.

Politik & Unterricht widmet diese Themenausgabe den vier zentralen Akteuren der derzeitigen Weltpolitik: Den Vereinigten Staaten von Amerika, den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und nicht zuletzt China als der Weltmacht im Werden. Dabei werden die internationale Politik der großen Mächte, ihre Beiträge zur Friedenssicherung und zur Konfliktbewältigung sowie die Struktur der internationalen Organisationen wie der UNO und der NATO dargestellt. Auch sicherheitspolitische Herausforderungen werden anhand von vergangenen und aktuellen Konflikten exemplarisch erarbeitet. Mit diesen Materialien können nicht nur die Aspekte Friedenssicherung durch Demokratisierung oder die Menschenrechtsproblematik diskutiert werden, sondern auch weltpolitische Konzepte wie das der »Good Governance«. All dies sind wichtige und hochaktuelle Themen im Versuch der Schaffung einer Weltzivilisation, die langfristig den Zusammenprall der Kulturen verhindern will.



*Lothar Frick  
Direktor der LpB*



*Dr. Reinhold Weber  
Geschäftsführender Redakteur*

## »Kulturelle Vielfalt – gemeinsame Werte« Jahresschwerpunkt 2007

Das Zusammenleben in Baden-Württemberg ist geprägt von kultureller Vielfalt: Menschen unterschiedlicher Herkunft mit unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Religionen arbeiten, lernen und leben miteinander in den Städten und Gemeinden unseres Landes. Für viele Menschen ist diese Vielfalt längst zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Sie schätzen sie als Bereicherung für das eigene Leben und als Teil einer lebendigen Gesellschaft. Gelegentlich erfahren wir die Begegnung mit dem Anderssein aber auch als irritierend und konfliktuell. Im gemeinsamen Dialog liegt die Chance für einen konstruktiven Umgang mit Differenz und für das Erkennen von Gemeinsamkeiten. Toleranz und Verständnis erwachsen nicht aus Gleichmut, sondern aus der Grundhaltung »wir wollen etwas miteinander zu tun haben«. Das

Grundgesetz und seine Werte bilden dabei die gemeinsame Basis für das demokratische Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Der Jahresschwerpunkt der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg »Kulturelle Vielfalt – gemeinsame Werte« bietet mit einer Fülle von Veranstaltungen, Publikationen und Projekten vielfältige Zugänge, um mehr über andere Kulturen zu erfahren, Menschen mit anderem kulturellem Hintergrund zu begegnen und in einen konstruktiven Austausch zu treten.

[www.lpb-bw.de/kulturellevielfalt](http://www.lpb-bw.de/kulturellevielfalt)

## Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Die weltpolitische Lage hat sich seit den furchtbaren Terroranschlägen vom 11. September 2001 und den nachfolgenden Anschlägen – weltweit und auch in Europa – dramatisch verändert. Kriege, Konflikte und Bedrohungen bestimmen seither die Szenerie der internationalen Politik: die Kriege in Afghanistan und im Irak, (Atom-)Konflikte mit Iran und Nordkorea, schließlich ein weltweit aktiver, fundamentalistisch motivierter Terrorismus, der auch die hiesigen sicherheitspolitischen Diskussionen massiv verändert hat. Neben den Vereinigten Staaten als Weltmacht, deren internationale Politik sich seit »9/11« grundlegend gewandelt hat, sind die weltpolitischen Akteure dabei, ihre Rolle neu zu suchen und zu definieren: die Vereinten Nationen, die Europäische Union, nicht zuletzt auch China, das als kommende politische und ökonomische Weltmacht in aller Munde ist. Im Rahmen der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik hat sich auch die Rolle des wiedervereinigten Deutschlands verändert – deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan, in der Demokratischen Republik Kongo und in anderen Krisenherden der Welt belegen dies.

Ein guter Teil der heutigen Schülerinnen und Schüler hat die Ereignisse vom 11. September 2001 und deren unmittelbare Folgen gar nicht bewusst erlebt. Dennoch fordern die oft schrecklichen Bilder und Nachrichten, die fast täglich durch die Medien gehen, zu Fragen heraus: Wie kam es eigentlich zur derzeitigen Lage im Irak? Wer ist Osama bin Laden? Wieso sind deutsche Soldaten zu friedenssichernden Einsätzen im Ausland? Welche Chancen haben weltweite Friedenssicherungssysteme?

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg dankt der Landeszentrale für politische Bildung, dass sie sich in ihrer seit langem bewährten Zeitschriftenreihe »Politik & Unterricht« des Themas »Internationale Beziehungen« annimmt. In Ergänzung zu den Schulbüchern ermöglicht das vorliegende Themenheft den Lehrerinnen und Lehrern des Landes einen Unterricht, der Bezug zur politischen Aktualität und zu den Hintergründen der jeweiligen Konflikte und Probleme hat. Natürlich wird dabei auch die Kontroversität unterschiedlicher Interessen und wissenschaftlicher Standpunkte dargestellt. Dem Heft ist ein intensiver Gebrauch im Unterricht zu wünschen – die umfangreichen Unterrichtsmaterialien und die oft weiterführenden Arbeitsvorschläge sprechen dafür.

*Gernot Tauchmann  
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport  
Baden-Württemberg*



### AUTOR DIESES HEFTES

**Prof. Dr. Ingo Juchler** lehrt an der Pädagogischen Hochschule Weingarten Politikwissenschaft und ihre Didaktik und ist Direktor des Zentrums für politisch-ökonomische und ethische Bildung. Seine Forschungsschwerpunkte sind neben der Didaktik der politischen Bildung die Bereiche Internationale Beziehungen, Demokratietheorie sowie Interkulturalität.

# Internationale Beziehungen

USA – UNO – EU – China

## ●●● EINLEITUNG

Die Themen internationale Politik, internationale Sicherheit und Außenpolitik beherrschen tagtäglich die Medien. Die aktuellen Ereignisse wie auch die der vergangenen Jahre – sei es der 11. September 2001 oder der Irak-Krieg –, welche die derzeitigen Probleme der internationalen Politik bestimmen, sind auch den Schülerinnen und Schülern selbstredend präsent. Auf der anderen Seite steht das gedämpfte Interesse der Bevölkerung an Themen der internationalen Politik. Es steht im Kontrast zu der gewachsenen internationalen Verantwortung, die Deutschland seit der Wiedervereinigung zukommt. Untersuchungen kamen in diesem Zusammenhang zu dem Ergebnis, dass bei der deutschen Bevölkerung eine Provinzialisierung der Perspektive und ein Rückzug auf den Nahbereich zu konstatieren sei – das Interesse der Bevölkerung an internationaler Politik habe in den letzten Jahren nachgelassen. Angesichts der neuen Rolle, die Deutschland auf dem internationalen Parkett spielt, scheint demnach ein Wandel im Verständnis für Fragen der internationalen Politik in Deutschland nötig zu sein.

### **Zur Konzeption dieses Heftes**

Die Beziehungen zwischen den Staaten sind überaus mannigfaltig, sodass im politischen Unterricht bei der Behandlung des Themas internationale Beziehungen eine didaktische Reduktion vonnöten ist. Bei der Konzeption dieses Heftes spielte deshalb insbesondere die Überlegung eine Rolle, welche Bereiche der internationalen Beziehungen gegenwärtig wie auch prospektiv für die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler bedeutsam sind. Vor diesem Hintergrund wurde das Heft in die Bausteine USA, UNO, EU und China gegliedert.

Die Vereinigten Staaten sind die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts einzig verbliebene militärische Supermacht, die darum bemüht ist, durch ihre Außenpolitik die internationale Ordnung entscheidend zu prägen. Entsprechend ist die amerikanische Weltpolitik auch von großer Bedeutung für die UNO, welche als globale Organisation die internationale Politik zu ordnen bzw. zu verrechtlichen sucht. Bei diesem Unterfangen erhält die UNO von Seiten der EU starke Unterstützung. Die EU hat als supranationale Organisation

inzwischen ein außenpolitisches Profil entwickelt und versteht sich als globaler Akteur, der den Herausforderungen der internationalen Beziehungen eigenständig begegnet. Schließlich stellt China aufgrund seiner wirtschaftlichen Dynamik wie auch aufgrund seines internationalen politischen Agierens eine Weltmacht im Werden dar, welche die internationale Politik zwar bereits heute mitprägt, in Zukunft jedoch wohl noch entscheidender bestimmen wird. Andere für die internationalen Beziehungen relevante Staaten wie die einstige Supermacht Russland oder das aufstrebende Schwellenland Indien konnten hier schlicht aus Platzgründen nicht ausführlicher Erwähnung finden. Es bleibt der Lehrkraft selbstverständlich unbenommen, dies im Unterricht zu berücksichtigen.

### **Internationale Politik vor neuen Herausforderungen**

Mit dem Niedergang der kommunistischen Regime in der Sowjetunion und in den anderen Staaten des Ostblocks ging das Ende des Ost-West-Konflikts einher, der seit der Nachkriegszeit die Struktur der internationalen Beziehungen maßgeblich geprägt hatte. Die Hoffnungen auf eine neue kooperative Weltordnung, wie sie Präsident George Bush im Jahre 1990 vor dem US-amerikanischen Kongress zum Ausdruck gebracht hatte, wurden jedoch mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zerstört. Die ordnungspolitische Zwischenzeit des Jahrzehnts nach dem Ende des Ost-West-Konflikts fand damit ein jähes Ende. Die internationale Politik sieht sich nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor gänzlich neuen Herausforderungen.

Die neuen Fährnisse und Unwägbarkeiten in der internationalen Politik rühren jedoch nicht allein von der neuartigen Dimension der Bedrohung der westlichen Welt durch den internationalen, fundamental-islamistisch geprägten Terrorismus. Nach dem Ende der Herausforderungen durch die Sowjetunion und ihrer Bündnispartner ist dem Westen auch die eherne Klammer abhanden gekommen, welche die westliche Staatenwelt in der bipolaren Weltordnung zusammengehalten hatte. Zwar war die Unterstützung der USA nach den Terroranschlägen vom 11. September in der westlichen Welt einhellig – die NATO verkündete erstmals in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags und die USA hatten keine Schwierigkeiten, für ihre Militärintervention in Afghanistan auch Unterstützung durch westliche Staaten zu erhalten. Doch traten im Vorfeld des von den USA geführten Krieges gegen den Irak Risse im westlichen Bündnis offen zutage.

### Amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September

Der Irak-Krieg ist der erste Krieg, der unter dem Signum eines neuen amerikanischen außenpolitischen Paradigmas geführt wurde. Im Rückblick stellt er sich als Präzedenzfall für eine neue außenpolitische Strategie dar, die gemeinhin als »Bush-Doktrin« bezeichnet wird. Diese Doktrin wird in ihrer politischen Reichweite inzwischen bereits mit der Truman-Doktrin vom März 1947 verglichen. Die Truman-Doktrin hatte mit ihrem universalen Anspruch und ihrer Zwei-Lager-Theorie den Anfang der Eindämmungspolitik (»containment«) gebildet und war damit ein grundlegender Bestandteil des Kalten Krieges. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war sie über Jahrzehnte hinweg die bestimmende US-amerikanische Strategie im Umgang mit der Sowjetunion.

Präsident George W. Bush hatte seine Doktrin erstmals vier Monate nach dem 11. September 2001 in einer Rede an die Nation skizziert und dabei die Staaten Irak, Iran und Nordkorea als »Achse des Bösen« bezeichnet. Gleichzeitig signalisierte Bush die Bereitschaft, gegen diese Staaten gegebenenfalls auch präventiv militärisch vorzugehen. Ihren formalen Ausdruck fand diese Doktrin sodann in der im September 2002 von Präsident Bush vorgestellten neuen »National Security Strategy« der USA. In ihr wurden die Grundsätze festgelegt, nach welchen die US-Administration die Neuordnung der Welt vorantreiben will. Der Erhalt der militärischen Übermacht der Vereinigten Staaten gilt hierbei als Leitmaxime, welche sich vor allem gegen den etwaigen Aufstieg Chinas zum Konkurrenten richtet. Sogenannte Schurkenstaaten (»rogue states«), die Massenvernichtungswaffen besitzen, erwerben oder produzieren wollen und damit die Sicherheit der USA potenziell gefährden, sollen in Zukunft auch durch präventive Selbstverteidigung bekämpft werden. Ziel der *Nationalen Sicherheitsstrategie* ist es letztlich, eine internationale Struktur zu schaffen, in der amerikanische Normen universell gelten und die Washington auch ohne Einschränkungen durchsetzen kann.

### Kontroversen um den Irak-Krieg

Zur Durchsetzung dieser Politik nehmen die USA nötigenfalls auch einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Prinzipien der Vereinten Nationen in Kauf. In der Charta der Vereinten Nationen gelten das auf die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gerichtete Prinzip des Gewaltverbots sowie das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Ein Waffeneinsatz ist gemäß der Charta der Vereinten Nationen nur auf der Grundlage eines Beschlusses durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen zur Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs rechtmäßig. Im Unterschied zur Intervention in Afghanistan wurde der Irak-Krieg allerdings auch ohne Mandatierung durch die UNO mit der Begründung durchgeführt, gegen die vermeintlichen Massenvernichtungswaffen des irakischen Diktators Saddam Hussein müsse präventiv vorgegangen werden. Mit dem Irak-Krieg kam somit erstmals die neue *Nationale Sicherheitsstrategie* zur Anwendung, wonach die USA auch unter Hintanstellung des Völkerrechts ihre vitalen Interessen verfolgen würden.

Dieses einseitige Vorgehen der Weltmacht führte zu politischen Zerwürfnissen auch mit westlichen Bündnispartnern, namentlich mit Frankreich und Deutschland. In der Folge sprach US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vom »alten Europa«, das sich den Vorhaben der USA widersetze, während sich das »neue Europa«, die vormaligen Ostblockstaaten des Kontinents, mit den Regierungen Großbritanniens, Spaniens und Italiens zu einer US-geführten »Koalition der Willigen« (Rumsfeld) zusammenschloss und in den Irak-Krieg zog. Russland und China sahen zusammen mit Frankreich, dem weiteren ständigen Mitglied im UN-Sicherheitsrat, und Deutschland nicht die Situation gegeben, dass sich die USA präventiv durch Militärschläge einer Gefahr durch den Irak erwehren müssten. Darüber hinaus hält die herrschende Auffassung der Völkerrechtler gegen einige angelsächsische Autoren eine präventive Selbstverteidigung für völkerrechtswidrig und verlangt für einen Militärschlag, dass sich die behauptete Gefahr erst in einem unmittelbar bevorstehenden Angriff materialisiert haben müsse.

### Unilateralismus versus Multilateralismus

Die anlässlich des Irak-Krieges hervorgetretenen Risse in der westlichen Welt können als unterschiedliche Haltungen bezüglich des politisch-militärischen Vorgehens von Staaten in der internationalen Politik gekennzeichnet werden. Für die Staaten des »alten Europa« haben internationale Institutionen wie etwa die Vereinten Nationen und das Völkerrecht eine wegweisende Bedeutung. Für diese Staaten stellt deshalb ein ausgeprägter *Multilateralismus* das zentrale Charakteristikum ihrer Politik im internationalen Rahmen dar. Demgegenüber setzen die Vereinigten Staaten insbesondere auf ihre eigene politische und militärische Stärke, weshalb internationale Organisationen sowie das Völkerrecht für das Vorgehen der Supermacht in der internationalen Politik nicht maßgeblich bestimmend sind. Der amerikanische *Unilateralismus* im Vorfeld und während des Irak-Krieges stieß denn auch bei den westlichen Verbündeten des »alten Europa« auf vehemente Kritik.

Dieser Konflikt zwischen Staaten, die eine multilaterale Politik auf internationaler Ebene verfolgen, einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits wurde von Robert Kagan pointiert zum Ausdruck gebracht. Kagan gehört einer neokonservativen Denkschule an, die maßgeblichen Einfluss auf die Bush-Regierung hat. Die von Kagan vertretene zentrale These besagt, die gegenwärtigen transatlantischen Divergenzen seien Ausdruck tiefgreifender Unterschiede im Weltbild zwischen den starken Vereinigten Staaten von Amerika und einem vergleichsweise schwachen Europa. Daher rührten auch der Hang des »alten Europa« zum Multilateralismus und die ablehnende Haltung Europas gegenüber dem Unilateralismus einerseits, andererseits die Neigung der Vereinigten Staaten, nötigenfalls auch im Alleingang auf weltpolitischer Bühne zu agieren.

### Die Vereinten Nationen

Nach dem Scheitern des Völkerbundes wurde mit der Gründung der United Nations Organization (UNO) zum zweiten Mal auf politikpraktischer Ebene der Versuch unternommen,

die Unordnung der internationalen Politik zu ordnen bzw. zu verrechtlichen und eine globale Organisation mit der Wahrung des Weltfriedens zu betrauen. Zwar hat die Organisation der Vereinten Nationen mehr als ein halbes Jahrhundert nach ihrer Gründung – am 24. Oktober 1945 trat ihre Charta in Kraft – ihre Zusammensetzung und Tätigkeitsfelder erheblich ausgeweitet. Von damals 51 Gründungsstaaten ist die UNO auf nunmehr 192 Staaten angewachsen. Doch hat ihre ursprüngliche Struktur mit der Charta der Vereinten Nationen als Grundlage, dem UN-Generalsekretär und dem Weltsicherheitsrat als wichtigstem Entscheidungsorgan nach wie vor Bestand. Deshalb besteht bei Beobachtern und Praktikern der internationalen Politik – unabhängig vom Urteil über die bisherige Arbeit der UNO und jenseits von tagesaktuellen Auseinandersetzungen wie dem Kosovo-Krieg (1999) und dem Irak-Krieg (2003) – Konsens darüber, dass die Organisation reformiert werden muss. Die Strukturen und Verfahren entsprechen nicht mehr den weltpolitischen Realitäten des 21. Jahrhunderts. Vor diesem Hintergrund ist auch das Bemühen deutscher Außenpolitik zu betrachten, einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat zu erlangen.

#### **Der Konflikt um den Irak-Krieg auf dem Forum der UNO**

In den Fokus der internationalen Politik geriet die Weltorganisation im Kontext der Auseinandersetzungen um ein militärisches Eingreifen im Irak im Frühjahr 2003. Nachdem der Irak im August 1990 Kuwait überfallen hatte und daraufhin nach einem erfolglos verstrichenen Ultimatum der Vereinten Nationen im Januar 1991 eine breite Koalition aus 28 Staaten unter der Führung der USA militärisch eingriff und Kuwait befreite (*»Operation Desert Storm«*), wurden dem Irak von der UNO einstimmig eine Reihe von Bedingungen diktiert. Darunter ist insbesondere die Kontrolle des irakischen Massenvernichtungsprogramms zu zählen. Die Vereinten Nationen wollten sicherstellen, dass der Irak atomare, biologische und chemische Waffen weder entwickelt noch herstellt oder erwirbt.

Für die Beurteilung der Legitimität eines Krieges gegen den Irak war denn auch die Einschätzung über den Erfolg der bisherigen internationalen Eindämmungspolitik gegenüber dem Irak entscheidend. Während im Frühjahr 2003 insbesondere Frankreich, Russland, China und Deutschland als Mitglieder des Sicherheitsrates Fortschritte in der Kooperation sowie Erfolge bei den Inspektionen der UNO und damit keinen ausreichenden Grund für ein militärisches Eingreifen sahen, erklärten die USA, Großbritannien, Spanien und Bulgarien, der Irak kooperiere nicht vollständig. In der Folge konnte dieser Konflikt nicht auf dem Forum des Weltsicherheitsrates gelöst werden. Die USA führten daraufhin am 20. März 2003 ohne vorherige Ermächtigung des Sicherheitsrates den militärischen Angriff auf den Irak durch.

#### **Global Governance und Internationaler Strafgerichtshof**

Die Vereinten Nationen bilden auf weltpolitischer Ebene ein Forum für die Entwicklung einer Weltordnungspolitik (*»global governance«*). Das politische Konzept von Global Governance besteht darin, dem Verhalten von Staaten, aber auch von anderen Organisationen, Unternehmen und Individuen durch einen Rahmen von Regeln Grenzen aufzuerlegen. Ziel ist dabei die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen für ein normgeleitetes Verhalten der verschiedenen Akteure bei politischen Konflikten. Als Beispiel hierfür kann die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) zur Verfolgung und Bestrafung der Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen angesehen werden.

Zwar wurde die Idee zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs bereits unter dem Eindruck der Tätigkeit der Internationalen Militärgerichtshöfe von Nürnberg und Tokio nach dem Zweiten Weltkrieg in den Vereinten Nationen diskutiert. Diese Vorstellungen konkretisierten sich jedoch erst in der Folge der Einrichtung der beiden Ad-hoc-Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien (1993) und für Ruanda (1994) durch die UNO. Das am 17. Juli 1998



**Die Flagge der Vereinten Nationen.  
192 Staaten der Welt sind Mitglied der UNO.**

in Rom verabschiedete Statut des Internationalen Strafgerichtshofs beschränkt dessen Gerichtsbarkeit auf vier besonders schwere Verbrechen, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression. Dabei ergänzt der Internationale Strafgerichtshof die innerstaatliche Gerichtsbarkeit, deren Vorrang im Statut verankert ist. Gemäß dem Grundsatz der Komplementarität soll der Internationale Strafgerichtshof tätig werden, wenn sich nationale Strafverfolgungsinstanzen als unfähig oder unwillig erweisen, die Ermittlungen oder die Strafverfolgung ernsthaft durchzuführen.

Der Verabschiedung des Römischen Statuts gingen erhebliche Auseinandersetzungen unter den Delegierten voraus, die sich im Wesentlichen unter zwei Staatengruppen mit zwei unterschiedlichen Ansätzen hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung des Strafgerichtshofs zusammenfassen lassen. Eine Gruppe, die von den USA angeführt wurde, zeigte sich primär auf ihre nationale Souveränität bedacht und wollte dem Internationalen Strafgerichtshof das Tätigwerden möglichst erst mit der Einzelfallerlaubnis betroffener Staaten gestatten. Demgegenüber setzte sich eine zweite Gruppe »gleichgesinnter Staaten«, darunter sämtliche damalige Mitgliedstaaten der EU, aber auch Menschenrechtsorganisationen wie *amnesty international* für das Ziel eines möglichst effektiven und unabhängigen Internationalen Strafgerichtshof ein – eine Position, die sich letztlich auch bei der Schlussabstimmung über das Römische Statut durchsetzen konnte.

Im April 2002 hatten schließlich 60 Staaten ihre Ratifikationsurkunde zur Schaffung des Internationalen Strafgerichtshof bei den Vereinten Nationen hinterlegt – darunter sämtliche EU-Staaten (15) –, sodass das Statut zum 1. Juli 2002 in Kraft treten und der Internationale Strafgerichtshof als ständige Einrichtung mit Sitz in Den Haag eingerichtet

werden konnte. Im März 2003 wurden die ersten 18 Richter des Gerichtshofs vereidigt und inzwischen haben 100 Staaten das Statut von Rom ratifiziert. Die USA lehnen diese Einrichtung nach wie vor ab. Aber auch Staaten wie China, Indien, Russland, Irak, Iran, Nordkorea und die Türkei haben das Statut nicht ratifiziert.

Im März 2006 wurde schließlich der erste Angeklagte vor dem Internationalen Strafgerichtshof vorgeführt. Es handelt sich um Thomas Lubanga, Angehöriger des Hema-Volkes und Führer der »Union Kongolesischer Patrioten« sowie deren Miliz im Ostkongo. Lubanga wird vorgeworfen, eine der Hauptfiguren des Dauerkrieges zwischen Hema und Lendu zu sein. Dieser Krieg wurde wie alle Konflikte im Kongo durch Nachbarländer und durch den Kampf um Rohstoffe angefacht. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen fielen ihm seit 1999 etwa 60.000 Menschen zum Opfer. Der Miliz der »Union Kongolesischer Patrioten« werden Massaker an Lendu-Zivilisten, Massenvergewaltigungen, das Niederbrennen von Dörfern sowie die Rekrutierung von Kindersoldaten vorgeworfen. Mit der Überstellung Lubangas an den Internationalen Strafgerichtshof wurde eine neue Etappe zur Verrechtlichung der internationalen Beziehungen auf weltpolitischer Ebene eingeläutet.

### Die Europäische Sicherheitsstrategie

Der Irak-Krieg hatte die Uneinigkeit der Europäer in außen- und sicherheitspolitischen Fragen augenfällig werden lassen – hier die Unterstützer der US-Position (u. a. Großbritannien, Spanien, Italien und zahlreiche osteuropäische Staaten), dort unter anderen Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Schweden und Österreich. Damit waren auch die Grenzen einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufgezeigt worden. Zur Behebung dieser Disharmonie in Fragen der internationalen Politik wurde in der Folge unter der Ägide des Hohen Vertreters für die europäische Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (*GASP*),



Zweieinhalb Stunden nach dem Ablauf des Ultimatums an Saddam Hussein kündigt US-Präsident George W. Bush am 19. März 2003 im Weißen Haus in einer Rede an die Nation einen umfassenden Krieg gegen den Irak an. Einen Tag später beginnen die Kampfhandlungen im Irak (Foto: CNN-Video).

des Spaniers Javier Solana, eine *Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)* erarbeitet und im Dezember 2003 verabschiedet. Im Unterschied zur *Nationalen Sicherheitsstrategie* der USA basiert die *ESS* auf einem erweiterten Sicherheitsbegriff. Dieser verdeutlicht, dass neben der klassischen Außen- und Verteidigungspolitik auch wirtschafts- und finanzpolitische, innenpolitische, staats- und völkerrechtliche, entwicklungspolitische, soziale und ökologische Aspekte eine wesentliche Rolle im veränderten internationalen Umfeld spielen. In der *ESS* werden fünf zentrale Sicherheitsrisiken für Europa angeführt: Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, Scheitern von Staaten und organisierte Kriminalität.

Vor diesem Hintergrund führt die Europäische Union seit Sommer 2006 einen von den Vereinten Nationen mandatierten Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo durch. Während des Einsatzes sollen die ersten freien und demokratischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit mehr als vierzig Jahren in dem afrikanischen Land abgesichert werden. Nach zahlreichen Bürgerkriegen und Kriegen unter Beteiligung fast aller Nachbarstaaten wird der Kongo nach einer Reihe von Friedensabkommen seit dem Juni 2003 von einer Übergangsregierung unter Präsident Joseph Kabila regiert. Das Ziel des europäischen Einsatzes ist es, eine gesicherte Durchführung der Wahl sowie die Akzeptanz des Wahlergebnisses durchzusetzen und zu demonstrieren, dass eine Störung des Wahlprozesses von der internationalen Gemeinschaft nicht akzeptiert würde. Damit kommt die Europäische Union auch der Bekämpfung der in der *ESS* angeführten Sicherheitsrisiken – regionale Konflikte, Scheitern von Staaten und organisierte Kriminalität – nach.

### **Bedrohung ersten Ranges: Der internationale Terrorismus**

Die angeführten Divergenzen diesseits und jenseits des Atlantiks dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die westliche Welt auf den gleichen Werten wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und freie Marktwirtschaft gründet. Diese Werte werden vom internationalen Terrorismus in dramatischer Weise herausgefordert. In den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde dies der Weltöffentlichkeit augenfällig. Inzwischen ist deutlich geworden, dass diese Anschläge den Beginn einer vorgeblich religiös motivierten Terrorkette bildeten, deren Ende noch nicht erreicht sein könnte. Entsprechend wird sowohl in der *Nationalen Sicherheitsstrategie* der USA wie auch in der *Europäischen Sicherheitsstrategie* der EU der internationale Terrorismus als Bedrohung ersten Ranges erachtet. Zwar gab es diesen internationalen Terrorismus auch schon früher. Zu erinnern ist etwa an die Geiselnahme israelischer Sportler durch ein palästinensisches Kommando während der Olympischen Spiele 1972 in München. Doch nahm er am 11. September 2001 eine neue Dimension an. Die Anschläge in New York und Washington forderten mit mehr als 3.000 Toten einen noch nie da gewesenen und bisher auch nicht vorstellbaren Blutzoll. Darüber hinaus waren die Angriffe auf die *Twin Towers* und das *Pentagon* nicht nur Massenmord, sondern sie wiesen sich auch durch eine starke Symbolkraft aus. Die Türme standen für all das, was insbesondere die islamistischen Kräfte

in der arabischen Welt an Amerika hassen – sie verkörperten Macht und Reichtum, die imperiale, globale, kapitalistische Vorherrschaft, und sie standen in der Stadt New York, dem vermeintlichen »heutigen Babylon«. Der internationale Terrorismus offenbart mithin ein Gefährdungspotenzial für die gesamte westliche Welt, auf das die internationale Sicherheitspolitik derzeit adäquate Antworten sucht.

### **Verbreitung von Massenvernichtungswaffen**

Dasselbe gilt für die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Auch hier sieht sich die westliche Welt vor neue Aufgaben gestellt. Die Verhinderung der Herstellung und Verbreitung von biologischen, chemischen und Nuklearwaffen stellt eine zentrale Herausforderung für die internationale Politik dar. Diese richtet sich sowohl an nichtstaatliche Akteure wie etwa islamistische Terroristen als auch an einzelne Staaten, beispielsweise den Iran. Der Iran war einer der ersten Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags von 1970. Dieser Vertrag verpflichtet jedes Mitglied, das Nichtkernwaffenstaat ist, auf Entwicklung und Besitz von Atomwaffen zu verzichten, verbietet aber zugleich das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie. Jeder Vertragsstaat ist verpflichtet, mit der *Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO)* in Wien ein Sicherheitsabkommen zu schließen, das es der *IAEO* ermöglicht, die Nuklearaktivitäten eines Landes im Hinblick auf die Einhaltung seiner Verpflichtungen zu kontrollieren. Im Jahr 2003 musste der Iran zugeben, gegen seine Verpflichtungen aus seinem Sicherheitsabkommen verstoßen und über 18 Jahre hinweg ein geheimgehaltenes Nuklearprogramm verfolgt zu haben. Hierzu gehört der verdeckte Bau einer Urananreicherungsanlage, in der auch spaltbares Material zur Waffenproduktion hergestellt werden kann. Im Westen bestehen begründete Zweifel, ob das Nuklearprogramm des Iran ausschließlich friedlichen Zwecken dient. Frankreich, Großbritannien und Deutschland nahmen deshalb einen Verhandlungsprozess mit dem Iran auf, der dem Land die Möglichkeit für eine Rückkehr zur Vertragstreue und zur Ausräumung des international entstandenen Misstrauens eröffnen sollte. Vor dem Hintergrund der rigorosen politischen Haltung des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad sind allerdings die Erfolgsaussichten dieses Unternehmens fraglich.

### **China: Weltmacht im Werden**

Die Volksrepublik China hatte niemals in ihrer Geschichte ein ähnlich globales Gewicht wie heute. Doch von Anbeginn vermutete die Welt bei ihr die Fähigkeit, eine globale Rolle zu spielen, denn schon bei der Gründung der Vereinten Nationen wurde für China ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat vorgesehen. Seitdem Deng Xiaoping die Volksrepublik im Jahre 1978 aus ihrer planwirtschaftlichen Starre gerissen hat, erlebt der Westen einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg Chinas, der die ökonomische und politische Wirklichkeit der Welt verändert. China hat im letzten Jahrzehnt nicht nur wirtschaftlich, sondern auch außenpolitisch und militärisch deutlich an Gewicht gewonnen. Weit verbreitet ist die Erwartung, dass China nicht nur zur neuen Weltmacht aufsteigt, sondern auch zum künftigen Herausforderer der globalen Führungsrolle der USA.

### Geopolitik: China und das Verhältnis zu den USA

Aus amerikanischer Perspektive kann es keine strategische Option im Umgang mit einem erstarkenden China sein: Eine chinesische Hegemonie, eine *Pax Sinica* in Asien hinzunehmen und zu akzeptieren, dass Staaten in der Region sich mehr und mehr an ein aufsteigendes China anlehnen und amerikanischer Einfluss in der Region schwindet. Seit über einem Jahrhundert gibt es das grundlegende geopolitische Interesse der USA, die Hegemonie einer Macht in der Region zu verhindern – ein Interesse, das in der amerikanischen politischen Öffentlichkeit nur deshalb so selten ausgesprochen werden muss, weil es eine selbstverständliche, unhinterfragte Prämisse amerikanischer Weltpolitik ist. Dabei ist das rasante wirtschaftliche Wachstum in China von inneren Spannungen geprägt. Anzuführen ist an dieser Stelle insbesondere das soziale Stadt-Land-Gefälle. Des Weiteren hält die Kommunistische Partei nach wie vor die Zügel der Politik fest in der Hand. Eine Demokratisierung des Landes nach westlichem Vorbild ist derzeit nicht in Sicht. Oppositionsbewegungen wie die Studentenbewegung des Jahres 1989 werden rücksichtslos bekämpft, der Schutz der fundamentalen Menschenrechte ist weiterhin nicht gewährleistet.

### Rohstoffpolitik versus Good Governance?

Seinem ökonomischen und politischen Gewicht entsprechend, tritt China als Nachfrager auf den internationalen Märkten für Öl und andere Rohstoffe auf. Die Volksrepublik ist inzwischen zum zweitgrößten Ölkonsumenten und zum drittgrößten Ölimporteur der Welt avanciert. Doch verlangt Chinas ungehemmt wachsende Industrie auch nach anderen Rohstoffen wie Kupfer, Zinn, Mangan oder Tropenholz. Diese riesige Nachfrage aus China hebt die Weltmarktpreise für Rohstoffe dauerhaft an. Vor dem Hintergrund seines hohen Rohstoffbedarfs wird die chinesische Außenpolitik zusehends davon bestimmt, die Nähe zu Ländern mit großen Rohstoffvorkommen zu suchen. Dies bringt die Volksrepublik in Konkurrenz zu den bereits etablierten Industriestaaten, allen voran den USA, aber auch zu Brasilien, Russland und Indien, die gleichfalls den Anschluss an die wohlhabenden Staaten suchen. China bemüht sich etwa um Öl aus Saudi-Arabien, Russland und anderen großen Anbieterstaaten, doch die von ihnen gebotenen Kapazitäten reichen nicht aus. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich China auch in Staaten mit schlechter Reputation in Fragen wie Menschenrechte, Korruption und Rechtsstaatlichkeit («good governance») umsieht. Dies betrifft den Sudan, Nigeria und andere afrikanische Staaten ebenso wie den Iran oder Usbekistan. Damit konterkariert die Volksrepublik oftmals die entwicklungspolitischen Bemühungen der europäischen Staaten, die sich durch wirtschaftliche und politische Sanktionsmaßnahmen für Good Governance einsetzen.

## ●●● BAUSTEIN A

### AMERIKANISCHE WELTPOLITIK NACH DEM 11. SEPTEMBER 2001

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das *World Trade Center* in New York und auf das *Pentagon* in Washington führten zu einer Neujustierung der amerikanischen Außenpolitik unter der Präsidentschaft von George W. Bush. Die Schülerinnen und Schüler sollen die politische Relevanz der Ereignisse vom 11. September für die amerikanische Weltpolitik erfahren und die daraus resultierenden Folgen für die politischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu ihren Verbündeten und zur Weltorganisation der Vereinten Nationen erkennen. Übergeordnetes Ziel ist hierbei, dass sich die Lernenden der Neuerungen amerikanischer Außenpolitik seit dem 11. September bewusst werden und diese in ihrer Bedeutsamkeit für die amerikanische Weltpolitik reflektieren.

### UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Die thematische Auseinandersetzung mit Fotografien von den Anschlägen auf die *Twin Towers* am 11. September 2001 (A 1) bietet den Lernenden die Möglichkeit, ihre diesbezüglichen Vorkenntnisse zu aktivieren und Voreinstellungen zur Thematik im Unterrichtsgespräch zu klären. Bei der anschließenden Erstellung einer Mind Map zum 11. September 2001 (A 2–A 3) können sie diese Vorkenntnisse sowie die während des vorausgegangenen Unterrichtsgesprächs erfahrenen Informationen sammeln. Die Schüler lernen dabei im gegenseitigen Austausch wichtige Schlüsselbegriffe zur Thematik kennen und üben, diese in strukturierter Weise grafisch darzustellen.

Die Beschäftigung mit den Texten zur Reaktion der Staats- und Regierungschefs aus aller Welt zu den Anschlägen am 11. September 2001 sowie mit der Erklärung des Bündnisfalles durch die NATO (A 4–A 6) ermöglicht den Schülern eine vertiefende Auseinandersetzung mit der politischen Bedeutung und Tragweite der Anschläge. Der Quellentext zum Nordatlantikvertrag, Artikel 5 (A 4), vermittelt den genuine Zweck des Bündnisses. Die Arbeit mit der Karte zu den NATO-Staaten (A 4) bietet den Schülerinnen und Schülern eine anschauliche Vergegenwärtigung der Mitgliedstaaten der NATO sowie die Klärung der Begriffe »Nordatlantikpakt« bzw. »atlantisches Bündnis«. Darüber hinaus wird hier die spezifische Vorgehensweise der amerikanischen Regierung gegen die *Taliban* mit Hilfe einer »Koalition der Willigen« im Kontext der jüngsten Geschichte Afghanistans transparent (A 5–A 6).

Bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Texten von Altbundeskanzler Helmut Schmidt und von dem Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempiel (A 8) erfahren die Schülerinnen und Schüler, dass die Vereinigten Staaten nach den Anschlägen vom 11. September 2001 von der erklärten

Beistandsverpflichtung der NATO-Bündnispartner keinen Gebrauch gemacht haben. Stattdessen griffen die USA bei ihrer Kriegführung in Afghanistan auf einzelne Partner zurück. Die Schüler erkennen, dass es den USA bei ihrem Verzicht auf die Einbeziehung der NATO insbesondere darum ging, ihre politische und militärische Handlungsfreiheit zu bewahren. Auf diese Weise können sich die Lernenden der für die gegenwärtigen internationalen Beziehungen bedeutsamen strategischen Grundhaltungen von Staaten – Unilateralismus und Multilateralismus (A 7) – anhand eines spezifischen Falles gewahr werden. Das in den Stellungnahmen von Helmut Schmidt und Ernst-Otto Czempiel beispielhaft dargelegte strategische Vorgehen der Vereinigten Staaten im Hinblick auf die militärische Intervention in Afghanistan ermöglicht mithin den Schülern, sich ein eigenständiges Urteil über diese Vorgehensweise und die dahinter stehende strategische Grundhaltung auch im Hinblick auf die Zukunft des atlantischen Bündnisses zu bilden.

Die Landkarte und die Angaben über Bevölkerung, Wirtschaftsleistung je Einwohner, Militärausgaben sowie die seitens des amerikanischen Präsidenten im Januar 2002 erhobenen Vorwürfe (A 9) vermitteln den Schülern die geografische, politische und soziale Lage derjenigen Staaten, die George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation als »Achse des Bösen« bezeichnete. Die kurzen politischen Porträts der Staaten Irak, Iran und Nordkorea heben die politischen Charakteristika sowie das von diesen Staaten ausgehende Gefährdungspotenzial insbesondere durch die Herstellung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen hervor. Auf diese potenziellen Gefährdungen geht der amerikanische Präsident in der auszugsweise vorgestellten Rede vom Januar 2002 ein und kündigt dabei an, diese künftig davon abzuhalten, die USA, deren Verbündete sowie den Weltfrieden insgesamt zu bedrohen. Durch den Arbeitsauftrag zur Selbstrecherche werden die Schüler aufgefordert, anhand weiterer Kriterien wie Müttersterblichkeit, Kinderunterernährung, Lebenserwartung, Menschenrechtssituation sowie Sozial- und Bildungspolitik selbstständig ihre Kenntnisse über die Staaten der »Achse des Bösen« zu erweitern und in einem Länderporträt zu dokumentieren.

Die Beschäftigung der Schüler mit dem SPIEGEL-Titelblatt »Die Bush-Krieger. Amerikas Feldzug gegen das Böse« (A 10) ermöglicht eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Thematik sowie den reflexiven Umgang mit politischen Bildern bzw. Karikaturen. Die Protagonisten des SPIEGEL-Titelblattes von links nach rechts: Colin Powell (damaliger US-Außenminister) wird als Batman dargestellt. Batman ist ein amerikanischer Comic-Held und erschien erstmals 1939 in einem Comic-Magazin. Batmans Überlegenheit basiert auf Intelligenz, Willenskraft, hartem Training und seinen technischen Hilfsmitteln. Batman ist eine Art maskierter Detektiv, der Verbrecher mit Mitteln jagt, die der Polizei nicht erlaubt sind. Donald Rumsfeld (US-Verteidigungsminister) erscheint als »Conan der Barbar«. In der Rolle von »Conan« wurde Arnold Schwarzenegger als Protagonist des gleichnamigen Fantasyfilms von 1982 zum Star. Als zentrales Element des Filmes werden unzählige blutige Schwertkämpfe

ausgefochten. Der amerikanische Präsident George W. Bush wird als »Rambo« in martialischer Kampfmontur bildmässig präsentiert. Der erste einer Reihe von »Rambo«-Filmen – in der Hauptrolle verkörpert durch Sylvester Stallone – lief im Jahre 1982 in den Kinos an und zeichnete sich wie seine Nachfolger durch exzessive Gewaltdarstellungen aus. Mittlerweile ist die Filmfigur »Rambo« zum geflügelten Wort avanciert, mit dem Menschen beschrieben werden, denen Gewalttätigkeit im Umgang mit anderen nachgesagt wird. Dick Cheney (US-Vizepräsident) tritt als »Terminator« auf, eine Figur einer Reihe von erfolgreichen Science-Fiction-Filmen mit Arnold Schwarzenegger als überstarkem Mensch-Maschine-Wesen in der Titelrolle. Auch diese Filme zeichnen sich durch eine exzessive Darstellung von Gewalt aus. Die damalige nationale Sicherheitsberaterin und heutige US-Außenministerin Condoleezza Rice wird als »Xena, die Kriegerprinzessin« dargestellt. Xena ist eine amerikanische Fernsehserie, die dem Fantasygenre zugerechnet wird und mit Versatzstücken aus der griechischen Mythologie spielt. Xena ist eine gnadenlose Kriegerprinzessin, die mit einer Bande von Gesetzlosen raubt, mordet und plündert. Später ändert sie ihr Leben und kämpft fortan für das Gute. Die politische Aussage dieses SPIEGEL-Titelbildes wird durch diese Darstellung der amerikanischen Regierung in Verbindung mit den Bildunterschriften verdeutlicht. Die Schüler können durch ihre Auseinandersetzung mit diesem SPIEGEL-Titelbild den reflexiven Umgang mit derlei Medien üben und in der Diskussion hierüber die eigene Urteilsfähigkeit anbahnen.

Der Autorentext (A 11) sowie der von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Benjamin R. Barber kommentierte wiedergegebene Brief von George W. Bush im Vorwort der *National Security Strategy (NSS)* (A 13) stellen die politisch-militärische Bedrohungswahrnehmung der US-Regierung vor und verdeutlichen die nunmehr mögliche Präventivkriegsoption (A 12) der amerikanischen Außenpolitik.

Durch die Beschäftigung mit Stefan Kornelius' Kommentar zur Bush-Doktrin (A 14) vertiefen die Schüler ihr Verständnis bezüglich der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA. Darüber hinaus lernen sie die Textsorte Kommentar von anderen zu unterscheiden und erhalten die Möglichkeit, selbst einen Kommentar zu der Thematik zu verfassen. Zur Vorbereitung dieser produktionsorientierten Aufgabe dient auch die Auseinandersetzung mit der Karikatur zum künftigen Platz der Vereinten Nationen in der »Neuen Weltordnung« (A 15).

## ●●● BAUSTEIN B

### POLITIK AUF DER WELTBÜHNE: DIE VEREINTEN NATIONEN

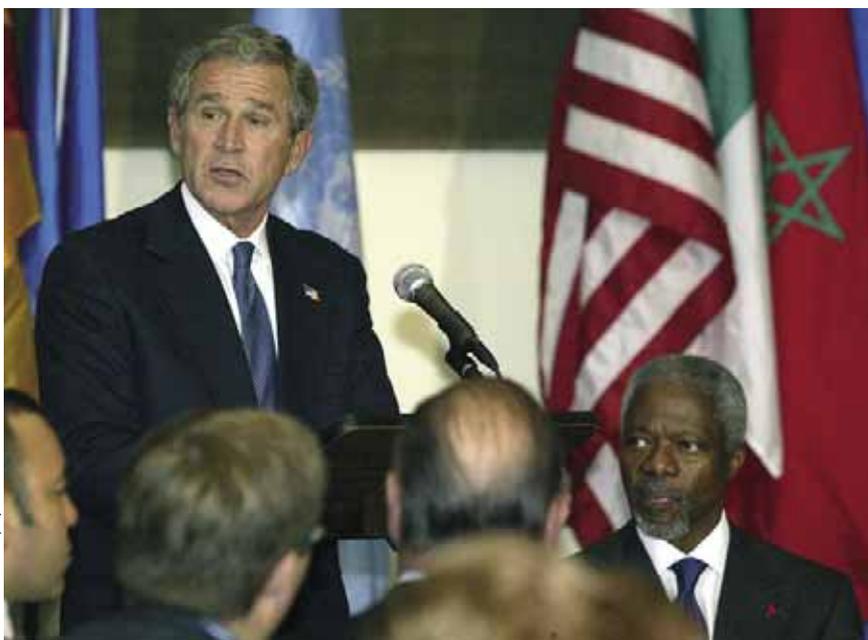
Die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) stellt die für die internationalen Beziehungen zentrale Institution auf weltpolitischer Ebene dar. In diesem Baustein werden die Funktionsweisen, Aufgaben und Ziele der Weltorganisation von den Schülerinnen und Schülern erarbeitet. Für die spannungsreiche Beziehung, die durch die in der Charta der UN festgelegten Prinzipien und der realen Politik einzelner Staaten entstehen kann, wird die Kontroverse um den Irak-Krieg im Jahre 2003 exemplarisch behandelt. Darüber hinaus können sich die Schüler mit dem Internationalen Strafgerichtshof auseinandersetzen, der unter der Obhut der UN inzwischen seine Arbeit aufnehmen konnte. Die Tätigkeit des Internationalen Strafgerichtshof kann dabei von den Lernenden als ein Schritt zur Verrechtlichung der internationalen Beziehungen wahrgenommen werden.

### UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Die Fotoaufnahme, die den UN-Generalsekretär bei einer Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen zeigt, ermöglicht den Schülern die Wahrnehmung dieser Institution als eine Weltorganisation mit 192 Mitgliedstaaten (**B 1**). Artikel 2 der Charta verdeutlicht ein essenzielles Motiv zur Gründung der Vereinten Nationen – die Wahrung der territorialen Unversehrtheit ihrer Mitgliedstaaten und die Ablehnung kriegerischer Auseinandersetzungen. Durch die Arbeitsaufträge zu **B 1** werden die Lernenden aufgefordert, sich selbstständig mit der Institution der Vereinten Nationen, deren Zielen sowie deren wichtigsten Einrichtungen auseinanderzusetzen.

Im Vorfeld des Irak-Krieges von 2003 bildeten die Vereinten Nationen das weltpolitische Forum, auf dem die wesentlichen politischen Diskussionen um diesen Krieg geführt wurden (**B 2**). Bei der Beschäftigung mit dieser Thematik wird den Schülern die bereits im vorausgehenden Baustein dargelegte unilateral bestimmte Außenpolitik der USA und die damit einhergehenden Spannungen mit der Charta der Vereinten Nationen augenfällig. Entlang der Auseinandersetzungen im Vorfeld des Irak-Krieges lässt sich die politische Zielbestimmung der Vereinten Nationen als Forum für weltpolitische Problemlagen verdeutlichen. Darüber hinaus zeitigte die amerikanische Vorgehensweise, eigenständig eine »Koalition der Willigen« für den Krieg gegen den Irak zu schmieden, auch Rückwirkungen für die europäische Politik: Europa spaltete sich – nach dem provokativen Wort des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld – in ein »altes« und ein »neues« Europa. Allerdings bröckelt die »Koalition der Willigen« inzwischen, wie der Karikaturist dies darstellt: Spanien hat mittlerweile seine Truppen vollständig aus dem Irak abgezogen, Italien und Polen kündigten jeweils den vollständigen Abzug ihrer Soldaten aus dem Irak bis Ende 2006 an.

Die Karte zur geostrategischen Lage des Irak und der Autorentext zur jüngeren politischen Geschichte des Landes bis zur heutigen Situation bieten den Schülern Orientierungswissen für eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem beispielhaften Fall des Irak-Krieges auf dem Weltforum der Vereinten Nationen (**B 3**). Hierzu dienen der Autorentext zur Stellungnahme des US-Außenministers Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat im Februar 2003 sowie die Darstellung des Politikwissenschaftlers Ernst-Otto Czempel über die Argumentation der Vereinigten Staaten bezüglich des von ihr geführten Krieges gegen den Irak (**B 4**). Den Schülern wird bei ihrer Auseinandersetzung mit diesen Texten insbesondere deutlich, dass die von Powell vor dem Weltsicherheitsrat vorgebrachten Argumente hinfällig sind und von diesem inzwi-



US-Präsident George W. Bush und UN-Generalsekretär Kofi Annan am Rande der UN-Vollversammlung am 23. September 2003. Bush verteidigt den Irak-Krieg vor den Vereinten Nationen.

schen selbst zurückgenommen wurden. Weiterhin wird der enge Zusammenhang zwischen der bereits thematisierten amerikanischen *Nationalen Sicherheitsstrategie* von 2002 und dem außen- und militärpolitischen Vorgehen der USA im Irak deutlich. Durch die Abfassung einer Erörterung zum militärischen Vorgehen der USA im Irak vor dem Hintergrund der Charta der Vereinten Nationen (Art. 2, Abs. 4 und Abs. 7 sowie Art. 51) sollen die Lernenden zur Reflektion der Spannung zwischen der amerikanischen Präventivkriegsoption und der UN-Charta angeregt werden.

Robert Kagans Essay (**B 5**) bringt die amerikanische Sichtweise bezüglich der Bedeutung militärischer Macht und deren Anwendung aus der Perspektive eines der Bush-Regierung nahestehenden Politikwissenschaftlers pointiert zum Ausdruck. Den Schülern wird bei der Untersuchung der Grafik (**B 6**) die Möglichkeit geboten, sich der unterschiedlichen Dimensionen der Rüstungs- und Verteidigungsausgaben der USA und Europas bewusst zu werden. Die Ausführungen des deutschen Politikwissenschaftlers Christian Hacke (**B 7**) verdeutlichen in direkter Auseinandersetzung mit der Position Kagans eine europäische Perspektive, die neben militärischen Aspekten auch weitere sicherheitspolitisch relevante Momente anführen. Die Schüler werden hier abschließend zur Erörterung der Frage aufgefordert, welche politische Bedeutung derzeit die USA und die EU jeweils der internationalen Institution UNO beimessen, wozu auch die Karikatur (**B 8**) herangezogen werden kann.

Bei ihrer Beschäftigung mit der von den Vereinten Nationen initiierten Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (**B 9–B 12**) lernen die Schüler die unterschiedlichen Positionen bezüglich dieser internationalen Institution kennen (vgl. auch Politik & Unterricht 2/2005: Menschenrechte, S. 43) und können diesbezüglich in einer abschließenden Pro-Contra-Debatte ihre eigene politische Auffassung darlegen und argumentativ begründen.

Die Vorstellung des Prozesses gegen den kongolesischen Milizführer Thomas Lubanga als Angeklagten vor dem Internationalen Strafgerichtshof lässt die Tätigkeit desselben für die Schüler exemplarisch konkret werden (**B 13**). Der hierbei vorzunehmende Bezug zum Verbrechen der Rekrutierung von Kindersoldaten ermöglicht den Schülern eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Thematik, wobei sie mit den Kindersoldaten Empathie üben und sich mit Hilfsmaßnahmen für diese beschäftigen können. Die Lernenden werden abschließend zur politischen Urteilsbildung über die gesamte Thematik aufgefordert.

## ●●● BAUSTEIN C

### DIE AUSSENPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Europäische Union hat neben der erfolgreichen Integration im wirtschaftlichen Bereich inzwischen auch ein spezifisches außenpolitisches Profil erlangt. Die Lernenden können hier die Entwicklung der europäischen *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* (*GASP*) nachvollziehen und sich mit den aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der EU, wie sie in der *Europäischen Sicherheitsstrategie* (*ESS*) dargelegt sind, auseinandersetzen. Die konkrete Umsetzung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU vermögen die Schülerinnen und Schüler exemplarisch anhand des Streits um das iranische Atomprogramm sowie der Entsendung europäischer militärischer Kräfte zur Absicherung der freien und fairen Durchführung von Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo zu erfahren.

### UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Die Fotografien in **C 1** geben wichtige Stationen der Entwicklung hin zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union wieder. Der sich hieran anschließende einführende Autorentext stellt den politischen Weg zur heutigen *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* (*GASP*) der EU vor, welcher in der Initiative für eine *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (*EVG*) zu Beginn der 1950er-Jahre seinen Ausgang nahm und bis zur Verabschiedung einer *Europäischen Sicherheitsstrategie* (*ESS*) im Jahre 2003 führte (**C 2**). Zur Vergegenwärtigung dieses historischen Prozesses sollen die Schüler die wichtigsten Stationen dieser Entwicklung selbstständig erarbeiten und in einer entsprechenden Präsentation vorstellen.

In der sich anschließenden Beschäftigung mit der *ESS* sollen die Lernenden die darin festgehaltenen gegenwärtigen Hauptbedrohungen Europas – Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, das Scheitern von Staaten sowie die organisierte Kriminalität – in ihrer Bedeutsamkeit für die politische Gegenwart in Europa erkennen (**C 3**). Die Fotografien zu den Terroranschlägen in Madrid 2004 und in London 2005 sollen dieses Unterfangen visuell unterstützen. Auf dieser Grundlage erarbeiten sich die Schüler eine Vorstellung von der außenpolitischen Rolle, die sich die Europäische Union mit der *ESS* zuschreibt. Dabei können sie auch einen Vergleich zwischen der amerikanischen *NSS* und der *ESS* vornehmen.

Das Auswärtige Amt nimmt bei seiner Würdigung der *ESS* insbesondere Bezug auf die politischen Paradigmenwechsel der Jahre 1989 (Fall der Mauer, Beendigung des Ost-West-Konflikts) und 2001 (Terroranschläge in den USA) (**C 4**). Auf die dadurch veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen wollen die Mitgliedstaaten der EU in Zukunft gemeinsam reagieren. Der von Erich Reiter vorgestellte Paradigmenwechsel der EU bezieht sich auf das Selbstver-

ständnis des Staatenbundes, welches sich vor allem dadurch auszeichnet, dass sich die EU nunmehr als globaler Akteur versteht. Als supranationale Organisation, die eine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik betreibt und dabei die Organisation der Vereinten Nationen unterstützt, kann die EU hinfort auch zur Herausbildung einer multipolaren Weltordnung beitragen.

Über die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus hinaus werden in dem einführenden Text (C5) und in dem Interview mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier (C6) die Gefahren für die EU durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen am Atomprogramm des Iran verdeutlicht. Darüber hinaus wird den Schülern das außenpolitische Engagement der »EU-Drei« in diesem weltpolitischen Konflikt augenfällig, wobei die »EU-Drei« insbesondere durch das Angebot wirtschaftlicher Kooperation den Iran zum Einlenken zu bewegen suchen. Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad präsentiert in dem SPIEGEL-Interview seine Politik als friedlich (C7). Iran sei nicht am Bau von Atomwaffen interessiert, sondern nehme lediglich sein »legitimes Recht« – sein durch den Atomwaffensperrvertrag begründetes Recht zur friedlichen Nutzung der Atomenergie – wahr. Die von dem iranischen Präsidenten hier vertretenen politischen Positionen und historischen Darstellungen sowie insbesondere der am Schluss der vorgestellten Passage des Interviews vorgebrachte kryptische Hinweis auf inhaftierte Holocaust-Forscher bedürfen bei der Behandlung des Interviews im Unterricht einer ausführlichen Erläuterung durch die Lehrkraft. Gleichwohl können mit dieser Quelle den Schülern die bei politischen Verhandlungen durch die »EU-Drei« mit dem Iran auftretenden Schwierigkeiten nahegebracht werden. Die Gefahr für die Weltgemeinschaft, welche von dem iranischen Atomprogramm ausgehen kann, wird abschließend in zugespitzter Weise bildlich durch die Karikatur zum Ausdruck gebracht.

Am Beispiel des EU-Militäreinsatzes in der Demokratischen Republik Kongo wird der Umgang der Europäischen Union mit der in der ESS dargelegten Hauptbedrohung »Regionale Konflikte« verdeutlicht (C8–C10). Die Fotos sowie die Landkarte in C8 ermöglichen den Schülern einen anschaulichen Zugang zu dieser Krisenregion. Die auf der Karte eingetragenen Rohstoffvorkommen veranschaulichen zugleich, dass es sich bei der DR Kongo eigentlich um ein »reiches« Land handelt, was durch die eigenständige Erarbeitung und Erstellung einer Präsentation zu diesem zentralafrikanischen Land und der Frage nach den Interessen unterschiedlicher Mächte an diesem noch unterstrichen werden soll.

Die Beschäftigung mit den konkreten Hoffnungen der Menschen in der DR Kongo, welche diese mit den Wahlen verknüpfen (C9 und C10), verdeutlicht den Schülern die Bedeutung dieses außenpolitischen Engagements der EU. Die Lernenden erkennen hier weiterhin die Zusammenarbeit der internationalen Organisation der Vereinten Nationen mit der Europäischen Union. Zum Abschluss dieses Bausteins können die Lernenden zur aktuellen politischen Situation in der DR Kongo selbstständige Recherchen vornehmen.

## ●●● BAUSTEIN D

### CHINA: WELTMACHT IM WERDEN UND DAS POLITIKZIEL VON GOOD GOVERNANCE

China ist *das* Schwellenland, das aufgrund seiner wirtschaftlichen Dynamik und seiner wachsenden Bedeutung in der internationalen Politik in Zukunft noch in verstärktem Maße seinen Einfluss auf der weltpolitischen Bühne geltend machen wird. Die Lernenden sollen sich deshalb zunächst mit der wirtschaftlichen Dynamik des »Reichs der Mitte« sowie – am Beispiel der Handelsbeziehungen mit Deutschland – mit deren Auswirkungen beschäftigen. Darüber hinaus können sich die Schülerinnen und Schüler mit dem politischen System der Volksrepublik vertraut machen. Die autoritären politischen Strukturen sind wiederum maßgeblich für das aggressive Auftreten Chinas auf dem internationalen Rohstoffmarkt. Die Lernenden sollen in diesem Kontext das spannungsreiche Verhältnis zwischen dem Politikziel von Good Governance und den chinesischen Bedürfnissen nach Rohstoffen erfahren.

### UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Die Schaubilder D1 und D2 bieten politische und wirtschaftliche Grundinformationen zu China, der Weltmacht im Werden. Die dabei zum Ausdruck kommende wirtschaftliche Dynamik des »Reichs der Mitte« sowie die damit einhergehenden Folgen und Spannungen für die chinesische Gesellschaft werden durch das Foto D3 augenfällig. Eine Vertiefung dieser Thematik erfolgt durch den Ausspruch von Napoleon Bonaparte »*Lasst China schlafen. Denn wenn China erwacht, wird die Welt erzittern*« (D4). Die Aufforderung zur Erklärung, weshalb dieser Ausspruch auch heute noch Gültigkeit hat, ermöglicht den Lernenden, ihre Assoziationen, die sie mit der Entwicklung Chinas verbinden, sowie ihre diesbezüglichen Kenntnisse begrifflich zu fassen und zu artikulieren. Weiterhin erfahren sie durch ihre eingehende Beschäftigung mit D4 eine prospektive Einschätzung zur Entwicklung des »Reichs der Mitte«.

Zur Veranschaulichung der Auswirkungen der wirtschaftlichen Dynamik Chinas können sich die Schülerinnen und Schüler in D5 mit den Handelsbeziehungen zwischen der Volksrepublik und der Bundesrepublik Deutschland auseinandersetzen. Die konfliktrichtige Thematik, ob durch diese Handelsbeziehungen in Deutschland Arbeitsplätze verloren gehen oder ob die deutsche Wirtschaft von diesen Beziehungen nicht eher profitiert (oder beides), kann nach der Sammlung jeweiliger Argumente im Klassenplenum diskutiert werden. Die eigenständige Befragung von Unternehmen in der Region bezüglich deren Handelsbeziehungen zu China vermag die Motivation der Schüler zur Auseinandersetzung mit der Thematik zu steigern und eröffnet ihnen einen konkreten Einblick in die deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen.

Das Arbeitsblatt **D 6** fordert die Lernenden zur selbstständigen Beschäftigung mit dem politischen System der Volksrepublik, der Wirtschaft sowie der Menschenrechtssituation und der Lage ethnischer Minderheiten auf. Die Schüler sollen dabei eine Vorstellung von der wirtschaftlichen Wandlung Chinas bei gleichzeitiger Beibehaltung autoritärer politischer Herrschaftsstrukturen erlangen. In der Karikatur wird diese Thematik in bildlicher Gestalt vorgestellt.

Die wirtschaftliche Dynamik Chinas, kombiniert mit dem autoritären Führungsstil der Kommunistischen Partei, zeitigt auch geopolitische Konsequenzen, die mit der westlichen Politik in Konflikt geraten. Chinas Bedarf an Rohstoffen – vom Karikaturisten in **D 8** dargestellt –, welcher der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet ist, führt dazu, dass das »Reich der Mitte« auch vor dem Handel mit Staaten von überaus schlechter politischer Reputation im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte, Korruption und Rechtsstaatlichkeit nicht zögert (**D 7** und **D 9**). Dabei wird die westliche Politik, die sich um die Verbreitung von Good Governance in diesen Staaten bemüht, konterkariert

(**D 10**). Die Schüler können diese Problematik selbstständig durch Recherchen zum Fallbeispiel Sudan untersuchen. Hierdurch werden sie sich des Spannungsverhältnisses zwischen der chinesischen Energiepolitik und des von den westlichen Staaten geförderten Ziels der »guten Regierungsführung« bewusst.

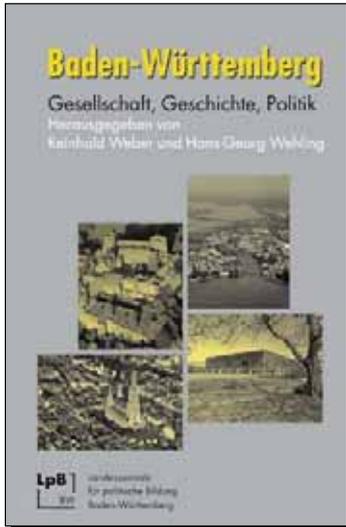
## LITERATUR

- Bierling, Stephan: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart, München 2003.
- Buruma, Ian/Margalit, Avishai: Okzidentalismus. Der Westen in den Augen seiner Feinde, München/Wien 2005.
- Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München 2002.
- Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel 2003 in: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>.
- Gareis, Sven/Varwick, Johannes: Die Vereinten Nationen, 3. Aufl. Opladen 2003.
- Hacke, Christian: Die USA als globaler Akteur, in: Die politische Meinung, Nr. 412, 2004, S. 31–36.
- Hillgenberg, Hartmut: Gewaltverbot: Was gilt noch?, in: Jochen Abr. Frowein/Klaus Scharioth/Ingo Winkelmann/Rüdiger Wolfrum (Hrsg.): Verhandeln für den Frieden. Liber Amicorum Tono Eitel, Berlin 2003, S. 141–165.
- Hilpert, Hanns Günther/Möller, Kay/Wacker, Gudrun/Will, Gerhard: China 2020. Perspektiven für das internationale Auftreten der Volksrepublik, Berlin 2005.
- Hoffmann, Hans-Viktor: Demoskopisches Meinungsbild in Deutschland zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Strausberg 1995.
- Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin 2003.
- Kamp, Karl-Heinz: »Preemptive Strikes«. Eine neue sicherheitspolitische Realität, in: Internationale Politik, Heft 6, 2004, S. 42–47.
- Rudolf, Peter: Die USA und der Aufstieg Chinas, Berlin 2006.
- The National Security Strategy of the United States of America 2002, in: [www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf](http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf)
- Wacker, Gudrun (Hrsg.): Chinas Aufstieg: Rückkehr der Geopolitik, Berlin 2006.

Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.):

**Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik.**

Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg Bd. 34, Stuttgart 2006



Seit seiner Gründung im Jahr 1952 ist Baden-Württemberg einen erfolgreichen Weg gegangen. Aber das Land hat auch tiefgreifende Veränderungen erfahren – sei es in den Bereichen Föderalismus, europäische Einigung oder durch die Herausforderungen der Globalisierung und des demografischen Wandels der deutschen Gesellschaft.

Namhafte Autoren bieten eine politische Landeskunde zum deutschen Südwesten auf dem neuesten Stand. Grundlegend informiert wird über Geschichte, Politik, politisches System und politische Kultur, Geografie, Bevölkerung und Gesellschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Bildung,

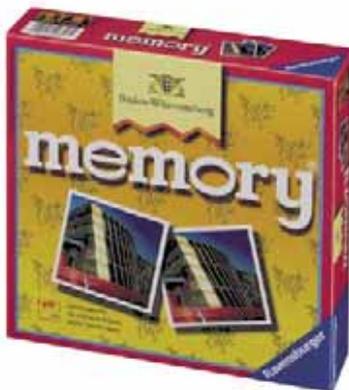
Kultur und nicht zuletzt über Religionen und Konfessionen in Baden-Württemberg.

Der Grundlagenband zum „Ländle“ versteht sich als Studienbuch und als Nachschlagewerk.

Erhältlich gegen eine Schutzgebühr von **6.50 EUR** (zzgl. Versandkosten) per Fax 0711. 164099-77, über [marketing@lpb.bwl.de](mailto:marketing@lpb.bwl.de) oder Webshop: [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop)



## Baden-Württemberg entdecken!



**BADEN-WÜRTTEMBERG  
MEMORY®**

Das beliebte Gedächtnisspiel zeigt Motive aus jedem der 35 Land- und 9 Stadtkreise. Zusätzliche Informationen zu den Kreisen und Motiven helfen beim Einstieg in die Landeskunde. Die bekannte Memory®-Spielform bietet Spaß für 2 bis 6 Personen aller Altersgruppen – auch und besonders für die Kleinen!

Mit dem Baden-Württemberg Memory® spielend das „Ländle“ kennen lernen und Anregungen für Ausflüge holen!

Exklusive LpB-Ausgabe – nicht im Spielwarenhandel erhältlich.

Zu bestellen gegen eine Schutzgebühr von **10.- EUR** (zzgl. Versandkosten) per Fax 0711. 164099-77, über [marketing@lpb.bwl.de](mailto:marketing@lpb.bwl.de) oder Webshop: [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop)



---

# Internationale Beziehungen

USA – UNO – EU – China

## Texte und Materialien für Schülerinnen und Schüler

4-2006

### Baustein A Amerikanische Weltpolitik nach dem 11. September 2001

---

A 1 – A 3	»9/11« verändert die Weltpolitik	16
A 4 – A 6	Die NATO erklärt den Bündnisfall	18
A 7 – A 8	Unilateralismus – Multilateralismus	20
A 9 – A 15	Nationale Sicherheitsstrategie der USA – Bush-Doktrin	21

### Baustein B Politik auf der Weltbühne: Die Vereinten Nationen

---

B 1	Die Vereinten Nationen	25
B 2 – B 4	Der Irak-Krieg und die UNO	26
B 5 – B 8	UNO – USA – EU	29
B 9 – B 13	Der Internationale Strafgerichtshof	31

### Baustein C Die Außenpolitik der Europäischen Union

---

C 1 – C 4	Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU	34
C 5 – C 7	Die EU im Konflikt um das Atomprogramm des Iran	38
C 8 – C 10	Der gemeinsame militärische Einsatz der EU in der DR Kongo	40

### Baustein D China: Weltmacht im Werden und das Politikziel von Good Governance

---

D 1 – D 4	Wirtschaftliche Dynamik	42
D 5	Handelspartner: China und Deutschland	44
D 6	Politisches System – Wirtschaft – Gesellschaft	45
D 7 – D 10	Weltweiter Kampf um Rohstoffe	46

*Hinweis:* Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von Websites, auf die in diesem Heft verwiesen oder verlinkt wurde.

# A • Amerikanische Weltpolitik nach dem 11. September 2001

Materialien A 1–A 15

## A 1 »9/11«: Der 11. September 2001



picture-alliance/dpa

Am 11. September 2001 lenken islamistische Terroristen zwei entführte Passagierflugzeuge auf die *Twin Towers* des *World Trade Center* in New York.



picture-alliance/dpa

Das *Pentagon*, das US-amerikanische Verteidigungsministerium, am Morgen des 11. September 2001 nach dem Anschlag.



picture-alliance/dpa

Aufräumarbeiten am *Ground Zero* nach dem 11. September 2001. Eine US-Flagge weht inmitten der Stelle, wo das *World Trade Center* stand.



picture-alliance/dpa

US-Truppen in der Wüste von Afghanistan. Ihre Aufgabe: das Auffinden von Terroristenchef Osama bin Laden und von *Al-Qaida*-Kämpfern.

### ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 1–A 3

► Betrachtet die Fotos in A 1. Welche Ereignisse bringt Ihr damit in Verbindung? Benennt die Ereignisse am 11. September 2001 und die weltpolitischen Folgen.

► Lest Euch die Texte in A 2 und A 3 durch. Ordnet Eure Sammlung von Ereignissen und Zusammenhängen anhand von Schlüsselwörtern und erstellt dazu eine Mind Map.

## A 2 »9/11« und der Krieg in Afghanistan 2001



picture-alliance/dpa

Kämpfer der Taliban in Afghanistan.

Am 11. September 2001 verübten islamistische Terroristen mehrere Anschläge in den USA, die über 3.000 Todesopfer forderten. Die Attentäter kaperten kurz nach dem Start vier Verkehrsflugzeuge. Um 8.45 Uhr Ortszeit stürzte die erste Maschine in den nördlichen Turm des *World Trade Center* in New York, eine Viertelstunde später eine zweite Maschine in den südlichen Turm. Die beiden 110 Stockwerke hohen Häuser gerieten im oberen Drittel in Brand und stürzten wenig später ein. Die *Twin Towers* galten als Symbole nicht nur der Finanzmetropole New York, sondern auch der Wirtschaftsmacht USA.

Ein weiteres Verkehrsflugzeug wurde um 9.45 Uhr in das US-Verteidigungsministerium bei Washington (D.C.) gesteuert und zerstörte einen Teil des *Pentagon*. Ein viertes Flugzeug hätte den Landsitz des amerikanischen Präsidenten in Camp David oder ein Regierungsgebäude in Washington treffen sollen. Doch die Maschine stürzte zuvor ab. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Offenbar hatten Passagiere die Entführer überwältigen können.

Der amerikanische Präsident George W. Bush kündigte an, die »Verantwortlichen für diese feigen Akte zur Strecke zu bringen«. Die US-Streitkräfte im In- und Ausland wurden in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Drei Tage nach den Anschlägen erteilte der US-Kongress dem Präsidenten die Vollmacht, militärische Vergeltungsmaßnahmen gegen die Verantwortlichen für die Attentate einschließlich »notwendiger und angemessener Gewaltanwendung« zu ergreifen. Am 20. September 2001 erklärte Bush vor dem Kongress dem Terrorismus den »Krieg«: Er machte Osama bin Laden und das Terrornetzwerk *Al-Qaida* für die Anschläge verantwortlich. Das *Taliban*-Regime in Afghanistan wurde aufgefordert, Osama bin Laden auszuliefern und *Al-Qaida* des Landes zu verweisen.

*Nach: Bundeszentrale für politische Bildung: Weltgeschichte der Neuzeit. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, S. 478 f.*

## A 3 Schwere Terroranschläge seit dem 11. September 2001

**Seit dem 11. September 2001 sind eine Reihe schwerster Terroranschläge verübt worden, die Islamisten angelastet werden:**

► **11. April 2002:** Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine Synagoge auf der tunesischen Insel **Djerba** reißt ein Selbstmordattentäter 21 Menschen mit in den Tod.

► **12. Oktober 2002:** Bei Bombenanschlägen auf Diskotheken der indonesischen Ferieninsel **Bali** sterben 202 Menschen.

► **28. November 2002:** Drei Selbstmordattentäter sprengen ein Auto vor einem israelischen Touristenhotel in **Mombasa** (Kenia) in die Luft: 18 Menschen sterben.

► **12. Mai 2003:** In der saudischen Hauptstadt **Riad** sterben 35 Menschen nach einer Serie von Bombenanschlägen in hauptsächlich von Ausländern bewohnten Vierteln.

► **16. Mai 2003:** Bei fünf Anschlägen auf westliche und jüdische Einrichtungen in **Casablanca** sterben 45 Menschen.

► **15./20. November 2003:** Bei Bombenanschlägen auf jüdische und britische Einrichtungen in **Istanbul** sterben mindestens 57 Menschen.

► **11. März 2004:** In vier Nahverkehrszügen in **Madrid** explodieren zehn Bomben. 191 Menschen sterben.

► **24. August 2004:** Nach Sprengstoffexplosionen stürzen zwei russische Passagierflugzeuge in **Südwestrussland** ab. In den Trümmern sterben 90 Menschen.

► **1. September 2004:** In **Beslan** in der russischen Republik Nordossetien überfallen 32 Bewaffnete eine Schule und nehmen mehr als 1.300 Geiseln. Bei der Befreiungsaktion sterben rund 330 Geiseln, darunter 172 Kinder.

► **7. Juli 2005:** In **London** reißen Selbstmordattentäter in U-Bahnen und in einem Bus 56 Menschen mit in den Tod. 700 Menschen werden verletzt. Zwei Wochen später schlagen weitere Attentatsversuche fehl.

► **23. Juli 2005:** Im ägyptischen Badeort **Scharm el Scheich** werden 66 Menschen getötet, darunter mehrere ausländische Touristen.

► **9. November 2005:** In der jordanischen Hauptstadt **Amman** reißen Selbstmordattentäter bei Explosionen in drei westlichen Hotels mindestens 58 Menschen in den Tod.

*dpa-Pressemeldung vom Juli 2006.*

**A 4** NATO: Die Nordatlantikpakt-Organisation



Die Mitglieder der NATO, der Nordatlantikpakt-Organisation.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schien das entschiedene Vorgehen der Sowjetunion in Osteuropa die im Westen gehegten Befürchtungen über den aggressiven, weltrevolutionären Charakter der sowjetischen Außenpolitik zu bestätigen. Aus westlicher Sicht erzwang dies den Zusammenschluss zu einem Kooperations- und Verteidigungsbündnis, das in der Lage sein sollte, einer eventuellen sowjetischen Aggression mit vereinten Kräften wirkungsvoll entgegenzutreten. Großbritannien, Frankreich und die Beneluxstaaten waren bereits im März 1948 im Brüsseler Vertrag ein Verteidigungsbündnis eingegangen. Sie zählten auch gemeinsam mit den USA und Kanada zu den Initiatoren der NATO. Der Nordatlantikvertrag wurde als wechselseitiges Abkommen am 4. April 1949 durch die Gründungsmitglieder unterzeichnet. Am 24. August 1949 trat er in Kraft.

Als NATO (*North Atlantic Treaty Organization*) wird die Institution bezeichnet, die den Nordatlantikpakt umsetzt. Der Sitz des Nordatlantikrates, des Hauptorgans der NATO, ist seit 1967 in Brüssel. Während der NATO-Rat für Entscheidungen auf der politischen Ebene zuständig ist, stellt der Militärausschuss mit den Stabschefs der Mitgliedstaaten das höchste militärische Gremium des Paktes dar.

Im Jahr 1952 traten die Türkei und Griechenland der NATO bei. Seit 1955 ist die Bundesrepublik Deutschland Mitglied. Nach der Wiedervereinigung wurde der NATO-Vertrag auf ganz Deutschland ausgeweitet. Spanien ist dem Bündnis 1982 beigetreten. Eine Besonderheit besteht für Frankreich, das seit 1966 nicht mehr in den Militärstrukturen der NATO integriert ist.

Mit dem Ende des Kalten Krieges erfolgte die NATO-Osterweiterung. Nachdem sich 1991 der Warschauer Pakt, das militärische und politische Bündnis der ehemals kommunistischen osteuropäischen Staaten aufgelöst hatte, traten 1999 Tschechien, Polen und Ungarn der NATO bei. 2004 folgten Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Somit hat die NATO heute 26 Mitglieder. Ungeachtet dieser Osterweiterung unterhält die NATO gute Beziehungen zu Russland.

Der Nordatlantikvertrag sieht ein Defensivbündnis ohne automatische militärische Beistandspflicht der Mitglieder vor. Der Vertrag verpflichtet die Mitglieder zur friedlichen Konfliktbeilegung und zur freundschaftlichen Ausgestaltung der internationalen Beziehungen. Auch die Wahrung der westlich-liberalen Gesellschaftsordnung mit politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Zusammenarbeit sowie die Anerkennung demokratischer Prinzipien ist ein Bestandteil des Vertrags.

Für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf eines der Mitglieder definiert der Nordatlantikvertrag den sogenannten Bündnisfall, der die Mitglieder zur kollektiven Selbstverteidigung verpflichtet. In Artikel 5 des Nordatlantikvertrags heißt es:

»Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.«

## A 5 Die NATO erklärt den Bündnisfall

Am Abend des 11. September 2001 notierte Präsident George W. Bush in sein Tagebuch: »Heute hat das Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts stattgefunden.« Der Vergleich der Terroranschläge vom 11. September mit dem unerwarteten Angriff Japans am 7. Dezember 1941 auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii verweist auf den psychologischen Schock der Amerikaner: Mit den Anschlägen von »9/11« hatten sie ihren Glauben an die eigene Unverwundbarkeit verloren und die Verletzbarkeit des eigenen Territoriums erkannt. Zum ersten Mal seit Pearl Harbor wurden die USA wieder auf eigenem Boden angegriffen.

Weite Teile der übrigen Welt reagierten ebenfalls äußerst betroffen auf die Anschläge in den USA. Der russische Präsident Putin war der erste, der den amerikanischen Präsidenten anrief, um die Anteilnahme des russischen Volkes und die Unterstützung seiner Regierung zu bekunden. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach noch am gleichen Tag von einer »Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt« und sicherte dem amerikanischen Präsidenten die »uneingeschränkte Solidarität« Deutschlands zu. Ähnlich reagierten auch die anderen westlichen Partner der Ver-

einigten Staaten. So titelte die französische Tageszeitung »Le Monde« am Tag nach den Anschlägen: »Nous sommes tous des Américains« (»Wir sind alle Amerikaner«).

Die NATO erkannte in den Anschlägen vom 11. September ebenfalls einen Angriff auf einen ihrer Mitgliedstaaten und aktivierte – zum ersten Mal in ihrer 52-jährigen Geschichte – den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags. Doch die Vereinigten Staaten machten bei ihren Vorbereitungen und bei der Durchführung ihres Krieges gegen die *Taliban* in Afghanistan keinen Gebrauch von dem Bündnisfall. Statt mit allen anderen Mitgliedstaaten des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses militärisch gegen die *Taliban* vorzugehen, schmiedeten die USA für den Krieg in Afghanistan eine eigene Koalition von ausgewählten Staaten. Im Vorfeld des Krieges gegen den Irak wurde diese Vorgehensweise der Vereinigten Staaten, nicht auf bewährte Bündnisse wie die NATO zurückzugreifen, sondern nach eigenem Gutdünken eine Koalition von Bundesgenossen zusammenzustellen, als Bildung einer »coalition of the willing« – einer »Koalition der Willigen« – bezeichnet.

## A 6 Afghanistan: Jüngste Geschichte des Landes am Hindukusch

Afghanistan, das Land am Hindukusch, wurde in den 1990er-Jahren von permanenter Gewalt heimgesucht. Nach dreijährigem Bürgerkrieg wird 1992 das von den Sowjets installierte Regime Mohammed Najibullahs gestürzt. Die Mudjahedin übernehmen die Macht, aber der Bürgerkrieg geht weiter. Mitte der 90er-Jahre setzen sich die nicht zuletzt von den USA unterstützten radikalislamischen Milizen der *Taliban* durch. Im September 1996 erobern sie die Hauptstadt Kabul und rufen einen islamischen Gottesstaat aus. Die Kämpfe gehen aber weiter, vor allem um die Kontrolle über den Norden des Landes.

Das *Taliban*-Regime gerät von Anfang an unter Druck. Ihm wird vorgeworfen, Osama bin Laden und dem Terrornetz *Al-Qaida* Stützpunkte zu bieten. Im Sommer 1999 verhängen die USA Wirtschaftssanktionen gegen Afghanistan. Nachdem sich trotz eines Ultimatums des Weltsicherheitsrates die *Taliban* weigern, Osama bin Laden und weitere Terroristenführer auszuliefern, treten auch UN-Sanktionen in Kraft. Das Land verfällt in die Isolation.

Nach dem 11. September 2001 fordern die USA zum wiederholten Male die Auslieferung Osama bin Ladens, der als Drahtzieher der Anschläge gilt. Gleichzeitig bereitet Washington einen Koalitionskrieg gegen das Land vor, der am 7. Oktober 2001 unter amerikanischer Führung beginnt. Bin Laden reagiert mit einem Aufruf zum Heiligen Krieg (*djihad*). Schließlich greifen amerikanische Bodentruppen in die Kämpfe ein, die hauptsächlich von der afghanischen Nordallianz getragen werden. Ihre Kämpfer rücken im November 2001 in Kabul ein. Wenig später kann auch die *Taliban*-Hochburg Kandahar eingenommen werden.

Währenddessen suchen die Vereinten Nationen nach einer politischen Lösung für das Land. Im sogenannten Petersberger Abkommen wird eine zwischenzeitliche Regierung unter Hamid Karsai eingesetzt, der bei Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 eindeutig bestätigt wird. Eine internationale Streitmacht (*ISAF*) sichert den Neuaufbau des Landes. Die Suche nach Osama bin Laden und anderen Terroristen geht weiter. Sie blieb bisher erfolglos.

### ARBEITSAUFTRÄGE ZU A4–A6

- ▶ Entwerft eine Aufstellung zur Geschichte und zur Aufgabe der NATO. Für weitere Informationen könnt Ihr im Internet recherchieren ([www-nato.int](http://www-nato.int)).
- ▶ Weshalb nennt man die NATO das »atlantische Bündnis«?
- ▶ Fasst die wesentliche Aussage des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags zusammen.

- ▶ Wie hat die NATO auf die Ereignisse am 11. September 2001 reagiert? Auf welche Weise bildeten die USA eine Koalition für den Krieg gegen die afghanische *Taliban*?
- ▶ Bildet Arbeitsgruppen und fertigt Präsentationen zur Geschichte Afghanistans wie auch zur derzeitigen Lage in dem Land am Hindukusch an.

**A 7** Definition: Unilateralismus und Multilateralismus

UNILATERALISMUS	MULTILATERALISMUS
<b>Definition</b>	
<p>Unilateralismus und Multilateralismus bezeichnen strategische Grundhaltungen in der Außenpolitik. <b>Unilateralismus (oder: Einseitigkeit)</b> meint eine außenpolitische Position, die sich vorrangig oder sogar ausschließlich an den eigenen nationalen Interessen eines Staates orientiert. Zur Durchsetzung dieser Interessen setzt ein unilateral agierender Staat auf die eigenen politischen und militärischen Fähigkeiten. Allenfalls schließt er Bündnisse mit Staaten, die in dem spezifischen politischen Anliegen die gleichen Interessen verfolgen.</p>	<p><b>Multilateralismus (oder: Vielseitigkeit)</b> in der Außenpolitik bezeichnet die Eigenschaft und Fähigkeit von Staaten, ihren je spezifischen Interessen durch Verhandlung und Kooperation mit den jeweiligen Partnern im gegenseitigen Einvernehmen nachzugehen. Diese Zusammenarbeit erfolgt dann nicht nur mit einem (bilateral), sondern mit mehreren (multilateral) Partnern. Dabei werden die Interessen aller beteiligten Partner prinzipiell gleichberechtigt berücksichtigt. So erfolgen etwa die Entscheidungen in der NATO multilateral.</p>

**A 8** Zwei Stellungnahmen zum Vorgehen der USA

**Stellungnahme 1**

Für den notwendigen militärischen Angriff auf das mit *Al-Qaida* kooperierende *Taliban*-Regime Afghanistans war Washington klug genug, sich zunächst der politischen Unterstützung der Staaten der Europäischen Union, Russlands, Chinas und vieler anderer Staaten zu versichern, eine anti-terroristische Koalition zustande zu bringen und einen Beschluss des Sicherheitsrates der UN herbeizuführen. Es war gut und richtig, dass die Regierungen und die Medien der europäischen Staaten ihre Solidarität mit den USA erklärt und auf vielfältige Weise kooperiert haben, so auch die NATO, die im Oktober 2001 für ihre Mitglieder die Beistandsverpflichtung gegenüber dem Allianz-Mitglied USA festgestellt hat. Washington hat bisher von der NATO kaum Gebrauch gemacht ... Im Ergebnis war es dankenswert, nicht das ganze nordatlantische Verteidigungsbündnis in den Krieg in Zentralasien zu verwickeln. Stattdessen hat Washington sich der politischen und militärischen Kooperation einer Reihe einzelner Staaten bedient. Damit haben sich die USA zugleich aller multilateralen Beschlussfassung entzogen. Washington hat sich inzwischen eine von niemand einschränkbare nationale Handlungsfreiheit zur Richtschnur gemacht und oben-drein erklärt, jeden als Gegner betrachten zu wollen, der in diesem Kampf nicht auf Seiten der USA steht.

*Helmut Schmidt, in: Die ZEIT vom 1. August 2002.*

**Stellungnahme 2**

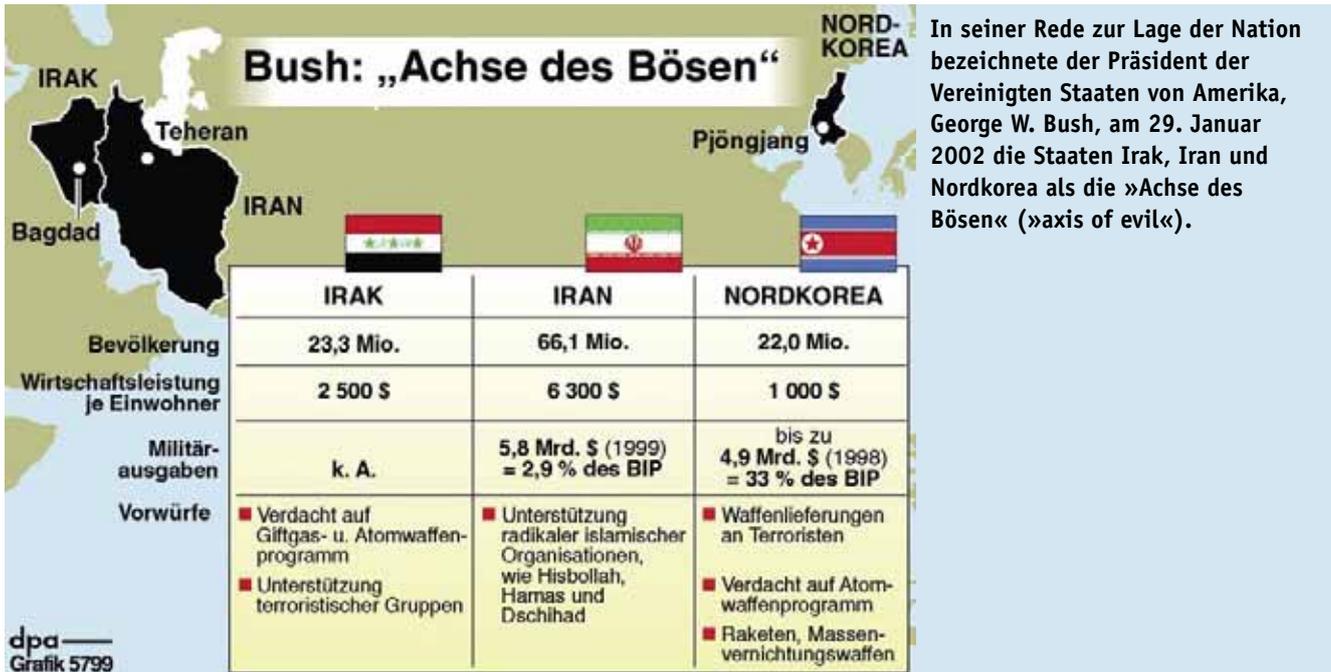
Der nach dem 11. September ins Grundsätzliche gesteigerte Wunsch nach vollkommener Handlungsfähigkeit der USA distanzierte sie auch von der NATO. Die Allianz ... fand sich nach dem 11. September am Rande des Geschehens. ... Zwar forderten die USA die Allianz auf, den Bündnisfall zu erklären ... Danach aber trat sie als Organisation nicht mehr in Erscheinung. Den Krieg in Afghanistan führten die USA allein, lediglich Großbritannien wurde hinzugezogen. Später wurden dann weitere Verbündete beteiligt, aber nicht als Mitglieder der Allianz, sondern auf bilateraler Basis. Washington suchte sich aus dem Reservoir des Angebots aus, was es wo gebrauchen könnte; und die europäischen NATO-Mitglieder waren geradezu ängstlich um eine Zuteilung. ... Zurecht zogen Militärexperten [daraus] den Schluss, dass die Zukunft der Allianz gefährdet war. Wenn die Europäer nur noch die – wie es in Amerika hieß – »Putzfrauen« spielen durften, die aufräumten, was der amerikanische Hausherr angerichtet hatte, dann war die Zukunft der NATO in Gefahr.

*Aus: Ernst-Otto Czempiel: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München 2002, S. 138 ff.*

**ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 7–A 8**

- ▶ Lest die Definitionen in **A 7** und gebt die Begriffe Unilateralismus und Multilateralismus in eigenen Worten wieder.
- ▶ Beschreibt die Reaktion der USA auf die Erklärung des Bündnisfalls der NATO. Was bedeutet dieses Vorgehen für die Handlungsfreiheit der USA? Legt die Gründe für diesen Umgang der USA mit ihren NATO-Partnern dar.
- ▶ Welche Motive und Ziele der USA werden in dem Text von Altbundeskanzler Helmut Schmidt in **A 8** deutlich?
- ▶ Vergleicht beide Texte in **A 8**: Welche Konsequenzen könnte das Vorgehen der USA für die NATO haben?
- ▶ Verfasst eine Stellungnahme zur Vorgehensweise der USA.

**A 9** George W. Bush: Die »Achse des Bösen«



Unser zweites Ziel ist es, Regime, die den Terror unterstützen, davon abzuhalten, Amerika oder unsere Freunde und Alliierten mit Massenvernichtungswaffen zu bedrohen. Einige dieser Regime haben seit dem 11. September ziemlich stillgehalten. Aber wir kennen ihre wahre Natur. Nordkorea ist ein Regime, das sich mit Raketen und Massenvernichtungswaffen bewaffnet, während es seine Bürger verhungern lässt. Iran versucht, aggressiv an diese Waffen zu kommen und exportiert den Terror, während einige wenige, die nicht gewählt wurden, die Hoffnung des iranischen Volkes auf Freiheit unterdrücken. Irak prözt weiter mit seiner Feindseligkeit gegenüber Amerika und unterstützt den Terror. Das irakische Regime hat schon länger als ein Jahrzehnt

daran gearbeitet, Anthrax, Nervengas und Atomwaffen zu entwickeln. Es ist ein Regime, das bereits Giftgas benutzt hat, um tausende seiner eigenen Bürger zu ermorden ... Es ist ein Regime, das sich mit internationalen Inspektionen einverstanden erklärt hat – und dann die Inspektoren rausgeschmissen hat. Es ist ein Regime, das etwas vor der zivilisierten Welt zu verbergen hat. Staaten wie diese, und ihre terroristischen Verbündeten, formen eine Achse des Bösen, die sich bewaffnet, um den Weltfrieden zu bedrohen.

*Aus der Rede des US-Präsidenten George W. Bush zur Lage der Nation am 29. Januar 2002 (übersetzt aus dem Amerikanischen).*

**SELBSTRECHERCHE**

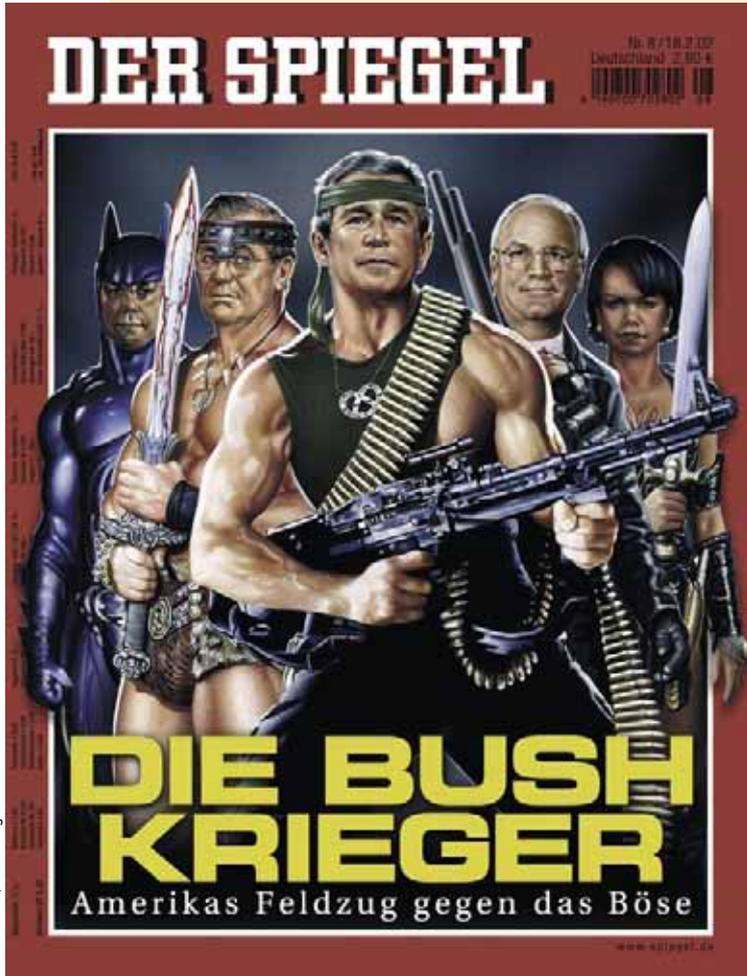
► Bildet in der Klasse drei Gruppen und entwerft zu den Staaten Irak, Iran und Nordkorea jeweils ein Länderporträt. Die Grafik in **A 9** gibt Euch erste Hinweise. Die folgende Tabelle enthält eine Auswahl wichtiger Kriterien, nach denen Ihr die Länder untersuchen könnt.

Tipp zur Recherche: <http://service.spiegel.de/digas/servlet/jahrbuch> oder die Printausgaben der SPIEGEL-Jahrbücher, des Fischer Weltalmanachs oder von Organisationen wie *amnesty international*.

	Irak	Iran	Nordkorea
Müttersterblichkeit			
Kinderunterernährung			
Lebenserwartung			
Menschenrechtssituation			
Sozialpolitik des Staates			
Bildungssituation			

**A 10** Der SPIEGEL zur »Achse des Bösen«

Im Februar 2002 kam das Nachrichtenmagazin »SPIEGEL« mit diesem Titelblatt heraus. Analysiert es aufmerksam und notiert Eure Ergebnisse in der Tabelle.



► **Wie** werden die Politiker dargestellt?

---

---

---

---

---

► Auf **welche Filmfiguren** bezieht sich die jeweilige Darstellung und welchen Charakter hat die jeweilige Figur im Film?

---

---

---

---

---

► Setzt die Darstellung der Personen mit der **Titelunter-schrift** in Beziehung.

---

---

---

---

---

► Stellt begründete Vermutungen über die **politische Aussage** dieses Titelblattes an.

---

---

---

---

---

► Auf **welches politische Ereignis** spielt die Darstellung an?

---

---

---

---

---

► **Welche** der dargestellten US-amerikanischen **Politiker** erkennt Ihr?

---

---

---

---

---

► Welche **politische Position** zu Bushs Rede kommt hier zum Ausdruck?

---

---

---

---

---

## A 11 Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA

Jeder amerikanische Präsident entwirft eine *Nationale Sicherheitsstrategie (NSS)*, in der er die Leitlinien seiner Außen- und Sicherheitspolitik vorstellt. Präsident George W. Bush legte am 20. September 2002 seine neue NSS vor, die unter der Federführung der nationalen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice (heute US-Außenministerin) verfasst wurde. Ein wesentlicher Grundsatz der NSS von Präsident Bush jr. besteht im Erhalt der militärischen Übermacht der USA gegenüber anderen Staaten. Sogenannte »Schurkenstaaten«, die Massenvernichtungswaffen besitzen oder erwerben wollen und damit die Sicherheit der USA gefährden, sollen in Zukunft unter extremen Umständen durch präventive Selbstverteidigung bekämpft werden. Konkret bedeutet dies, dass die USA solche Staaten notfalls unschädlich machen wollen,

bevor diese zu einer Bedrohung werden. Die Entscheidung darüber, wer diese Staaten sind und wann gegen sie militärisch vorgegangen werden soll, behalten sich gemäß der NSS die USA vor. Durch die Benennung von Irak, Iran und Nordkorea als »Achse des Bösen« hatte Präsident Bush jr. bereits mögliche Staaten für die militärische Umsetzung seiner Grundsätze benannt. Das Ziel der Beibehaltung militärischer Überlegenheit und die Möglichkeit, gegen unliebsame Staaten nötigenfalls präventiv mit militärischer Gewalt vorzugehen, machen die Kernpunkte der NSS aus und wurden in der Folge als »Bush-Doktrin« bezeichnet. Der Krieg gegen den Irak im Jahre 2003 stellte die erste militärische Umsetzung dieser Bush-Doktrin dar.

## A 12 Definition: Präventivkrieg

### PRÄVENTIVKRIEG

#### Definition

Ein Präventivkrieg stellt einen Angriffskrieg dar, mit dem man einem vom Gegner geplanten Krieg zuvorkommen will. Nach dem Völkerrecht und den Prinzipien der Vereinten Nationen haben Staaten kein Recht, Gewalt zur Selbstverteidigung anzuwenden, bevor ein bewaffneter Angriff auf sie tatsächlich stattgefunden hat. So gilt in der Charta der Vereinten Nationen das auf die Wahrung des Weltfriedens

gerichtete Gewaltverbot (Art. 2, Abs. 4) sowie das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates (Art. 2, Abs. 7). Ein Waffeneinsatz ist nur auf der Grundlage eines Beschlusses durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder gemäß Art. 51 zur Selbstverteidigung »im Falle eines bewaffneten Angriffs« rechtmäßig.

## A 13 Eine Einschätzung der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA

Der Denkschrift zur *Nationalen Sicherheitsstrategie* ist ein Brief von Präsident Bush vorangestellt, der ihre Argumentation zusammenfasst. Die Verhältnisse hätten sich, so stellt der Präsident darin fest, grundlegend verändert: »In der Vergangenheit benötigten Feinde große Heere und bedeutende industrielle Kapazitäten, um Amerika gefährden zu können. Heute können im Verborgenen agierende Netzwerke von Individuen für weniger als die Anschaffungskosten eines einzigen Panzers viel Chaos und Leid in unser Land tragen. Terroristen organisieren sich mit dem Ziel, offene Gesellschaften zu durchdringen und die Macht moderner Technologien gegen uns zu kehren.« Die USA müssten darauf mit einem grundlegenden Wandel ihrer Strategie reagieren: Von nun an gelte es, »gegen solche sich anbahnenden Bedro-

hungen vorzugehen, bevor sie voll ausgebreitet sind«. Das ist nichts anderes als die Rechtfertigung präventiv geführter Kriege. Veränderte Verhältnisse ... erfordern veränderte Taktiken: »Je größer die Bedrohung, desto größer das Risiko bei Untätigkeit – und desto zwingender die Notwendigkeit vorbeugenden Handelns zu unserem eigenen Schutz – selbst wenn ungewiss bleibt, wann und wo der Feind angreifen wird. Um feindseligen Akten unserer Widersacher vorzubeugen, oder sie zu verhindern, werden die Vereinigten Staaten, falls notwendig, präventiv handeln.«

Aus: Benjamin R. Barber: *Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt*, München 2003, S. 83 f.

### ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 11–A 13

► Fasst zusammen, wovon nach der Auffassung des amerikanischen Präsidenten heutige Bedrohungen für die USA ausgehen. Wie sollten die USA darauf reagieren? Zu welchen Mitteln sollten sie dabei im Notfall greifen?

► Was versteht man unter einem Präventivkrieg? Ist ein Präventivkrieg mit dem Völkerrecht vereinbar?  
 ► Diskutiert, weshalb die Vereinten Nationen einen Waffeneinsatz nur unter den genannten Bedingungen zulassen.

## A 14 Die Bush-Doktrin

Amerika befindet sich längst in einer neuen Phase der sicherheitspolitischen Selbstfindung. Das Land steht – noch kaum erkannt vom Rest der Welt – am Beginn einer neuen strategischen Ära, um deren Doktrin nun gefochten wird. Der Irak-Konflikt ist lediglich der erste sichtbare Beleg für die Auseinandersetzung um diese Doktrin, deren Schlüsselbegriffe Vorbeugung (*»preemption«*), aggressive Verbreitung von Demokratie und Freiheit und die bedingungslose Beseitigung von Terror und Massenvernichtungswaffen heißen.

Diese Strategie liegt ausformuliert seit September 2002 vor – das Werk von Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice. Das Gedankengebäude ruht auf einer Reihe von Reden, die der Präsident selbst gehalten hat, und auf einigen seiner eher stumpfen Formulierungen aus der Zeit nach dem 11. September (*»entweder sind sie für uns, oder sie sind gegen uns«*). Tatsächlich aber sitzen die geistigen Väter als Falken in der Regierung und haben seit Jahren bereits ihre aggressive und allen Regeln herkömmlicher Demokratie und strategischen Denkens widersprechende Doktrin ausgebrütet.

Die Doktrin will die sicherheitspolitische Lücke schließen, die nach dem Ende der Blöcke entstanden war, sie liefert die bisher einzige, in ihrer Art abgeschlossene Strategie gegen die neuen Bedrohungen. 40 Jahre sicherheitspoliti-

scher Konsens über Partei- und Landesgrenzen hinweg sind plötzlich aufgekündigt durch eine kleine Clique von Denkern und Politikern, deren Einfluss sich umgekehrt proportional verhält zu ihrer Zahl.

Im Kern stellt die Doktrin bisheriges sicherheitspolitisches Denken auf den Kopf: Freiheit soll verbreitet, nicht mehr nur verteidigt werden. Der Staat reagiert nicht auf eine Aggression, er nimmt die Aggression präventiv wahr und handelt, bevor der mögliche Feind handelt. Die Doktrin sieht die USA als klar dominierende Macht in der Welt, deren Ziel es sein muss, diese Macht zu erhalten und auszubauen. Oder in den Worten von Bush, gesprochen an der Akademie *West Point*: *»Wir müssen die Schlacht zum Feind tragen, seine Pläne durchkreuzen, seinen schlimmsten Drohungen begegnen, bevor sie wahr werden.«* ... Revolutionär an Bushs Doktrin ist die Radikalität im Detail, der moralische Überton, das Sendungsbewusstsein und vor allem der Mangel an Entscheidungskriterien. Die US-Regierung als Richter und Polizist in einem, ungebremst durch das Völkerrecht oder die Kraft eines Bündnisses – das macht die gefährliche Qualität des Strategie-Dokuments aus.

*Süddeutsche Zeitung vom 19./20. Oktober 2002 (Stefan Kornelius).*

## A 15 Der Platz der UN in der Neuen Weltordnung?



### ARBEITSAUFRÄGE ZU A 14–A 15

- ▶ Erklärt den Begriff Doktrin. Recherchiert nach anderen Doktrinen in der Geschichte der USA im 20. Jahrhundert.
- ▶ Analysiert und interpretiert die Karikatur in **A 15**. Wie stellt der Karikaturist das Verhältnis der USA zur UN dar?
- ▶ Worin besteht der Kern der Bush-Doktrin, wie sie der Journalist in **A 14** darstellt? Welche Folgen kann diese Doktrin für die Außenpolitik der USA haben?
- ▶ Verfasst einen Kommentar zur neuen *Nationalen Sicherheitsstrategie* der USA bzw. zur Bush-Doktrin.

# B • Politik auf der Weltbühne: Die Vereinten Nationen

Materialien B 1–B 13

## B 1 Die Vereinten Nationen



picture-alliance/dpa

**Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, spricht in New York vor der Vollversammlung der UN zu den Vertretern ihrer 192 Mitgliedstaaten.**

### Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945

»Die Organisation und ihre Mitglieder handeln nach folgenden Grundsätzen: Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unver-

sehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.«

### ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 1

► Recherchiert im Internet (z. B. [www.wissen.de](http://www.wissen.de)) die folgenden Fragen: Wann wurde die UN gegründet und welche Ziele wurden mit der Gründung verfolgt? Wo ist ihr Sitz?

► Welche Aufgaben obliegen dem UN-Generalsekretär?  
► Was versteht man unter dem Weltsicherheitsrat?

**B 2** Der Irak-Krieg 2003



picture-alliance/dpa

**George W. Bush, Tony Blair, José María Aznar und der portugiesische Regierungschef José Manuel Barroso treffen sich am 16. März 2003 auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Lajes auf den Azoren zu einem Krisengipfel zum Irak-Konflikt. Die USA, Großbritannien und Spanien haben den UN-Sicherheitsrat ultimativ aufgefordert, sich dem harten Kurs gegen den Irak anzuschließen.**

Nachdem der Irak im Zweiten Golfkrieg 1991 unterlegen war, musste er vor den Vereinten Nationen versichern, dass alle Massenvernichtungswaffen im Land zerstört werden. Zur Kontrolle überwachten dies UNO-Inspektoren. Doch der Irak war nicht zu einer uneingeschränkten Kooperation bereit. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 steigerte sich dieser Konflikt zwischen dem Irak und den Vereinten Nationen bzw. den USA. Die US-Regierung Bush jr. rechnete den Irak zu den »Schurkenstaaten« der »Achse des Bösen«. Entsprechend der *Nationalen Sicherheitsstrategie* von 2002 bereiteten die USA deshalb einen präventiven Militärschlag gegen den Irak vor. Der US-Kongress ermächtigte im Oktober 2002 zum Einsatz der Streitkräfte gegen den Irak.

Schließlich stellten die USA dem Irak im März 2003 ein letztes Ultimatum zur vollen Zusammenarbeit mit den UNO-Inspektoren. Als dieses verstrichen war, erfolgte am 20. März der militärische Angriff auf den Irak unter US-amerikanischer Führung. Dem Krieg gegen den Irak hatte sich eine Reihe von Staaten zu einer »Koalition der Willigen« zusammengeschlossen, darunter Großbritannien, Spanien, Italien und Polen. Im Weltsicherheitsrat der UN hatten die USA hingegen keine Zustimmung für ihren Angriff auf den Irak bekommen, wie es eigentlich nach der Charta der UN notwendig gewesen wäre. Außer Russland, China und Frank-

reich als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates lehnte insbesondere auch Deutschland als nichtständiges Mitglied das militärische Vorgehen gegen den Irak ab. Gemäß der *Nationalen Sicherheitsstrategie* führten die USA im Verbund mit der »Koalition der Willigen« den Krieg gegen den Irak ohne die Legitimation eines Mandats durch den Sicherheitsrat der UNO.

In der Europäischen Union einschließlich ihrer Beitrittsländer, die schließlich am 1. Mai 2004 mit der Osterweiterung Mitglieder des Staatenbundes werden sollten, kam es aufgrund des Irak-Krieges zu einer Spaltung. Auf der einen Seite standen diejenigen Staaten, die den Krieg gegen den Irak unterstützten: u. a. Großbritannien, Spanien, Italien und Polen als Beitrittskandidat. Auf der anderen Seite lehnten u. a. Frankreich, Deutschland, Belgien und Österreich den Krieg, zumal ohne Mandat des Sicherheitsrates der UNO, ab. Da die Mehrheit der osteuropäischen Staaten, die Mitglieder der EU werden wollten, die von den USA geführte »Koalition der Willigen« unterstützte, bezeichnete der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die Gegner des Irak-Krieges in kritischer Absicht als »altes Europa«. Dagegen galten Rumsfeld die künftigen Beitrittsländer der Europäischen Union (u. a. Polen, Ungarn und Tschechien) im positiven Sinne als »neues Europa«. Im Unterschied zur Politik ihrer Regierungen lehnte allerdings auch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung etwa in Spanien, Italien und Großbritannien den Krieg gegen den Irak ab. Im Laufe der Zeit schmolz denn auch die »Koalition der Willigen«, zumal sich im Irak kein Ende der Kampfhandlungen abzeichnet.



Burkhard Mohr

**ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 2**

- ▶ Erläutert den Umgang der USA mit den Vereinten Nationen anlässlich des Irak-Krieges 2003. Was lässt sich bei dem militärischen Vorgehen der Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Charta der UN feststellen?
- ▶ Welche Problematik warf die »Koalition der Willigen« für die europäische Politik auf?

- ▶ Der Karikaturist deutet eine Entwicklung der »Koalition der Willigen« im Irak an. Beschreibt diese Entwicklung.
- ▶ Recherchiert, wie sich die »willigen Koalitionäre« Großbritannien, Spanien, Italien und Polen heute im Irak engagieren.

**B 3** Der Irak: Geostrategische Lage und Geschichte



Munzinger-Archiv GmbH

Der Irak: Geografische Lage und Erdölförderung.



picture-alliance/dpa

Am 20. März 2003 beginnt der Irak-Krieg. Am 11. April 2003 kehren tausende Iraker, die wegen des Krieges aus der Stadt geflohen waren, nach Bagdad zurück. Die US-Truppen haben die Hauptstadt des Irak erobert. Ein Ende der Kampfhandlungen ist jedoch bislang nicht abzusehen.

Der irakische Diktator Saddam Hussein ließ am 2. August 1990 Truppen in das benachbarte Emirat Kuwait einmarschieren und erklärte das unabhängige Land zur Provinz seines Landes. Hussein wollte sich dadurch einen breiteren Zugang zum Persischen Golf und insbesondere den Zugriff auf kuwaitische Ölreserven verschaffen. Als ein Ultimatum des Sicherheitsrates der UNO zum Rückzug aus Kuwait ungenutzt verstrichen war, griff am 17. Januar 1991 eine Allianz von fast 30 Staaten – darunter auch arabische – mit einem Mandat der UNO den Irak an. Nach einer Bodentruppen-Offensive der Alliierten konnte Kuwait schließlich im Februar 1991 befreit werden. Der Irak akzeptierte sämtliche UN-Resolutionen und verpflichtete sich, keine Massenvernichtungswaffen herzustellen oder zu lagern.

An der Frage der Herstellung dieser Waffen entzündete sich im März 2003 der zweite Krieg gegen den Irak. Dieser führte im April zum Sturz des Regimes von Saddam Hussein; er selbst wurde im Dezember 2003 festgenommen. Dennoch kehrte im Irak kein Frieden ein. Zwar verfügt der Irak seit 2005 über eine neue Verfassung und ein gewähltes Staatsoberhaupt, doch wird das Land anhaltend von terroristischen Anschlägen erschüttert. Davon sind nicht allein die vorwiegend amerikanischen und britischen Besatzungstruppen betroffen, sondern die gesamte irakische Bevölkerung. Der Konflikt zwischen der schiitischen Bevölkerungsmehrheit und den Sunniten hat das Land darüber hinaus an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht.

## B 4 Zwei Auffassungen zum Irak-Krieg

### US-Außenminister Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat

Der amerikanische Außenminister Colin Powell legte vor dem Sicherheitsrat der UN am 5. Februar 2003 sicherheitspolitisch relevante Erkenntnisse der Vereinigten Staaten dar, die den späteren Krieg gegen den Irak rechtfertigen sollten. Nach Powell verfügte der Irak über ein System mobiler Labors für die Herstellung von biologischen Massenvernichtungswaffen. Weiterhin führte Powell dem Sicherheitsrat Satellitenfotos einer vermuteten Chemiewaffenfabrik vor. Am schwerwiegendsten war der Vorwurf des US-Außenministers, das Regime Saddam Husseins unterhalte Verbindungen zum Terrornetzwerk *Al-Qaida*.

Powells Ausführungen vor dem Sicherheitsrat konnten die Mehrheit der übrigen Mitglieder nicht überzeugen. Dagegen zeitigte sein Auftritt auf dem Weltforum eine nachhaltige Wirkung für die Amerikaner, die die Sitzung live am Fernseher verfolgen konnten. Während vor dem Auftritt eine Mehrheit der Amerikaner darauf bestanden hatte, dass für einen Krieg gegen den Irak ein UN-Mandat vorhanden sein müsste, war die Bevölkerung nun mehrheitlich für einen militärischen Alleingang der USA. Damit stand die US-Bevölkerung allerdings abseits der Meinung der Weltöffentlichkeit.

Powell musste inzwischen selbst eingestehen, dass sich seine Argumentation vor dem Sicherheitsrat als unhaltbar herausgestellt hat. In einem Fernsehinterview mit dem Sender ABC im September 2005 bezeichnete Powell seine Darlegungen vom Februar 2003 vor dem Sicherheitsrat als »Schandfleck meiner Karriere«: »Es gab Leute beim Geheimdienst, die zu der Zeit wussten, dass einige der Quellen nicht verlässlich waren, und sie haben nichts gesagt. Das hat mich vernichtet«, so Powell. Er habe keinerlei Beweise gesehen, die einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Irak unter dem damaligen Machthaber Saddam Hussein und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA nahe legte, sagte der ehemalige Außenminister. Nach der Invasion hatten amerikanische Waffeninspektoren auch keinerlei Belege für die Existenz von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen im Irak gefunden. Deshalb machte sich in der Weltöffentlichkeit immer stärker der Eindruck breit, die USA hätten mit ihrem Krieg gegen den Irak vor allem eigene geostrategische Interessen wahrgenommen.

### ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 4

- ▶ Legt die Argumente dar, mit denen Colin Powell im Jahr 2003 den Irak-Krieg begründet hat. Welche Rolle spielte die Bush-Doktrin für die Durchführung des Irak-Krieges?
- ▶ Beschreibt den Umgang der USA mit den Vereinten Nationen.

### Der Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempiel

Präsident George W. Bush hat den Krieg gegen den Irak mit fließenden Argumenten begründet – erst mit den angeblichen Beziehungen Bagdads zu *Al-Qaida* und zum 11. September, dann mit dem Besitz von Massenvernichtungswaffen, dann mit der Gefahr, dass Saddam Hussein diese Waffen an Terroristen und Schurkenstaaten weitergeben könnte, und schließlich mit dem Einsatz von Giftgas gegen die irakische Bevölkerung 1988 in Halabja. Nur dieser Vorwurf war begründet, alle anderen, wie sich erwiesen hat, waren es nicht.

So verabscheuungswürdig die Ermordung von Bürgern durch die eigene Regierung ist – sie gibt, sofern sie sich nicht zum Genozid auswächst, keinen Kriegsgrund ab. Die Bush-Regierung hat den Irak-Krieg mit reinen Verdächtigungen begründet, weil sie von Anfang an vorhatte, ihn zu führen. Die meisten ihrer Spitzenpolitiker hatten schon 1998 in einem offenen Brief an Präsident Bill Clinton den Sturz des irakischen Diktators gefordert.

Am 20. März 2003, dem Tag des Kriegsbeginns gegen den Irak, trat damit auch der Kern der Bush-Doktrin zutage: mit dem proklamierten Anspruch auf den vorbeugenden Krieg die Durchsetzung der eigenen außenpolitischen Ziele zu rechtfertigen.

*Aus: Ernst-Otto Czempiel: Die stolpernde Weltmacht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2003, S. 7.*

- ▶ Wie ist der Irak-Krieg vor dem Hintergrund der Charta der Vereinten Nationen (Art. 2 und 51) zu bewerten? Verfasst hierzu eine kurze Erörterung ([www.unric.org](http://www.unric.org)).

**B 5** Macht und Ohnmacht: Amerika und Europa in der neuen Weltordnung I

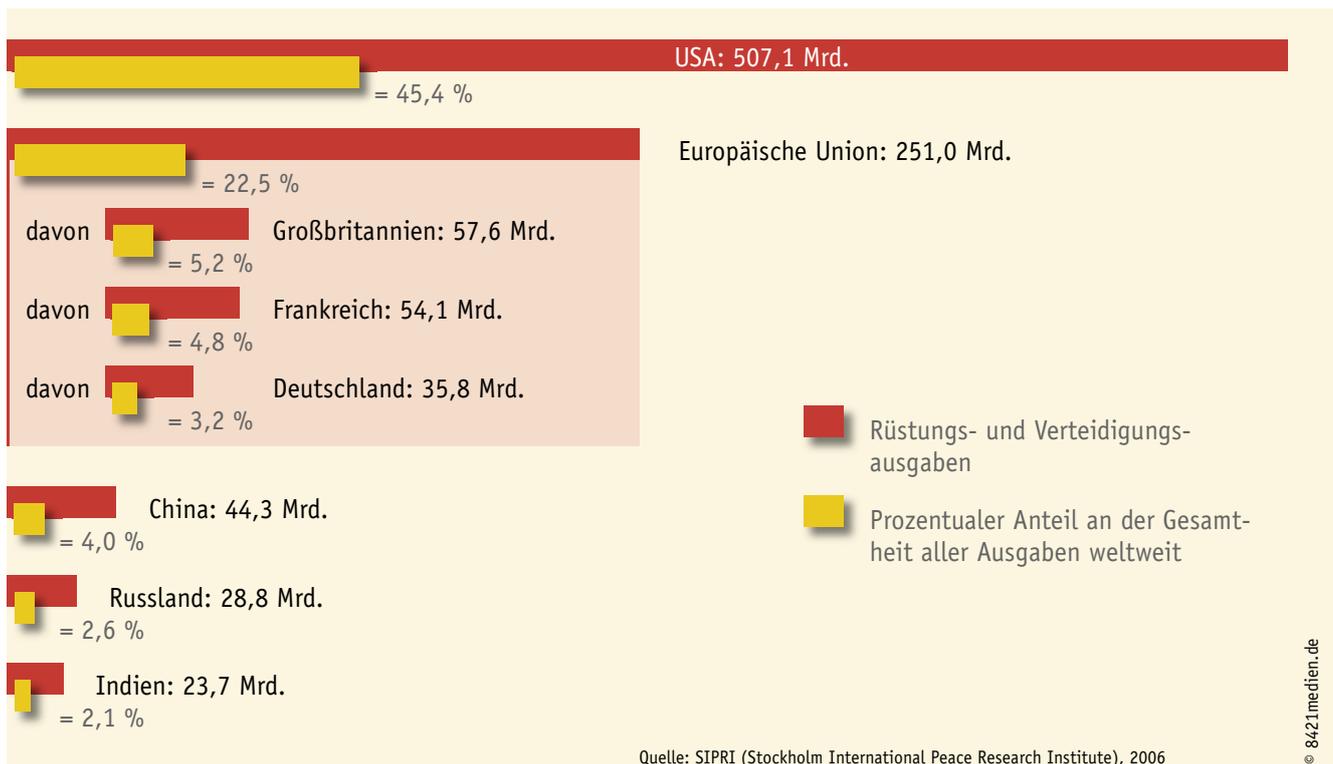
Mächtige Staaten sehen die Welt naturgemäß mit anderen Augen als schwächere Staaten. Sie bewerten Risiken und Bedrohungen anders, und sie zeigen andere Grade der Toleranz gegen Unsicherheit. Militärisch starke Staaten neigen dazu, militärische Gewalt eher als ein nützliches Instrument zur Gestaltung der internationalen Beziehungen zu sehen als militärisch schwächere Staaten. Der Stärkere setzt vielleicht mehr auf militärische Gewalt, als er eigentlich sollte. Ein britischer Kritiker der amerikanischen Neigung zu militärischen Aktionen erinnert sich an das alte Sprichwort: »Wenn du einen Hammer hast, fangen alle Probleme an, wie Nägel auszusehen.« Das stimmt. Aber militärisch schwächere Staaten unterliegen der gegenteiligen Gefahr: Wenn du keinen Hammer hast, willst du nirgends einen Nagel sehen. ...

... Europas relative Schwäche hat verständlicherweise bei den Europäern das Interesse am Aufbau einer Welt wachsen lassen, in der militärische Stärke und nackte Gewalt eine geringere Rolle spielen als sanfte wirtschaftliche Macht. Und das gleiche gilt für den Aufbau einer internationalen Ordnung, in der das Völkerrecht und internationale Institutionen eine wichtigere Rolle spielen als die Macht einzelner Staaten, in der ein einseitiges Vorgehen mächtiger Staaten verboten ist, in der alle Staaten ungeachtet ihrer Stärke gleiche Rechte besitzen und durch gemeinsam beschlossene internationale Verhaltensregeln gleichermaßen geschützt sind.

Aus: Robert Kagan: *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003, S. 34 und 44 f.

Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen und unterschiedliche Ansätze zur Bedrohungsabwehr sind in gewisser Weise nur der oberflächliche Ausdruck tiefgreifender Unterschiede im Weltbild zwischen den starken USA und einem vergleichsweise schwachen Europa. Es ist ja nicht nur so, dass Europäer und Amerikaner in Bezug auf die Lösung eines konkreten Problems wie des Irak unterschiedlicher Meinung sind. Sie sind sich nicht einmal in den Grundzügen darüber einig, wie eine globale Ordnungspolitik aussehen sollte, welche Rolle internationale Institutionen und das Völkerrecht spielen und wie ein richtiges Gleichgewicht zwischen Gewaltanwendung und Diplomatie in den internationalen Angelegenheiten aussehen könnte.

**B 6** Rüstungs- und Verteidigungsausgaben 2005 (weltweit in Mrd. US-Dollar)



**B 7** Macht und Ohnmacht: Amerika und Europa in der neuen Weltordnung II

Der Terrorangriff vom 11. September 2001 ... veränderte die Außenpolitik der USA und die internationale Politik auf dramatische Weise. ... So zeichnet sich vor dem Hintergrund der *National Security Strategy* vom September 2002 und der Ereignisse im Zuge des Irak-Krieges 2003 eine Strategie ab, die mit überwiegend militärischen Mitteln, mit diplomatischem Druck und präventiven Strategiemitteln amerikanische Vorrherrschaft weltweit sichern soll. Während die einen den entschlossenen Charakter der amerikanischen Ordnungsmacht begrüßen, kommt diese Entwicklung für andere einem Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik gleich, von der sanften Hegemonial- zur neoimperialen Macht.

Diese Hinwendung zur unbestrittenen unipolaren Weltordnung hat auch Probleme für die transatlantische Partnerschaft nach sich gezogen. Aufgrund der ungleichen Machtverteilung und der unterschiedlichen Interessenlagen sind die Unterschiede der europäischen und der amerikanischen Weltsicht und die daraus resultierenden Politikgegensätze angestiegen. Mit den Worten von Robert Kagan: Europäer kommen von der Venus, Amerikaner vom Mars. ... Die Amerikaner sind eher bereit, Gefahren wahrzunehmen und zu

bekämpfen als die Europäer, weil sie auch das entsprechende Potenzial und den politischen Willen besitzen, Bedrohungen konsequent auszuschalten. Deshalb sind die USA auch selbst zum Ziel solcher Bedrohungen geworden, was das transatlantische Verhältnis zusätzlich verkompliziert. Doch vernachlässigt Kagan die nichtmilitärische Seite der gegenwärtigen globalen Herausforderungen. Hier kann Europa, ja besonders Deutschland, auf eine bemerkenswerte Leistungsbilanz zurückblicken. ... Diese europäische Sichtweise verknüpft Sensibilität und Verständnis für die kulturellen Belange des Islam mit der Einsicht, dass die Rückständigkeit des Nahen Ostens den gefährlichsten Nährboden für Terrorismus bildet. Dagegen betonen die USA viel stärker ihren Selbstbehauptungswillen, Anti-Terrormaßnahmen und militärische Lösungsvorschläge. Die Amerikaner reagierten mit Kriegs-, die Europäer mit Friedensbereitschaft. Das Problem liegt darin, dass beide Seiten Recht haben. Wie immer geht es also um das rechte Maß, um das gestritten wird.

*Christian Hacke: Die USA als globaler Akteur, in: Die politische Meinung, Nr. 412, März 2004, S. 31 f.*

**B 8** Zwei Welten?



Gerhard Meister

**ARBEITSAUFTRÄGE ZU B5–B8**

- ▶ Fasst zusammen, wie nach Auffassung des US-amerikanischen Politikberaters Robert Kagan (**B 5**) starke und schwache Staaten die Welt sehen. Welche Politik verfolgen vor diesem Hintergrund die Vereinigten Staaten und welche Politik verfolgen die Europäer?
- ▶ Vergleiche die Militärausgaben der USA und der Europäer in **B 6**. Setzt Eure Ergebnisse in Beziehung zu den Ausführungen Kagans. Was ist im Hinblick auf die militärische Stärke

- der USA und Europas angesichts ihrer Rüstungsausgaben festzustellen?
- ▶ Beschreibt, wodurch sich die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September 2001 nach dem deutschen Politikprofessor Hacke auszeichnet.
- ▶ Legt dar, welche politische Bedeutung derzeit die USA und die EU der internationalen Institution UNO zumessen.
- ▶ Wie stellt der Karikaturist das Thema dar?

## B 9 Der Internationale Strafgerichtshof



picture-alliance/dpa

**Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag in den Niederlanden.**

Die Idee zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) wurde bereits unter dem Eindruck der Tätigkeit der Internationalen Militärgerichtshöfe von Nürnberg und Tokio nach dem Zweiten Weltkrieg in den Vereinten Nationen diskutiert. Diese Vorstellungen konkretisierten sich jedoch erst in der Folge der Einrichtung der beiden Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien (1993) und für Ruanda (1994) durch die UNO. Am 17. Juli 1998 konnte schließlich das Statut des IStGH von der Staatenkonferenz der Vereinten Nationen in Rom verabschiedet werden.

Das Römische Statut beschränkt die Gerichtsbarkeit des IStGH auf vier besonders schwere Verbrechen, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren: Völkermord,

Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression. Dabei ergänzt der IStGH die innerstaatliche Gerichtsbarkeit, deren Vorrang im Statut verankert ist. Gemäß dem Grundsatz der Komplementarität soll der IStGH tätig werden, wenn sich nationale Strafverfolgungsinstanzen als unfähig oder unwillig erweisen, die Ermittlungen oder die Strafverfolgung ernsthaft durchzuführen.

Der Verabschiedung des Römischen Statuts gingen erhebliche Auseinandersetzungen unter den Delegierten voraus. Eine Gruppe, die von den Vereinigten Staaten angeführt wurde, zeigte sich vorrangig auf ihre nationale Souveränität bedacht und wollte dem IStGH das Tätigwerden möglichst erst mit der Einzelfallerlaubnis betroffener Staaten gestatten. Demgegenüber setzte sich eine Gruppe von Staaten – darunter sämtliche damalige Mitgliedstaaten der EU – sowie Menschenrechtsorganisationen für das Ziel eines möglichst effektiven und unabhängigen IStGH ein. Diese Position setzte sich letztlich auch bei der Schlussabstimmung über das Römische Statut durch. Der IStGH verfolgt inzwischen entsprechend dem Römischen Statut effektiv schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit weltweit. Dennoch sind Großmächte wie die USA, Russland und China dem Statut nach wie vor noch nicht beigetreten.

### HISTORISCHE STATIONEN DER IDEE EINES INTERNATIONALEN STRAFGERICHTSHOFS (IStGH)

**1945/46:** Die Internationalen Militärgerichtshöfe von Nürnberg und Tokio führen Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs durch.

**1993 und 1994:** Die beiden Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda werden durch den UN-Sicherheitsrat eingerichtet. Gerichtlich verfolgt werden die massiven Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im ehemaligen Jugoslawien und die Massaker in Ruanda. Die Einrichtung dieser beiden Strafgerichtshöfe gibt dem Vorhaben eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofs weiteren Auftrieb.

**1998:** Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen, eröffnet die Staatenkonferenz in Rom zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs. Nach langen Verhandlungen wird dem Statut des IStGH zugestimmt (120 Ja-Stimmen bei 21 Stimmenthaltungen und 7 Gegenstimmen). Gegen die Annahme des Statuts haben nach eigenem Bekunden unter anderem die Vereinigten Staaten, China, Russland und Israel gestimmt.

**1. Juli 2002:** Das Römische Statut tritt in Kraft. Damit beginnt der Aufbau des IStGH. Inzwischen haben 100 Staaten – darunter alle EU-Mitgliedstaaten – das Statut ratifiziert.

**11. März 2003:** Die ersten 18 Richter des IStGH werden feierlich vereidigt. Erster Chefankläger ist der Argentinier Luis Moreno-Ocampo.

**März 2006:** Vor dem IStGH wird das erste Verfahren eröffnet: Thomas Lubanga muss sich als Anführer einer politischen und militärischen Bewegung für Kriegsverbrechen verantworten, die auf dem Territorium der Demokratischen Republik Kongo begangen wurden.

## B 10 Die deutsche Position zum Internationalen Strafgerichtshof



picture-alliance/dpa

Der Deutsche Hans-Peter Kaul wird am 11. März 2003 als einer der 18 Richter des Internationalen Strafgerichtshofs vereidigt.

*Hans-Peter Kaul wurde im April 2002 zur deutschen Haltung gegenüber dem IStGH befragt:*

**SZ: Die Bundesregierung hat sich besonders stark gemacht für das Gericht. Warum?**

**Kaul:** Deutschland hat nach dem NS-Regime selbst die Erfahrung gemacht, wie notwendig es ist, Verbrechen gerichtlich aufzuarbeiten. Das ist sicher ein wichtiges Motiv. Zudem gab es einen klaren Auftrag. Alle Parteien im Bundestag haben die Schaffung des Strafgerichtshofs unterstützt. Dabei ging es uns darum, ein effektives, unabhängiges und daher glaubwürdiges Gericht zu schaffen.

**SZ: Die US-Regierung lehnt das Tribunal ab. Sie befürchtet, es könnte, etwa von »Schurkenstaaten«, zu Propagandazwecken missbraucht werden. Zu Recht?**

**Kaul:** Es stimmt, dass Washington das Vorhaben derzeit ablehnt. Das ist umso bedauerlicher, wenn man bedenkt, wie sehr die Herrschaft des Rechts und der Kampf gegen das Unrecht amerikanischen Traditionen entsprechen. Denken Sie nur an die Nürnberger Prozesse. Die amerikanischen Sorgen sind zudem unbegründet. Das Statut des Gerichts ist voller Schutzmechanismen. Dazu gehört, dass die Strafverfolgung durch nationale Gerichte Vorrang hat. Staaten, die ihre Verpflichtung zur Verfolgung schwerster Verbrechen ernstnehmen, haben also überhaupt nichts zu befürchten.

*Süddeutsche Zeitung vom 10. April 2002.*

## B 11 Entschlossen gegen Völkermord – die Position der EU

*Javier Solana ist Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union:*

Nun werden wir Zeugen, wie eine neue Ära des internationalen Rechts beginnt. Das Inkrafttreten des Statuts von Rom macht die weltweite Entschlossenheit deutlich, diejenigen der Gerechtigkeit zuzuführen, welche die schlimmsten Verbrechen begehen. Diese Entschlossenheit haben die Opfer – und die Täter – bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verdient. Wir haben uns für die Schaffung des Weltgerichts eingesetzt, weil es

mit den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Menschenrechte, die wir schätzen, völlig übereinstimmt und sie noch unterstützt. Wir müssen dafür sorgen, dass solche Verbrechen künftig weniger wahrscheinlich werden, indem wir eine feste Erwartung schaffen, dass sich die Herrschaft des Rechts durchsetzen wird. Wir müssen die Ära der Straflosigkeit beenden, in der, allzu oft, die Opfer vergessen werden und die Täter ungestraft davonkommen.

*Javier Solana: Entschlossen gegen den Völkermord, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. Juli 2002.*

## B 12 Die US-amerikanische Perspektive

*Henry Kissinger war von 1973 bis 1977 US-Außenminister:*

Gewiss haben Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen, Völkermord und Folter dem modernen Zeitalter derart Schande bereitet, und dies an so vielen verschiedenen Orten, dass das Bestreben, hier rechtliche Normen einzuschalten, um solche Übergriffe zu verhindern oder zu bestrafen, den Fürsprechern zur Ehre gereicht. Die Gefahr besteht darin, dass dieses Konzept zu weit getrieben wird und an die Stelle der Tyrannei von Regierungen die von Richtern tritt; in der Geschichte hat die Diktatur der Rechtschaffenen oft zu Inquisition und sogar zu Hexenjagden geführt.

Kann zum Beispiel jeder Führer der Vereinigten Staaten oder anderer Länder vor internationale Tribunale gezerrt werden, die für andere Zwecke eingerichtet wurden? Dies ist genau

das, was *amnesty international* nahe legt, wenn es, wie im Sommer 1999, die »Beschwerde« einer Gruppe europäischer und kanadischer Rechtsprofessoren (...) unterstützte, die den Vorwurf erhoben, dass während der NATO-Kampagne im Kosovo Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden seien. (...) Die meisten Amerikaner wären wohl erstaunt zu erfahren, dass das Jugoslawien-Tribunal, auf amerikanische Veranlassung im Jahr 1993 ins Leben gerufen, um sich der Balkan-Kriegsverbrecher anzunehmen, sich das Recht anmaßt, gegen Amerikas politische und militärische Führer Ermittlungen wegen angeblichen kriminellen Verhaltens einzuleiten.

*Aus: Henry Kissinger: Die Herausforderung Amerikas. Welt-politik im 21. Jahrhundert, München/Berlin 2002, S. 353 u. 362.*

**B 13** »Der Nächste, bitte!«

picture-alliance/dpa

Thomas Lubanga, der Führer einer kongolesischen Miliz, wird am 20. März 2006 erstmals vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verhört. Er ist der erste Angeklagte vor dem internationalen Gericht und muss sich wegen schwerster Kriegsverbrechen verantworten.



picture-alliance/dpa

Am 10. April 2003 steht ein Kind vor einem Massengrab im Kongo. Hier wurden 35 Leichen gefunden, die bei einem Massaker getötet wurden. Nach Angaben eines UN-Sprechers sind allein bei diesem Massaker 350 Menschen von Milizkämpfern niedergemetzelt worden.

Den Haag: Es ist ein historischer Moment, bloß merkt es kaum einer außerhalb dieser Mauern. Die drei Richter sind in ihre riesigen Ledersessel gesunken, starren auf eine Seitentür, zwei Dutzend Zuschauer hinter kugelsicheren Scheiben recken die Häse. Dann kommt er durch die Tür, ein großer, schlaksiger Mann in grauem Anzug und gelber Krawatte, der seine Bewacher um eine halbe Kopfgröße überragt. Er setzt sich hinter seinen Anwalt, weiß nicht, wohin mit den Händen, blickt irritiert in den Saal aus hellem Holz, in diese Welt, in die man ihn vor drei Tagen aus dem Gefängnis Makala in Kinshasa verpflanzt hat. Der Internationale Strafgerichtshof – vor fast acht Jahren unter Fanfarenstößen ins Leben gerufen, dann aus dem Gedächtnis der Öffentlichkeit verschwunden – hat seinen ersten Angeklagten. Fallnummer: ICC 01-04-01-06.

»Ihr Name?«, fragt der Richter. »Thomas Lubanga.« Lubanga Dyilo, Thomas, 45, Angehöriger des Hema-Volkes, Führer der Union Kongolesischer Patrioten (UPC) und ihrer Miliz im Ostkongo; eine der Hauptfiguren des Dauerkrieges zwischen Hema und Lendu, angefacht wie alle Konflikte im Kongo durch Nachbarländer und den Kampf um Rohstoffe.

60.000 Tote seit 1999, schätzen die UN. Auf das Konto der UPC gehen Massaker an Lendu-Zivilisten, Massenvergewaltigungen, niedergebrannte Dörfer. Die Anklage lautet bislang nur auf Rekrutierung von Kindersoldaten, aber sie wird wohl erweitert werden.

»Ihr Beruf?«, fragt der Vorsitzende Richter. Lubanga überlegt einen Moment. »Je suis politicien«, antwortet er. »Ich bin Politiker.«

Kongos Regierung selbst hatte dem Internationalen Strafgerichtshof die Ermittlungen in Ituri übertragen – eine horrend Aufgabe in einem Land fast ohne jede Infrastruktur, wo allein die Identifikation eines Zeugen Wochen dauern kann. »Mühselig?«, fragt der argentinische Chefankläger des IStGH, Luis Moreno-Ocampo, und macht ein Gesicht, als stünde er im Moskitoschwarm. »Im Kongo ist alles mühselig. Sogar essen und schlafen.«

*Die ZEIT vom 23. März 2006 (Andrea Böhm).*

**ARBEITSAUFTRÄGE ZU B9–B13**

- ▶ Erläutert die Position Deutschlands zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs. Führt dabei auch die geschichtlichen Aspekte an.
- ▶ Fasst die Positionen und entsprechenden Begründungen des außenpolitischen Vertreters der Europäischen Union, Javier Solana, zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs zusammen.
- ▶ Legt die amerikanische Position (Henry Kissinger) gegen den Internationalen Strafgerichtshof dar. Welches Selbstverständnis der USA kommt dabei zum Ausdruck?
- ▶ Besteht die Möglichkeit, zwischen diesen Positionen zu

vermitteln? Führt eine Pro-Contra-Debatte durch und begründet dabei Eure Auffassung.

- ▶ Als was versteht sich der erste Angeklagte des IStGH, Thomas Lubanga? Recherchiert bei den Menschenrechtsorganisationen TRIAL und *amnesty international* ([www.trial-ch.org/de](http://www.trial-ch.org/de); [www2.amnesty.de](http://www2.amnesty.de)), welche Vergehen gegen die Menschlichkeit Lubanga vorgeworfen werden.

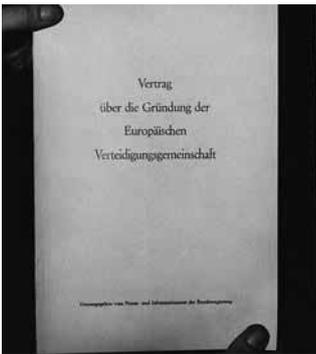
- ▶ Fasst abschließend Eure Haltung zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs in einer schriftlichen Stellungnahme zusammen.

# C • Die Außenpolitik der Europäischen Union

Materialien C 1–C 10

## C 1 Die Europäische Union: Stationen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

ullstein/ullstein-bild



Das Projekt der *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)* in den 1950er-Jahren.



picture-alliance/dpa



1993: Mit dem Vertrag von Maastricht gibt sich die EU eine *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*.

picture-alliance/dpa



1999: Der Krieg auf dem Balkan zwingt unzählige Menschen zur Flucht.

picture-alliance/dpa



Javier Solana ist Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (*GASP*) der EU.

picture-alliance/dpa



2003: Differenzen zwischen den USA und dem »alten Europa« über den Irak-Krieg.

picture-alliance/dpa



Die Staats- und Regierungschefs der EU vor der Osterweiterung im Jahr 2003.

## C 2 Der Weg zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Ein früher Versuch, eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf den Weg zu bringen, stellte das Projekt der *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)* zu Beginn der 1950er-Jahre dar. Der politische Hintergrund war zum einen die Furcht westeuropäischer Staaten vor der sowjetischen Bedrohung, die insbesondere auch durch den nordkoreanischen Angriff auf Südkorea im Juni 1950 genährt wurde. Daneben existierten vor allem bei den Franzosen große Vorbehalte gegenüber einer von den Amerikanern geforderten Schaffung einer westdeutschen Armee. Dieses frühe Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheiterte jedoch an der Ablehnung durch die französische Nationalversammlung im August 1954. In der Folgezeit waren die Bemühungen um eine Integration der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik von diesem frühen Misserfolg geprägt.

Eine markante Zäsur für die weitere Ausgestaltung der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* bildeten der Kosovo-Konflikt und insbesondere die dabei durchgeführten NATO-Luftoperationen im Frühjahr 1999. Diese hatten beträchtliche Defizite in den Fähigkeiten der europäischen NATO-Mitglieder offengelegt. Deshalb wirkte die Kosovo-Krise wie ein »Katalysator« für eine gemeinsame europäische Haltung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. So wurde bereits im Juni 1999 von den Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat von Köln erklärt,

dass die EU künftig ihre Rolle auf der internationalen Bühne uneingeschränkt wahrnehmen wolle. Zur künftigen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung müsse die Europäische Union die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten, erhalten. Damit war auch eine *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)* im Rahmen der *GASP* auf den Weg gebracht worden. Einen weiteren Schritt zur außen- und sicherheitspolitischen Integration der EU stellte die Wahl von Javier Solana im Oktober 1999 zum Hohen Repräsentanten für die *GASP* dar.

Der Konflikt um den Irak-Krieg im Jahr 2003 stellte eine Belastungsprobe für die *GASP* dar, denn die Mitgliedstaaten der EU sowie die osteuropäischen Beitrittskandidaten waren in dieser Frage gespalten: Während etwa Frankreich, Deutschland und Belgien gegen den Krieg waren, unterstützten Großbritannien, Spanien und Polen die von den USA geführte »Koalition der Willigen«. Als Folge dieser Erfahrung der europäischen Uneinigkeit im Hinblick auf den Irak-Krieg wurde der Hohe Repräsentant für die *GASP*, Javier Solana, im Mai 2003 beauftragt, eine *Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)* zu erstellen. Diese wurde am 12. Dezember 2003 vom Europäischen Rat in Brüssel verabschiedet. Der übergeordnete Zweck dieser neuen Strategie besteht darin, die Auffassungen der bald 27 Mitgliedstaaten der EU in vitalen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu bündeln.



### ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 1–C 2

► Sammelt die Fakten und Hintergründe zu den Fotos in C 1 und zu dem Text in C 2. Erstellt daraus eine Präsentation,

die zeigt, welche Stationen zu der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* der EU geführt haben.

### C3 Die Europäische Sicherheitsstrategie



picture-alliance/dpa

Am 11. März 2004 fordern Bombenanschläge in Madrid 190 Tote und mehr als 1.400 Verletzte.



picture-alliance/dpa

Am 7. Juli 2005 erschüttert eine Serie von Terror-attacken das Verkehrsnetz in London.

*Auszüge aus der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS):*

Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen. Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer in der europäischen Geschichte beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen. Die Schaffung der Europäischen Union steht im Mittelpunkt dieser Entwicklung. Sie hat die Beziehungen zwischen unseren Ländern und das Leben unserer Bürger verändert. Die europäischen Staaten haben sich verpflichtet, Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen und in gemeinsamen Institutionen zusammenzuarbeiten. Im Laufe der Zeit haben sich Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mehr und mehr durchgesetzt. Größere Angriffe gegen Mitgliedstaaten sind nunmehr unwahrscheinlich geworden. Dafür ist Europa mit neuen Bedrohungen konfrontiert, die verschiedenartiger, weniger sichtbar und weniger vorhersehbar sind.

**Terrorismus:** Terrorismus gefährdet Menschenleben, verursacht hohe Kosten, sucht die Offenheit und Toleranz unserer Gesellschaften zu untergraben und stellt eine zunehmende strategische Bedrohung für Gesamteuropa dar.

Die **Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW)** stellt die potenziell größte Bedrohung für unsere Sicherheit dar. Die internationalen Verträge und Ausfuhrkontrollregelungen haben die Verbreitung von MVW und ihrer Trägersysteme verlangsamt. Nun jedoch stehen wir am Anfang eines neuen und gefährlichen Zeitabschnitts, in dem es möglicherweise – insbesondere im Nahen Osten – zu einem MVW-Wettrüsten kommt.

**Regionale Konflikte:** Probleme, wie sie sich in Kaschmir, in der Region der Großen Seen und auf der koreanischen Halbinsel stellen, haben ebenso direkte und indirekte Auswirkungen auf europäische Interessen wie nähergelegene Konfliktherde, vor allem im Nahen Osten.

**Scheitern von Staaten:** Schlechte Staatsführung, d.h. Korruption, Machtmissbrauch, schwache Institutionen und mangelnde Rechenschaftspflicht, sowie zivile Konflikte zersetzen Staaten von innen heraus.

**Organisierte Kriminalität:** Europa ist ein primäres Ziel für organisierte Kriminalität. Der grenzüberschreitende Handel mit Drogen, Frauen, illegalen Einwanderern und Waffen macht einen wichtigen Teil der Machenschaften krimineller Banden aus, und bisweilen bestehen Verbindungen zu terroristischen Bewegungen.

Wir leben in einer Welt mit neuen Gefahren, aber auch mit neuen Chancen. Die Europäische Union besitzt das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Bedrohungen wie auch zur Nutzung der Chancen zu leisten. Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben. Damit würde sie zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer Welt führt, die gerechter, sicherer und stärker geeint ist.

*Aus: Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel 2003 (<http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>).*

## C 4 Einschätzungen zur EU-Sicherheitsstrategie

### Das Auswärtige Amt zur ESS

Die Bundesregierung hat sich frühzeitig für die Erarbeitung einer europäischen Sicherheitsstrategie eingesetzt. Die vom Europäischen Rat in Brüssel am 12. Dezember 2003 angenommene *Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)* bedeutet für die Europäische Union einen außen- und sicherheitspolitischen Quantensprung. Die EU zieht mit der *ESS* die strategischen Konsequenzen aus dem doppelten Paradigmenwechsel, der für die Sicherheit der Union nach dem 9. November 1989 und dem 11. September 2001 bestimmend geworden ist. Die *ESS* ist ein Meilenstein zur strategischen Bestimmung der Rolle und der Aufgaben der EU in einem dramatisch veränderten sicherheitspolitischen Umfeld und unter den Bedingungen der Globalisierung: Die EU hat den Anspruch, mit einer Stimme zu sprechen, wenn es gilt, den Herausforderungen und Risiken unserer Zeit zu begegnen. Die *ESS* leistet damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Kohärenz der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* der EU.

[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de).

### Erich Reiter, Beauftragter für Strategische Studien des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik in Wien

Die EU-Sicherheitsstrategie leitet insofern einen Paradigmenwechsel ein, als sich die EU als ein globaler Akteur versteht, der auch einen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit tragen und Beitrag dazu leisten soll, der seinem Potenzial entspricht. Wesentlich ist die Erkenntnis, dass ein erstarktes Europa gemeinsam mit den USA viel für die globale Sicherheit leisten könnte. Dieser Aspekt wird mit dem Wunsch nach einer multipolareren normengestützten Weltordnung und einer Stärkung der UNO ergänzt. In dieser einfachen Konzeption hebt sich der Widerspruch hinsichtlich der Weltordnungspolitik auf, wie er im Verlauf und in der Folge des Irak-Krieges unter den europäischen Ländern zum Ausdruck kam. Wenn Europa ein eigener starker Akteur sein will, und dies in Kooperation mit den USA, so ist eine multipolare Weltordnungsvorstellung keineswegs amerikafeindlich. Es ist ja eine altbekannte Tatsache, dass das europäisch-amerikanische Verhältnis davon abhängt, wie stark die Europäer selbst sind. An ihnen liegt es also, dieses Verhältnis im Sinne der Erhöhung des eigenen Stellenwertes zu bestimmen.

*Erich Reiter: Die Sicherheitsstrategie der EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3–4/2004, S. 29.*

## UNIPOLARE UND MULTIPOLARE WELTORDNUNG

### Definition

Eine unipolare Weltordnung zeichnet sich dadurch aus, dass die politische, wirtschaftliche und militärische Macht eines Landes auf die internationalen Beziehungen eine prägende Kraft ausübt. Aufgrund der einzigartigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Stärke der USA werden diese

derzeit von vielen politischen Beobachtern als Zentrum der unipolaren Weltordnung erachtet. In einer multipolaren Weltordnung bestehen dagegen mehrere machtpolitische Zentren. Die EU, Japan, Russland und China werden als mögliche Kandidaten für solche weiteren Pole erachtet.

## ARBEITSAUFTRÄGE ZU C3–C4

- ▶ Legt die Hauptbedrohungen dar, die in der *ESS* für Europa angeführt werden (C3).
- ▶ Beschreibt die außenpolitische Rolle, die sich die EU in der *ESS* zuschreibt. Benennt zentrale Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der US-amerikanischen *National Security Strategy (NSS)* (vgl. A11–A14) und der *Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS)*.

- ▶ Erläutert anhand der Texte in C4, was das Auswärtige Amt mit dem »doppelten Paradigmenwechsel« meint. Worin besteht der neue Anspruch der EU?
- ▶ Erich Reiter schreibt der *ESS* die Einleitung eines Paradigmenwechsels zu. Legt dar, wodurch sich dieser auszeichnet. Inwiefern kann die *ESS* zu einer multipolareren Weltordnung und zur Stärkung der UNO beitragen?

## C 5 Der Konflikt um das Atomprogramm des Iran



Mahmud Ahmadinedschad, der Präsident des Iran.

Iran gehört zu den Unterzeichnern des Atomwaffensperrvertrages («Nonproliferationsvertrag»). Dieser Vertrag verpflichtet jedes Mitglied, das nicht Kernwaffenstaat ist, auf die Entwicklung und den Besitz von Atomwaffen zu verzich-

ten. Die Überwachung der Einhaltung dieses Vertrages obliegt der *Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO)*. Jedes Mitglied des Vertrages muss mit der *IAEO* zusammenarbeiten, indem es der *IAEO* ermöglicht wird, die Nuklearaktivitäten eines Landes im Hinblick auf die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages zu kontrollieren.

Im Jahre 2003 musste Iran zugeben, dass er ein geheimes Nuklearprogramm verfolgt hat. Hierzu zählt der Bau einer Urananreicherungsanlage, in der spaltbares Material zur Produktion von Atomwaffen hergestellt werden kann. Iran kooperiert bislang nicht ausreichend mit der *IAEO*, sodass diese nicht in der Lage ist festzustellen, ob die iranischen Nuklearaktivitäten ausschließlich friedlicher Natur sind. Die *IAEO* hat allerdings bisher auch keine klaren Hinweise, die das Gegenteil belegen. Aufgrund der großen sicherheitspolitischen Bedeutung dieses Konflikts um das iranische Atomprogramm für die EU bemühen sich Deutschland, Großbritannien und Frankreich («EU-Drei») zusammen mit dem Hohen Repräsentanten für die *GASP*, Javier Solana, Iran zu einer angemessenen Kooperation mit der *IAEO* zu bewegen.

## C 6 Der deutsche Außenminister zum Konflikt mit dem Iran

**Die Wochenzeitung »Die ZEIT« interviewte am 23. März 2006 den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier über das Atomprogramm des Iran:**

**ZEIT: Was ist für Sie die größte konkrete Bedrohung, die vom Iran ausgeht?**

**Steinmeier:** Die Bedrohung könnte darin liegen, dass sich der Verdacht bestätigt, den Mohammed el-Baradei, der Direktor der *Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO)* in Wien, im Jahre 2003 geäußert hat: dass tatsächlich erfolgreiche Forschungsaktivitäten an einem nationalen Atomprogramm stattgefunden haben, das nicht nur zum Ziel hat, zivil zu nutzende Kernkraft zu entwickeln. Das wäre eine doppelte Bedrohung: Einerseits, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass solche Waffen irgendwo auf der Welt einmal zum Einsatz kommen, andererseits, weil ein weiterer Kernwaffenstaat im Mittleren Osten Ehrgeiz bei anderen hervorrufen würde. Dies hätte wiederum Folgen: Erstens eine weitere Destabilisierung in einem Raum, für den wir eigentlich eine gegenteilige Entwicklung bräuchten, und zweitens ein Trend gegen das Nichtverbreitungsregime im Proliferationsvertrag, der ausgesprochen unwillkommen wäre.

**ZEIT: Sollten die Amerikaner mit dem Iran direkt reden, nicht nur über den Irak, sondern auch über das eigentliche Thema?**

**Steinmeier:** Wenn es Gesprächsgegenstände gibt, über die die Amerikaner mit den Iranern bereit sind zu reden, wäre es nicht leicht nachvollziehbar, einen Gesprächsgegenstand auszulassen, der in den letzten Jahren ganz ohne Zweifel

größere Besorgnisse in der Weltgemeinschaft hinterlassen hat. Mein britischer Kollege Jack Straw sieht das nicht anders.

**ZEIT: Ist der Iran nicht wegen seiner wirtschaftlichen Schwäche auf Kooperation angewiesen?**

**Steinmeier:** Zweierlei beeindruckt den Iran: Das eine ist, dass es – auch durch die Arbeit der EU-Drei – in einer vom Iran vielleicht nicht erwarteten Weise gelungen ist, die internationale Staatengemeinschaft gegenüber dem nuklearen Ehrgeiz, wie er dort an den Tag gelegt wird, beieinander zu halten. Das andere ist unser europäischer Verhandlungsansatz, der darauf abzielte, dass der Iran letztlich auch aus wirtschaftlichen Überlegungen zu dem Ergebnis kommt, in geregelte Kommunikationsformen mit der Nachbarschaft und dem Rest der Staatenwelt einzutreten.

**ZEIT: Hat der Westen denn weniger Angst als der Iran vor wirtschaftlichen Auseinandersetzungen?**

**Steinmeier:** Wenn man den Eindruck hat, dass der Iran auf wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen dringend angewiesen ist, und wenn wir den Iran zu einem bestimmten Verhalten bewegen wollen, dann darf man sich nicht vorschnell jeglicher Möglichkeiten entledigen. Ob das am Ende wirtschaftliche Sanktionen über den UN-Sicherheitsrat werden, kann ich nicht voraussehen. Dafür müsste man Prognosen machen, wie sich etwa China und Russland dazu verhalten. Noch sind wir nicht an diesem Punkt.

Die ZEIT vom 23. März 2006.

## C7

## Interview mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad

Im Mai 2006 führte das Magazin »Der SPIEGEL« ein Interview mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. In dem Gespräch hatte Ahmadinedschad erst den Holocaust geleugnet und dann dem Staat Israel seine Existenzberechtigung abgesprochen. Zum Anspruch Teherans auf Nuklearenergie sagte er:

**SPIEGEL:** Herr Präsident, die entscheidende Frage lautet doch: Wie gefährlich wird die Welt, wenn noch mehr Länder zu Atommächten aufsteigen – wenn ein Land wie Iran, dessen Präsident Drohungen ausstößt, in einer krisenreichen Region die Bombe baut?

**Ahmadinedschad:** Wir sind grundsätzlich dagegen, dass die Arsenale mit Atomwaffen noch ausgebaut werden. Wir haben deshalb vorgeschlagen, dass eine unparteiische Organisation gegründet wird und die Atommächte entwaffnet. Wir benötigen keine Waffen, wir sind ein zivilisiertes und kulturreiches Volk, unsere Geschichte zeigt, dass wir niemals irgendein Land angegriffen haben.

**SPIEGEL:** Iran braucht gar nicht die Bombe, die es bauen will?

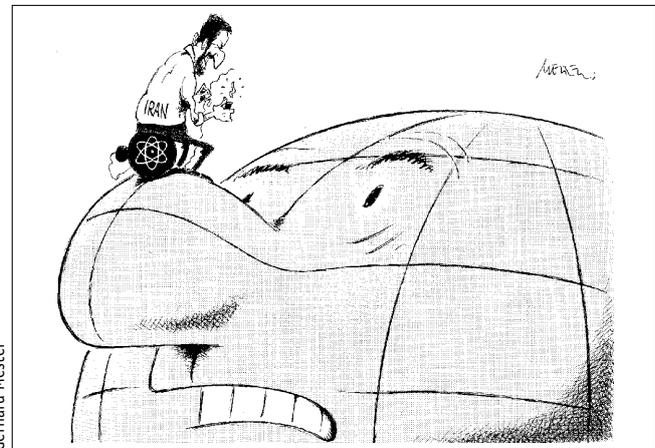
**Ahmadinedschad:** Es ist doch interessant, dass europäische Länder dem diktatorischen Schah-Regime damals Nukleartechnologie gewähren wollten. Dieses Regime war gefährlich, dennoch waren sie bereit, ihm die Atomtechnologie zu liefern. Aber seitdem es die Islamische Republik gibt, sind diese Mächte dagegen. Ich betone noch mal, wir benötigen keine Atomwaffen. Weil wir ehrlich sind und gesetzestreu handeln, stehen wir auch zu dem, was wir sagen. Wir sind keine Betrüger. Wir wollen nur unser legitimes Recht geltend machen. Außerdem habe ich niemanden bedroht – auch dies gehört zur Propagandamaschine, die gegen mich bei Ihnen läuft.

**SPIEGEL:** Wäre es dann nicht notwendig, darauf hinzuwirken, dass niemand Angst davor haben muss, Sie könnten nukleare Waffen produzieren, die Sie möglicherweise

gegen Israel einsetzen und so eventuell einen Weltkrieg auslösen könnten? Sie sitzen auf einem Pulverfass, Herr Präsident.

**Ahmadinedschad:** Erlauben Sie mir, zwei Dinge zu sagen. Kein Volk der Region hat Angst vor uns. Und niemand soll den Völkern Angst machen. Wir glauben, wenn die USA und diese zwei bis drei europäischen Länder sich nicht einmischen würden, dann würden die Völker dieser Region friedlich zusammenleben, so wie in den tausenden Jahren zuvor. Auch Saddam Hussein wurde 1980 von Ländern in Europa und von Amerika angestiftet, gegen uns Krieg zu führen. In Bezug auf Palästina ist unser Standpunkt ganz klar. Wir sagen: Erlauben Sie, dass die Besitzer dieses Landes ihre Meinung äußern. Lassen Sie doch Juden, Christen und Muslime ihre Meinung sagen. Die Gegner dieses Vorschlags ziehen den Krieg vor und bedrohen die Region. Warum sind die USA und diese zwei bis drei europäischen Länder dagegen? Ich glaube, diejenigen, die Holocaust-Forscher einsperren, sind für Krieg und gegen Frieden. Unser Standpunkt ist demokratisch und friedlich.

Der SPIEGEL vom 31. Mai 2006.



Gerhard Mester

## ARBEITSAUFTRÄGE ZU C5–C7

- ▶ Recherchiert im Internet zum Atomprogramm des Iran.
- ▶ Warum stellt nach Auffassung von Außenminister Steinmeier das iranische Atomprogramm eine Bedrohung für die Europäische Union dar? Erkläre, auf welche Weise die »EU-Drei« den Iran zur Aufgabe seines Atomprogramms bewegen wollen.
- ▶ Auf welche Weise präsentiert sich der iranische Präsident in dem Interview in C7? Inwieweit wird aus dem Interview deutlich, wie schwierig es für die Vermittler ist, mit Iran zu verhandeln? Welche Argumente schiebt der Präsident vor?
- ▶ Verfolgt in der Klasse die weitere Entwicklung im Atomstreit mit dem Iran. Eine zweite Gruppe könnte sich auch mit dem aktuellen Konflikt um das Atomprogramm von Nordkorea befassen.
- ▶ Wie spitzt der Karikaturist den Konflikt mit dem Iran zu? Welche Problematik stellt er dabei in den Mittelpunkt seiner Zeichnung?

**C 8** Die Demokratische Republik Kongo



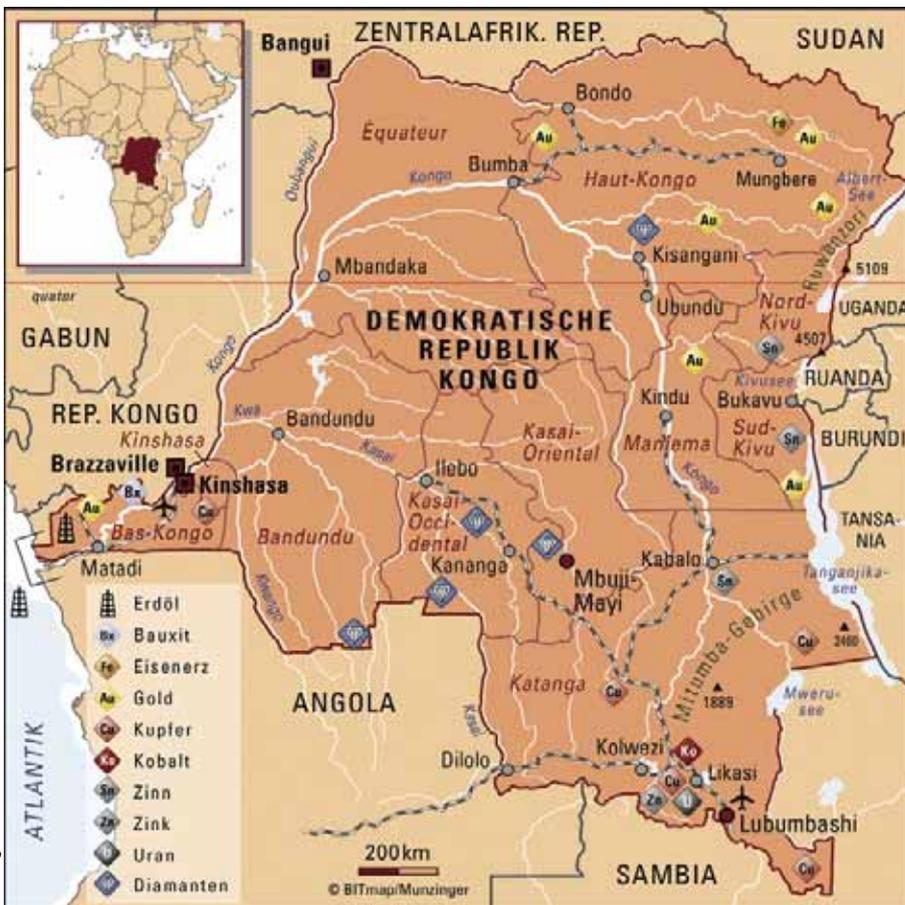
picture-alliance/dpa

Flüchtlingskinder in einem Waisenhaus im bürgerkriegsgeschüttelten Kongo.



picture-alliance/obs

Deutsche Soldaten sichern die ersten freien Wahlen im Kongo.



Munzinger-Archiv GmbH

Die Demokratische Republik Kongo: Geografische Lage und Rohstoffvorkommen.

**ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 8**

- ▶ Recherchiert zur Geschichte und zur aktuellen politischen Situation in der Demokratischen Republik Kongo und erstellt dazu eine Präsentation.
- ▶ Warum war das Land immer schon im Fokus unterschiedlicher Mächte?

## C 9 Die Europäische Union entsendet Truppen in die DR Kongo

Der Kongo hat eine bewegte Geschichte: 1960 wurde die Kolonie von Belgien unabhängig. Doch kam das Land damit nicht zur Ruhe: Ein Bürgerkrieg erschütterte den Kongo, an dem auch westliche Staaten beteiligt waren. Der erste Ministerpräsident des Kongo, Patrice Lumumba, wurde unter bislang nicht geklärten Umständen 1961 ermordet. Von 1965 regierte Joseph Mobutu, der durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war, bis zu seinem Sturz 1997 mit einer grausamen Diktatur. Nach dem Sturz Mobutus ergriff der Vater des heute amtierenden Präsidenten Joseph Kabila, Laurent Kabila, die Macht. 1998 begann ein weiterer Bürgerkrieg, an dem auch die Nachbarstaaten des Kongo, insbesondere Ruanda und Uganda, beteiligt waren. Seit 2002 kam es durch südafrikanische Vermittlung zum Abzug ausländischer Truppen aus dem Land. Der Bürgerkrieg forderte nach UN-Schätzungen etwa 2,5 Millionen Menschenleben.

Im Dezember 2005 wurde per Referendum eine neue Verfassung angenommen. Die Präsidenten- und Parlamentswahl wurde für den 30. Juli 2006 anberaumt. Um sicherzustellen, dass diese Wahlen die Beschreibung »frei und fair« tatsächlich verdienen, sind etwa 2.000 internationale Wahlbeobach-

ter aus der ganzen Welt entsandt worden, insbesondere auch aus Afrika. Um den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen abzusichern, hatten die Vereinten Nationen im Dezember 2005 die EU gebeten, die im Kongo stationierte UN-Peacekeeping-Mission *MONUC* mit europäischen militärischen Kräften für den Zeitraum der Wahlen zu unterstützen. Mit Resolution 1671 vom 25. April 2006 erteilte der UN-Sicherheitsrat der geplanten EU-Operation im Kongo einstimmig ein Mandat. Die auch auf ausdrückliche Einladung der kongolesischen Regierung entsandte EU-Truppe *EUFOR RD Congo* hatte vor allem das politische Ziel, die Wahlverlierer davon zu überzeugen, dass eine Nichtakzeptanz des Wählerwillens von der internationalen Gemeinschaft nicht geduldet werden würde. Der Rat der EU hatte am 27. April 2006 den Rahmen für einen Militäreinsatz der EU verabschiedet und den deutschen Generalleutnant Karlheinz Viereck zum Befehlshaber der EU-Operation *EUFOR RD Congo* ernannt. Die Entsendung der EU-Streitkräfte in die DR Kongo mit Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen stellt einen bedeutsamen Einsatz im Rahmen der *GASP* dar, der im Einklang mit der *Europäischen Sicherheitsstrategie* steht.

## C 10 Freie Wahlen als Chance für die Demokratische Republik Kongo

Eine historische Chance für Frieden, Stabilität und Entwicklung in der Region der Großen Seen in Afrika nannte Louis Michel, EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, vor dem UN-Sicherheitsrat das Wahljahr 2006 in der DR Kongo. 25 Millionen kongolesische Wähler wurden ... in einem Staatsgebiet von der Größe Westeuropas registriert. Im Dezember 2005 nahmen sie mit 80 Prozent Ja-Stimmen und einer Beteiligung von 60 Prozent die neue Verfassung des Kongo an und bekundeten so ihren politischen Willen zur Demokratie. ... Der Wahlkampf wird zeigen, ob die Parteien, die sich aus den ehemaligen Rebellenarmeen mit ihrem Hunger nach militärischer und wirtschaftlicher Macht gebildet haben, zu politisch agierenden, zivilen Repräsentanten einer geeinten Staatsmacht geworden sind. Und ob sie der allorts wieder zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft und den gefährlichen Tendenzen zu rassistischer, ethnisch motivierter Gewalt entgegenwirken können. ...

Nach den Wahlen werden die konstituierende Sitzung des Parlaments und der Amtsantritt des gewählten Präsidenten stattfinden. Damit endet offiziell der von den UN überwachte

Übergang des Kongo in einen demokratischen Staat. Der blutige neunjährige Konflikt in dem Land gehört dann hoffentlich endgültig der Vergangenheit an. Die Menschen im Kongo hoffen auf einen friedlichen Machtwechsel und auf eine Regierungsbildung ohne Gewaltakte und ohne erneute regionale und ethnische Konflikte. Sie haben die höchsten Erwartungen an einen nachhaltigen, über die Wahl hinausgehenden Demokratisierungsprozess, der den Aufbau eines funktionsfähigen Staates vorantreibt, in dem demokratische Institutionen gewaltfreie Verfahren zur Konfliktlösung verwirklichen können. Sie wollen ein starkes Parlament, das die Regierung bei Machtmissbrauch und Korruption zur Verantwortung ziehen kann, unterstützt von einer unabhängigen Justiz, einer freien Presse und einer vitalen Zivilgesellschaft. Es ist eine Vision eines kongolesischen Staates, in dem Armutsbekämpfung, gerechte Verteilung der Ressourcen und das gleiche Recht aller auf den Zugang zu Bildung, Gesundheit, Gerechtigkeit, Verwaltung und Kultur wahr werden.

*ai-Journal vom 1. April 2006 (Andrea J. Riethmüller).*

### ARBEITSAUFTRÄGE ZU C9–C10

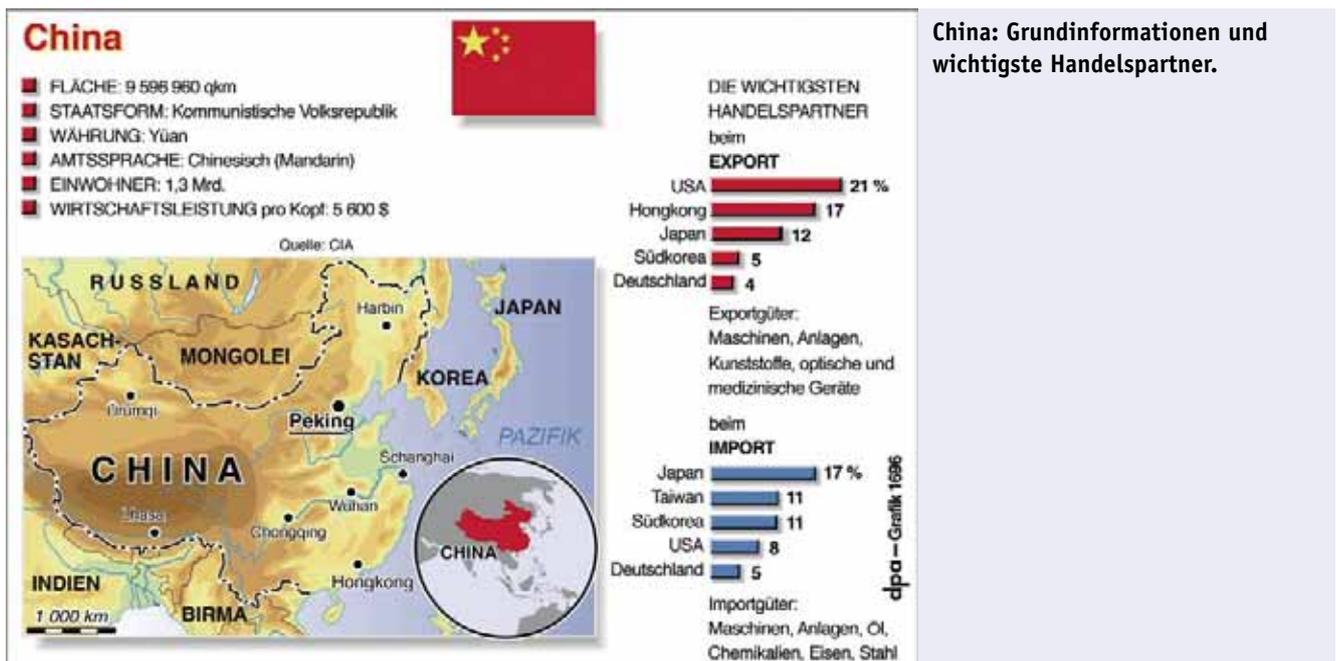
► Weshalb schickt die Europäische Union Militär in die Demokratische Republik Kongo? Welche Institutionen haben um den Militäreinsatz der Europäischen Union gebeten?  
 ► Was erhoffen sich die Menschen im Kongo von den Wahlen?

► Recherchiert, wie sich das Land in Zentralafrika nach den Wahlen im Sommer 2006 entwickelt hat. Fasst Eure Ergebnisse zusammen.

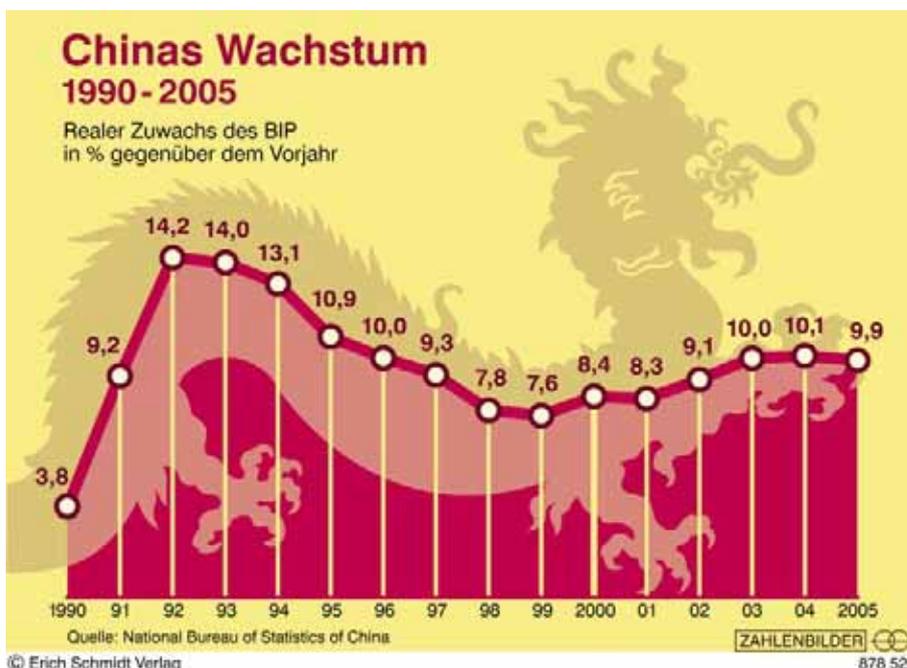
# D • China: Weltmacht im Werden und das Politikziel von Good Governance

Materialien D 1–D 10

## D 1 China: Grundinformationen und wichtigste Handelspartner



## D 2 Wirtschaftliche Dynamik



Das wirtschaftliche Wachstum Chinas in den Jahren 1990 bis 2005.

### D 3 Zwischen Tradition und Fortschritt



Shanghai – Bauarbeiten im Geschäftsviertel Pudong. Im Hintergrund der *Oriental Pearl Tower*, der mit 468 Metern der höchste Fernsehturm Asiens ist. Seine einzigartige Konstruktion aus elf verschiedenen großen Kugeln auf unterschiedlichen Höhen, die von Säulen getragen werden, ist eines der bekanntesten Wahrzeichen der Stadt Shanghai geworden.

picture-alliance/dpa

### D 4 Das Reich der Mitte erwacht

»Lasst China schlafen«, mahnte Napoleon Bonaparte seine Zeitgenossen. »Denn wenn China erwacht, wird die Welt erzittern.« Die Welt hätte China gern weiter schlafen lassen. Der Weckruf kam aus dem eigenen Land, von der Spitze der Partei. Deng Xiaoping hat die Volksrepublik 1978 aus ihrer planwirtschaftlichen Starre gerissen. Heute, 27 Jahre nach dem Beginn der Wirtschaftsreformen, zittert die Welt tatsächlich vor China. Nicht vor seiner militärischen Macht, vor der hat (noch) kaum jemand Angst, sondern vor seinem rasanten wirtschaftlichen Aufstieg, der auch unsere ökonomische, soziale und damit politische Wirklichkeit verändert.

Nie zuvor in der Menschheitsgeschichte hat es eine vergleichbare Dynamik gegeben. Seit 1979 ist Chinas Wirtschaft Jahr für Jahr um durchschnittlich neun Prozent gestiegen. Nach den USA, Japan, Deutschland und Großbritannien ist Chinas Volkswirtschaft heute die fünftgrößte der Welt – und mancher Ökonom sagt voraus, dass China die USA schon in zwanzig Jahren überholen wird. Das Durchschnittseinkommen hat sich in den vergangenen 25 Jahren vervierfacht. »Wir können an China vieles kritisieren«, sagt der [ehema-

lige] Weltbankpräsident James Wolfensohn, »aber sie haben 300 Millionen Menschen aus der Armut herausgeholt.«

China, einst Elendsquartier der Welt, bedrückt von Hungersnöten, zerrissen von Bürgerkrieg und Revolution, Opfer des europäischen Imperialismus und des japanischen Militarismus, von den Großmächten in Einflussphären aufgeteilt – ist am Beginn des 21. Jahrhunderts zum Synonym der Stärke geworden, zum Gewinner der Globalisierung, zum Herausforderer der Supermacht Amerika. Keine Debatte über Lohnkosten, Arbeitszeiten und Sozialleistungen ohne Hinweis auf den unheimlichen Wettbewerber in Fernost. Hunderttausende von Arbeitern in Nordamerika und Europa haben ihre Jobs verloren, weil die Güter, die sie hergestellt haben, in China ungleich billiger produziert werden können – zur Freude der Konsumenten im Westen. China ist die Werkbank der Welt geworden.

*Matthias Naß: Das Reich der Mitte erwacht, in: Fischer Weltalmanach aktuell: Weltmacht China, Frankfurt/M. 2005, S. 11.*

### ARBEITSAUFTRÄGE ZU D1–D4

► Fasst die zentralen Aussagen der Schaubilder **D1** und **D2** zusammen. Welche Entwicklung lässt sich daraus ablesen? Setzt die beiden Schaubilder in Beziehung zu dem Foto **D3**. Was bedeutet das wirtschaftliche Wachstum Chinas für die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft?

► »Lasst China schlafen. Denn wenn China erwacht, wird die Welt erzittern.« Erklärt, weshalb dieser Ausspruch von Napoleon Bonaparte auch heute noch Gültigkeit hat. Wie schätzt der Autor in **D4** die künftige Entwicklung Chinas ein?

**D 5** China und Deutschland: Handelsbeziehungen



Im deutsch-chinesischen Handel steckt Dynamik. Der Warenaustausch mit der Volksrepublik hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als vervierfacht.

Wichtigste deutsche Ausfuhrgüter sind Maschinen sowie Autos und Autoteile. Auf der Einfuhrseite stehen Büromaschinen und elektronische Datenverarbeitungsgeräte an erster Stelle, gefolgt von Nachrichtentechnik, Fernseh- und Phonogeräten sowie elektronischen Bauteilen.

Die Handelsbilanzen schlossen in den letzten Jahren aus deutscher Sicht stets mit einem Defizit ab. Das heißt: Der chinesische Warenstrom nach Deutschland war größer als der deutsche Warenstrom nach China.

Deutschland leidet unter der Globalisierung. Der Wettbewerbsdruck aus Niedriglohnländern lässt die Wirtschaft dahinsiechen. Dieses sich in der Öffentlichkeit ausbreitende Bild steht im Gegensatz zur tatsächlichen Entwicklung. Alle Indikatoren deuten darauf hin, dass Deutschland von der Einbindung in die internationale Arbeitsteilung profitiert – und sich trotz des Wettbewerbsdrucks aus Osteuropa und China auf den Weltmärkten gut hält.

Die größte Aufmerksamkeit in der öffentlichen Debatte findet die Frage des Exportweltmeisters im Warenhandel. Trotz der Aufwertung des Euro in den vergangenen Jahren stieg die deutsche Ausfuhr von Gütern 2004 um 22 Prozent, teilte die Welthandelsorganisation (WTO) mit. Sie bestätigte, dass Deutschland den Titel des Exportweltmeisters im Warenhandel abermals errang, vor den USA und China. ... In Euro gerechnet, was die Impulse auf die heimische Wirtschaft besser zeigt, wuchs die deutsche Ausfuhr von Waren im vergangenen Jahr nach Angaben des Statistischen Bundesamts um 10,4 Prozent. Das entspricht in etwa dem Ausfuhrzuwachs im Warenhandel der Vereinigten Staaten oder von Japan von rund 11 Prozent. Deutlich stärker wuchs

die Ausfuhr der Volksrepublik China um 35 Prozent. Der Vergleich zeigt, dass die genannten Staaten vom internationalen Handel profitieren – und China besonders stark. Gemessen am Wert in Dollar, hat China im vergangenen Jahr erstmals Japan vom dritten Platz der Ausfuhrstatistik verdrängt. Mit 593 Milliarden Dollar liegt das Land aber noch weit hinter den Vereinigten Staaten und Deutschland mit 819 und 915 Milliarden Dollar. ...

Einen Anhaltspunkt, ob der Außenhandel eine Wirtschaft stützt, gibt die Differenz von Ausfuhr und Einfuhr. ... Ökonomen greifen für diese Betrachtung auf den Außenbeitrag zurück, der den Handel von Waren und Dienstleistungen umfasst und so ein umfassenderes Bild bietet. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts lag der Außenbeitrag, die Differenz von Export und Import, im vergangenen Jahr preisbereinigt bei 114 Milliarden Euro. Das waren rund 5,7 Prozent des BIP – so viel wie seit der deutschen Vereinigung noch nicht. Trotz der Konkurrenz aus China und Osteuropa belebt der Handel offensichtlich die deutsche Wirtschaft.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. April 2005 (pwe).

**ARBEITSAUFTRÄGE ZU D 5**

► Profitiert die deutsche Wirtschaft von den Handelsbeziehungen mit China oder gehen dadurch Arbeitsplätze in Deutschland verloren? Sammelt Argumente für und gegen diese Aussagen und diskutiert.

► Zur Vertiefung könnt Ihr Unternehmen in Eurer Region befragen, die wirtschaftliche Beziehungen zu China haben.

**D 6** China: Politisches System – Wirtschaft – Gesellschaft

**POLITISCHES SYSTEM**

- Untersucht das politische System Chinas.
- Wer hat in China das Sagen?
- Wie kann man dieses System bezeichnen?

---

---

---

---

---

**WIRTSCHAFT**

- Informiert Euch über die Möglichkeiten, in China einen Betrieb zu eröffnen.

---

---

---

---

---

**MENSCHENRECHTSSITUATION**

- Recherchiert bei Menschenrechtsorganisationen die Lage der Menschenrechte in China und führt gegebenenfalls die Verstöße gegen sie auf.

---

---

---

---

---

**MINDERHEITEN**

- Listet die Bevölkerungsgruppen in China auf und notiert deren prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung.
- Genießen Minderheiten in China Schutz?

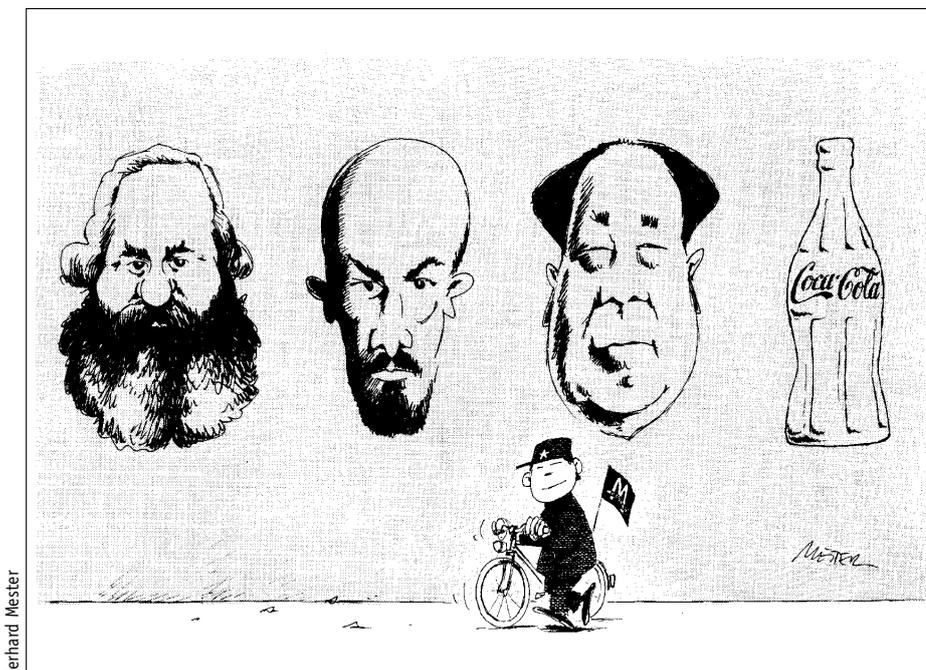
---

---

---

---

---



Gerhard Meister

**D 7** Der große Hunger nach Energie

China ist mit viel Effekt auf den internationalen Energiemärkten eingestiegen. Ein Drittel des gesamten globalen Nachfragewachstums zwischen den Jahren 2000 und 2005 geht allein auf die Rechnung Chinas. Das kommt zu einer für die westlichen Industrieländer unpassenden Zeit. Erstens: Der Mittlere Osten verfügt schon jetzt über 62 Prozent der gesicherten konventionellen Ölreserven. Diese Region ist aber politisch fragil. Ein Verteilungskampf zwischen China und der westlichen Welt würde eine zusätzliche krisenhafte Zuspitzung bedeuten. Zweitens: Die Ölproduktion geht in den kommenden beiden Jahrzehnten in allen großen Verbraucherregionen absolut zurück. Das bedeutet, dass die Importabhängigkeit wächst und noch kritischere Schwellen erreicht. Drittens: Die Re-Nationalisierung der Produzentländer und die Politisierung der Energieverfügbarkeit schreiten voran. Dies gilt in Venezuela ebenso wie in Russland und Iran.

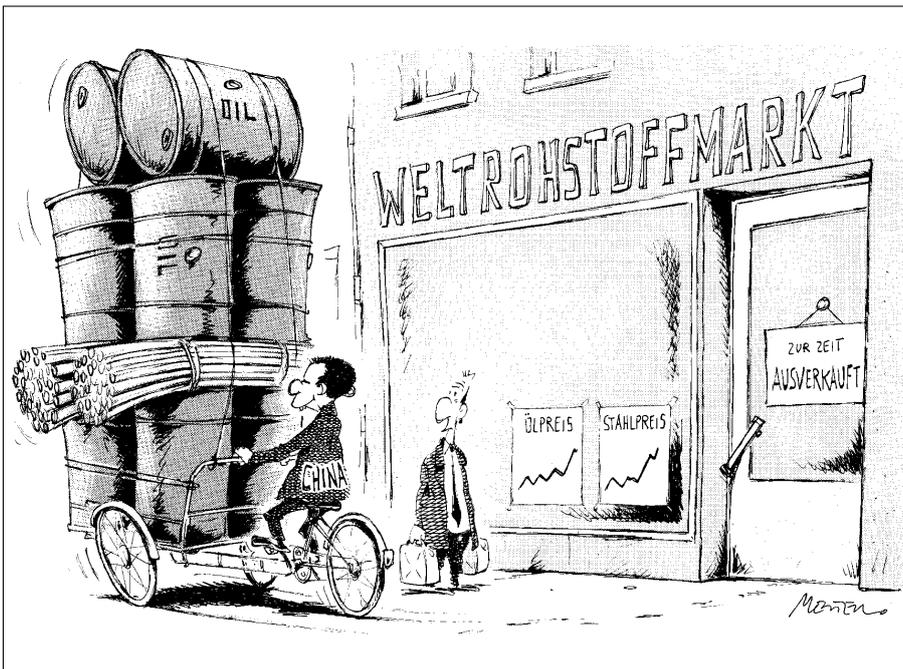
China erweckt den Eindruck, dass es als Späteinsteiger jeden Preis zu zahlen bereit ist, um für seine Versorgungssicherheit Vorsorge zu treffen. Dies wird zwar in den westlichen Ländern mit Besorgnis registriert. Tatsächlich verfügen diese aber durch die Platzierung ihrer Energieunternehmen bei der Erschließung in den wichtigsten Regionen, durch die militärische Präsenz der USA am Persischen Golf und die Transportinfrastruktur von Russland und Nordafrika nach Europa über einen großen Beschaffungsvorteil. China setzt viel ein, um sich in Regionen zu etablieren, in denen noch Felder zu bekommen sind und westliche Unternehmen wenig Neigung zum Engagement haben. So hat es im Sudan praktisch die gesamte Produktion des Landes übernommen. Im Mai 2006 hat der chinesische Ministerpräsident Wen Ji-bao

eine Reise durch verschiedene afrikanische Staaten unternommen. Dabei wurden in Nigeria die Erschließungsrechte für ergiebige Ölfelder mit mehr als zwei Milliarden Dollar gekauft. Dieser Zuschlag wurde mit Zusagen Chinas erkaufte, in Infrastrukturprojekte Nigerias rund vier Milliarden US-Dollar zu investieren. China sieht sich dermaßen unter Druck, seinen wachsenden Versorgungsbedarf zu decken, dass es weder zurückscheut, korrupte Regime zu stützen, noch die etablierten Spielregeln auf den Bietermärkten zu seinen Gunsten zu verändern. Es gibt allerdings auch in China eine Diskussion über den außenpolitischen Schaden dieses rigorosen Vorgehens.

Es deutet sich an, dass China einen sehr hohen Preis zu zahlen bereit ist, um mit dem Iran eine langfristige Partnerschaft einzugehen. Im Oktober 2004 hat es mit Teheran ein Abkommen zur Erschließung des Yadavaran-Ölfeldes abgeschlossen. Das Projekt wird auf 70 Milliarden Dollar geschätzt und stellt das bisher größte Auslandsgeschäft Chinas dar. Der Preis, den China an den Iran zu zahlen bereit ist, lässt sich nicht nur monetär ausdrücken, er reicht weit in die internationale Politik hinein. Dies kann dem Westen in seinem Bestreben, Iran als Konfliktquelle im Nahen und Mittleren Osten stillzulegen, noch große Sorgen bereiten.

*Nach: Das Parlament vom 24./31. Juli 2006 (Friedemann Müller).*

**D 8** Weltrohstoffmarkt



Gerhard Mester

**D 9** Kampf um Rohstoffe

Das Interesse der USA und China an Afrika war nie größer als heute, und es wird noch gewaltig zunehmen: Die Schlacht um die Schätze des Schwarzen Erdteils hat längst begonnen. ... In diesem Kampf ist den Chinesen offenbar jedes Mittel recht. Als die Vereinigten Staaten den islamistisch regierten Sudan zum Schurkenstaat erklärten, der den Weltterroristen Osama bin Laden beherbergt hatte, und alle amerikanischen Ölgiganten nötigte, aus dem lukrativen Geschäft mit Sudans Öl auszusteigen, sprang China nur allzu gern ein. Mittlerweile sind die Chinesen Großinvestoren im Land des Mahdi, im Gegenzug werden 60 Prozent des sudanesischen Erdöls ins Reich der Mitte geliefert. Die Chinesen betrachten ihr Engagement im Sudan zudem als langfristige Partnerschaft. Gerade erst haben 10.000 Chinesen mit dem Bau einer 1.500 Kilometer langen Pipeline von den Ölfeldern im

Süden des Landes zum Rotmeerhafen Port Sudan begonnen. Als Transferleistung erhält die Regierung des Kriegsherrn Umar Al Bashir, die 60 Prozent ihrer Ölerlöse in Kriegsgewehr investiert, Waffen aus China, die sie dringend im Krieg gegen Aufständische in Darfur oder im Osten des Landes benötigt. Kein Wunder, dass sich China für so viel erquickliche Zusammenarbeit zu revanchieren weiß. Wann immer im Weltsicherheitsrat der UN eine harsche Resolution gegen die Völkermörder aus Khartum auf der Tagesordnung stand, war mit einem chinesischen Veto zu rechnen. Colin Powell hatte das Gemetzel in Darfur schon frühzeitig einen Genozid genannt. »Geschäft ist Geschäft«, nennt Chinas Botschafter in den USA ... dagegen das wesentliche Prinzip chinesischen Handels: »Die Situation im Sudan ist eine interne Angelegenheit.«

Zähneknirschend müssen die USA mitansehen, wie Peking nun nicht nur ihre Sicherheits- und Völkerrechtspolitik torpediert, sie müssen auch ertragen, wie China sich nahezu ungestört die Ölreserven des Landes sichert. ... Der deutsche Politologe Denis Tull hält Chinas wachsenden politischen Einfluss deshalb für »überwiegend negativ«. Statt die Afrikaner zu Demokratie und Transparenz zu zwingen, werde Pekings vehemente »Verteidigung des Souveränitätsprinzips« autoritären afrikanischen Führern zugute kommen, die vom Westen sanktioniert werden. Hilflös müssen die Außenminister der Europäischen Union mitansehen, wie Chinas kapitalistische Gardien überall in Afrika auf dem Vormarsch sind und ihre Versuche, durch die Zahlung von Entwicklungshilfe die Demokratisierung autoritärer Regime zu fördern, vollends ad absurdum geführt werden.

*Der SPIEGEL vom 17. Oktober 2005 (Thilo Thielke).*

**D 10** Definition: Good Governance**GOOD GOVERNANCE****Definition**

Good Governance heißt übersetzt »gute Regierungsführung«. Damit ist eine Vielzahl von Kriterien gemeint, durch die sich Good Governance auszeichnen sollte: Die Achtung der grundlegenden Menschenrechte, demokratische und rechtsstaatliche Strukturen, der verantwortungsbewusste Umgang des Staates mit politischer Macht und der Ge-

sellschaft mit natürlichen Ressourcen. Good Governance wurde deshalb auch zu einem Kriterium zur Beurteilung von Entwicklungsprozessen in Ländern der sogenannten Dritten Welt und zu einem Maßstab zur Vergabe von Zuwendungen und Krediten.

**ARBEITSAUFTRÄGE ZU D7–D9**

- ▶ Welche Auswirkungen hat das chinesische Wirtschaftswachstum für die Energiepolitik des Landes? Wie geht China dabei in Afrika oder im Nahen Osten vor?
- ▶ Auf welche Weise stellt der Karikaturist die weltweite Rohstoffproblematik dar?

- ▶ Untersucht in einer Fallanalyse die Problematik im Sudan. Legt dazu die politische Situation des Landes dar. Inwieweit beeinflussen chinesische Interessen die Politik im Sudan? Zeigt die Folgen der chinesischen Energiepolitik für das Ziel von Good Governance auf.

Gotthard Breit/Detlef Eichner/Siegfried Frech/Kurt Lach/Peter Massing  
**Methodentraining für den Politikunterricht II**  
Didaktische Reihe, Schwalbach 2006, 239 Seiten



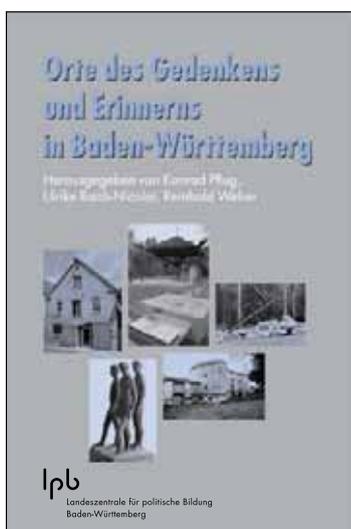
Professionalisierung im Politikunterricht hängt nicht nur von den zur Verfügung stehenden Methoden ab, sondern auch von der Qualität des Umgangs mit diesen Methoden. Hier knüpft der Band „Methodentraining für den Politikunterricht II“ an. Im Mittelpunkt stehen Arbeitstechniken, Sozialformen und Unterrichtsphasen. Konkrete Unterrichtsbeispiele ermöglichen das Selbststudium und Selbsttraining. Beispiele und praktische Erfahrungen aus dem Politikunterricht verdeutlichen typische, immer wieder auftretende Schwierigkeiten und Fehlerquellen. Des Weiteren werden Hinweise, Materialien und Checklisten angeboten.

Sie machen die Unterrichtsmethoden unmittelbar und mit geringem Aufwand für den Politikunterricht anwendbar.

Erhältlich gegen eine Schutzgebühr von **10.- EUR** (zzgl. Versandkosten) per Fax 0711. 164099-77, über [marketing@lpb.bwl.de](mailto:marketing@lpb.bwl.de) oder Webshop: [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop)

lpb  
BW

Konrad Pflug/Ulrike Raab-Nicolai/Reinhold Weber (Hrsg.):  
**Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg**  
Stuttgart 2007, 424 Seiten mit 124 Abbildungen



Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine dichte Landschaft regional ausgerichteter Gedenk- und Erinnerungsstätten aus. Die Arbeit an den einzelnen Orten wird überwiegend von engagierten Bürgerinnen und Bürgern geleistet. So ist es möglich, Auskünfte und Hinweise darüber zu geben, was in der Zeit des nationalsozialistischen Regimes im Land – buchstäblich „vor der eigenen Haustür“ – geschehen ist. Erinnert wird auch an den Widerstand und an herausragende Persönlichkeiten der Demokratiegeschichte des 20. Jahrhunderts.

Das Buch ist eine Orientierung und ein Pfad durch die jüngere Zeitgeschichte anhand authentischer Orte. Sie werden hier erstmals umfassend dargestellt.

Erhältlich gegen eine Schutzgebühr von **6.50 EUR** (zzgl. Versandkosten) per Fax 0711. 164099-77, über [marketing@lpb.bwl.de](mailto:marketing@lpb.bwl.de) oder Webshop: [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop)

lpb  
BW

# Politik & Unterricht

## 32. Jahrgang 2006

Heft 1-2006

### Fußball und Politik

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	2
Autoren dieses Heftes	2

### Unterrichtsvorschläge

Einleitung	3-14
Baustein A: Faszination Fußball	3
Baustein B: Vier Weltmeisterschaften und ein Mythos	5
Baustein C: Die Welt zu Gast in Deutschland – Fußball als Global Player	7
	11

Literaturhinweise	U 3
Internetseiten zum Thema	@

### Texte und Materialien

Baustein A: Faszination Fußball	15-55
Baustein B: Vier Weltmeisterschaften und ein Mythos	16
Baustein C: Die Welt zu Gast in Deutschland – Fußball als Global Player	29
	42

*Einleitung: Martin Mai (Federführung)*  
*Baustein A: Holger Meeh*  
*Baustein B: Manfred Seidenfuß*  
*Baustein C: Martin Mai*

[www.lpb-bw.de/puu/1\\_06/fussball.htm](http://www.lpb-bw.de/puu/1_06/fussball.htm)

@ Unter dieser Adresse ist eine ausführlich kommentierte Sammlung von Internetseiten und Literaturtipps zu finden, die ein reichhaltiges weiteres Angebot an Unterrichtsmaterialien, Unterrichtsideen und vertiefenden Informationen zum Thema Fußball und Politik bieten.

Heft 2/3-2006

### Demokratie (er-)leben

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	2
Autoren dieses Heftes	2

### Unterrichtsvorschläge

Einleitung	3-14
Baustein A: Demokratie im Alltag (er-)leben	3
Baustein B: Misch Dich ein! Mitmachen in der Demokratie	6
Baustein C: Entscheidungen in der pluralistischen Gesellschaft treffen	6
Baustein D: Demokratie als Staats- und Herrschaftsform erleben	8
	9

Literaturhinweise	U 3
-------------------	-----

### Texte und Materialien

Baustein A: Demokratie im Alltag (er-)leben	17-63
Baustein B: Misch Dich ein! Mitmachen in der Demokratie	18
Baustein C: Entscheidungen in der pluralistischen Gesellschaft treffen	24
Baustein D: Demokratie als Staats- und Herrschaftsform erleben	34
	42

*Einleitung: Gabriele Metzler (Federführung)*  
*Baustein A, B, C und D: Gabriele Metzler, Daniel Mergner, Daniel Metzger und Tonio Oeftering*

In der Mitte dieses Heftes finden Sie das Brettspiel »Wer wird Bundeskanzler(in)« eingehftet. Es steht in Zusammenhang mit dem Materialteil **D 6** und wird im Lehrerteil auf Seite 10 näher erläutert.

Heft 4-2006

### Internationale Beziehungen

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	2
Autor dieses Heftes	2

### Unterrichtsvorschläge

Einleitung	3-13
Baustein A: Amerikanische Weltpolitik nach dem 11. September 2001	3
Baustein B: Politik auf der Weltbühne: Die Vereinten Nationen	8
Baustein C: Die Außenpolitik der Europäischen Union	10
Baustein D: China: Weltmacht im Werden und das Politikziel von Good Governance	11
	12

Literaturhinweise	13
-------------------	----

### Texte und Materialien

Baustein A: Amerikanische Weltpolitik nach dem 11. September 2001	15-47
Baustein B: Politik auf der Weltbühne: Die Vereinten Nationen	16
Baustein C: Die Außenpolitik der Europäischen Union	25
Baustein D: China: Weltmacht im Werden und das Politikziel von Good Governance	34
	42

*Einleitung und alle Bausteine: Ingo Juchler*

PU aktuell 14, März 2006

### Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg

Materialien zur Wahl am 26. März 2006

## POLITIK & UNTERRICHT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum Downloaden:  
[www.politikundunterricht.de](http://www.politikundunterricht.de)

## EINZELHEFTE UND ABONNEMENTS FÜR INTERESSENTEN AUSSERHALB BADEN-WÜRTTEMBERGS

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen  
[www.neckar-verlag.de](http://www.neckar-verlag.de)

## THEMA DES NÄCHSTEN HEFTES

### Demografischer Wandel



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart  
Telefon: 0711/164099-0 – Service: -66 – Fax: -77  
[lpb@lpb-bw.de](mailto:lpb@lpb-bw.de) – [www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de)

Direktor: Lothar Frick -60  
Referat des Direktors: Dr. Jeannette Behringer -62  
Controlling: Christiane Windeck -11

### 1 ZENTRALER SERVICE – QUERSCHNITTSABTEILUNG

- 11 Grundsatzfragen: Günter Georgi (Abteilungsleiter) -10
- 12 Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
- 13 Personal: Ulrike Hess -13
- 14 Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14

### 2 MARKETING – QUERSCHNITTSABTEILUNG

- 21 Marketing: Werner Fichter (Abteilungsleiter) -63
- 22 Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -64

### 3 DEMOKRATISCHES ENGAGEMENT – ABTEILUNG

- 31\* Geschichte und Verantwortung:  
Konrad Pflug (Abteilungsleiter) -31
- 32 Frauen und Politik: Beate Dörr -75  
Sabine Keitel -32
- 33\* Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel -35
- 34 Jugend und Politik: Wolfgang Berger -22
- 35\* Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner -26

### 4 MEDIEN – ABTEILUNG

- 41 Neue Medien: Karl-Ulrich Templ  
(stellvertretender Direktor, Abteilungsleiter) -20
- 42 Redaktionen Der Bürger im Staat / Didaktische Reihe:  
Siegfried Frech -44
- 43 Redaktion Deutschland und Europa: Jürgen Kalb -43
- 44 Redaktionen Politik & Unterricht / Landes-  
kundliche Schriftenreihe: Dr. Reinhold Weber -42

\* Bürositz in 70178 Stuttgart, Paulinenstraße 44–46  
Fax: 0711/164099-55

## BESTELLUNGEN

aller Veröffentlichungen (Zeitschriften auch in Klassensätzen)  
bitte schriftlich an:  
Landeszentrale für politische Bildung, Marketing,  
Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Fax: 0711/164099-77  
[marketing@lpb.bw.de](mailto:marketing@lpb.bw.de) – oder im Webshop: [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop)

## DIE ZEITSCHRIFTEN AUF CD-ROM

Die Texte vergriffener Hefte auf den Jahrgangs-CD-ROMs »Zeit-  
schriften und Dokumentationen«, Ausgabe 1999/2000 und Ausga-  
be 2002, zu je 2,50 EUR zzgl. Versandkosten.

## FORDERN SIE UNSERE VERZEICHNISSE AN

oder orientieren Sie sich im Internet.  
Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter 1 kg be-  
stellen, fallen für Sie keine Versandkosten an. Für Sendungen über  
1 kg sowie grundsätzlich bei Lieferung kostenpflichtiger Produkte  
werden Versandkosten berechnet.

### 5 REGIONALE ARBEIT – ABTEILUNG

- 51 Außenstelle Freiburg: Dr. Michael Wehner 0761/20773-77  
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg, Fax: -99
- 52 Außenstelle Heidelberg:  
Dr. Ernst Lüdemann (Abteilungsleiter) 06221/6078-14  
Plöck 22, 69117 Heidelberg, Fax: -22
- 54 Außenstelle Tübingen: Rolf Müller 07125/152-135  
Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,  
72574 Bad Urach, Fax: -145

### 6 HAUS AUF DER ALB – ABTEILUNG

- Tagungsstätte Haus auf der Alb  
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach  
Telefon: 07125/152-0 – Fax: -100
- 61 Natur und Kultur: Dr. Markus Hug (Abteilungsleiter) -146
- 62 Zukunft und Bildung: Robert Feil -139
- 63 Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr -147
- 64 Frieden und Entwicklung: Wolfgang Hesse -140
- 67 Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
- 68 Hausmanagement: Erika Höhne -109

## LPB-SHOPS / PUBLIKATIONSAUSGABEN

- Bad Urach** Hanner Steige 1, Telefon: 07125/152-0  
Montag bis Freitag, 8.00–16.30 Uhr
- Freiburg** Bertoldstraße 55, Telefon: 0761/20773-10  
Dienstag und Donnerstag, 9.00–17.00 Uhr
- Heidelberg** Plöck 22, Telefon: 06221/6078-11  
Dienstag, 9.00–15.00 Uhr  
Montag und Donnerstag, 13.00–17.00 Uhr
- Stuttgart** Staffenbergstraße 38, Telefon: 0711/164099-66  
Montag und Donnerstag, 14.00–17.00 Uhr

## LPB-NEWSLETTER »EINBLICK«

[www.lpb-bw.de/newsletter](http://www.lpb-bw.de/newsletter)